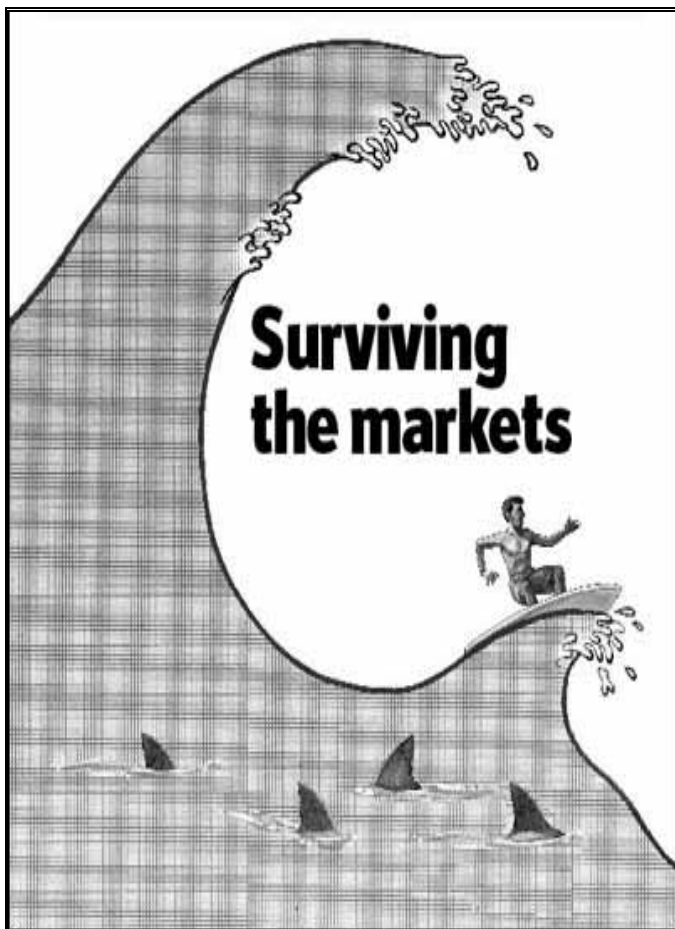


Sand im Getriebe 61

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Turbulenzen im Weltsystem



Jean Ziegler	»Die Kapitalrendite steigt maximal – gleichzeitig steigen die Leichenberge«	3
P. Gowan	Turbulenzen im imperialen Dollarsystem	5
Attac At.	Neues Welthandelsmodell gefordert!	11
P. Strotmann	Banken Rock'n Roll	12
J. Goldberg	Das Kapital fließt nach oben	14
W. Bello	Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise	16
Bundeswehr raus aus Afghanistan		
Malalai Joya	„Afghanistan braucht internationale Hilfe, aber wir wollen keine Besatzung!“	15
Reden auf der Demonstration am 15.9.: Peter Strutynski, Tariq Ali, Andreas Buro, Tahera Chams, Kelly Campbell, Mohssen Massarrat, Peter Grottian, Horst Schmitthenner		17
Palästina und Irak		
Régis Debray	Koloniales Diktat - Für eine heilsame Stunde der Wahrheit im Nahen Osten	27
Jews for a Just Peace	Gaza - ein dringlicher Handlungsauftrag	30
J. Guilliard	Irakische Befreiungsbewegung.	30
Europa		
Auréli Trouvé	Der «EU-Reformvertrag» ändert nichts an der neoliberalen Ausrichtung Europas!	31
	Worum geht es bei EPA?	33
Winfried Wolf	Das Modell »Volksaktien-Bahn« ist keine Alternative zur Bahnprivatisierung	34
Gegen den Ausverkauf der Energie-AG in Österreich		35
M. Husson	Sarkozys Luftschlösser	36
Solidaires	Aufruf an die Gewerkschaften	38
Attac Schweiz	Steuergerechtigkeit in der Schweiz?!	38
Attac Schweiz	Sommerakademie und Jahresversammlung	39

"Die Geschichte hat gezeigt, dass keine Nation einer anderen Befreiung bringen kann; es liegt in der Pflicht und Verantwortung unserer eigenen Menschen, für Frieden und Demokratie zu kämpfen." **Malalai Joya**, die bekannteste Politikerin Afghanistans, fordert die Deutschen auf, „Druck auf ihre Regierung auszuüben und eine unabhängige Politik gegenüber Afghanistan auszuarbeiten, anstatt ein Werkzeug zur Durchsetzung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA in der Region zu sein.“ In den Reden auf der großen Afghanistan-Demonstration (15.10) in Berlin wurden der Abzug der deutschen Truppen aus Afghanistan und die Beendigung der Besatzung dieses Landes gefordert. **Tariq Ali** erinnerte an die Vietnam-Demonstrationen 1968 in Berlin: „An meiner Seite war damals Rudi Dutschke. Ich bin mir ganz sicher, dass Rudi, wenn er heute noch leben würde - im Unterschied zu vielen seiner ehemaligen Freunde - heute mit uns auf dieser Plattform gegen den Krieg in Afghanistan stehen würde.“

Jean Ziegler klagte in seiner Rostocker Rede die Herrscher der Welt und die strukturelle Gewalt des transkontinentalen Finanzkapitals an. "Diese Oligarchien haben eine Macht, wie sie nie ein König, nie ein Kaiser, nie ein Papst in der Geschichte der Menschheit gehabt hat... Der kapitalistische Produktionsprozess ist aus seiner territorialen Beschränkung ausgetreten. Er hat die Welt erobert, hat eine einheitliche Regulierungsinstanz geschaffen –

die so genannte ‚unsichtbare Hand‘: den Weltmarkt.“

Auf der anderen Seite „erleben wir heute das langsame Wachsen einer planetarischen Zivilgesellschaft. Das hat vor acht Jahren in Seattle angefangen.... Eine Bruderschaft der Nacht ist entstanden – gemacht von vielen neuen oder alten oder sich in ihrer Mission neu erkannten Sozialformationen.“

Mehrere Autoren bemühen sich um ein Verständnis der heftigen Turbulenzen, die momentan in der Welt stattfinden. Vor 10 Jahren hat die Asien-Krise die Weltwirtschaft erschüttert. Durch diese Finanzkrise, „hat die Region zweifellos unauslöschliche Narben davongetragen. Schlüsselindikatoren sind Armut, Ungleichheit und soziale Destabilisierung... Die Krise war der Wendepunkt. Davor waren sie Frontstaaten der Entwicklung gewesen, nachahmenswerte Modelle. Das 21. Jahrhundert sollte ihr Jahrhundert werden. Es ist ihnen entglitten. Dieser Bruch markiert den Übergang zum neuen Fackelträger China. In ihrer geschwächten Situation werden die kleineren ost- bzw. südostasiatischen Staaten wirtschaftlich immer abhängiger werden von der Dynamik des gigantischen Nachbarn.“ (**Walden Bello**)

Die neue Finanzkrise ist eine Krise im Auge des Taifuns, „Amerikas Tag der Abrechnung“, wie Josef Stiglitz sie nannte. Ihr zugrunde liegt die soziale Frage: Die Kreditkrise wurde angestoßen durch die Schwierigkeiten der ärmeren Schichten in den USA, ihre Immobilienkredite zu bedienen und verbreitete sich durch Fonds und Banken über den ganzen Globus in Form einer hemmungslosen Schuldenpyramide. Durch diese Finanzkrise kommt zugleich die ganze Schieflage des imperialen Dollarsystems an die Oberfläche. „Das Kapital fließt nach oben“ (**Jörg Goldberg**), die armen Länder finanzieren die Schulden und die Kriege der USA „Das Defizit der Handels- und Leistungsbilanz der USA ist die aktuell größte Bedrohung der Weltwirtschaft, insbesondere der fragilen Ökonomien der Entwicklungsländer. Je länger mit wirksamen Gegenstrategien gewartet wird, desto mehr wächst die Gefahr internationaler Finanzkrisen.“

Peter Gowan stellt allerdings fest, dass das angelsächsische System der Rentierkapitalismus allmählich überall an seine Grenzen stößt. Er sieht eine Schwächung der ökonomischen Übermacht der USA durch Verschuldung und Deindustrialisierung und hält auch die militärische Überlegenheit für begrenzt. Europa, Russland und die asiatischen Regionen entwickeln Gegenstrategien. „China sichert seine makroökonomische Stabilität ab, indem es Kapitalkontrollen und eine effektive Kontrolle über sein Bankensystem behält, was bedeutet, dass China die ökonomische Entwicklungsrichtung durch Investitionsplanung beibehält.“ Sollte das so bleiben, „so würde die Struktur einer möglichen neuen Weltordnung ... jenseits der Kontrolle Washingtons“ bestimmt werden.

Régis Debray, der ehemalige Mitkämpfer von Che Guevara in Bolivien, kommt in einem Gutachten für Jacques Chirac zu einem vernichtenden Urteil über die Friedenswilligkeit Israels. Die Zerstückelung der Westbank ist Teil „einer Politik der Annexion, die auf längere Zeit angelegt ist (30 Jahre) und zu gegebener Zeit in Anbetracht der „neuen Realitäten auf dem Territorium“ festgeschrieben wird“. Das Dokument wurde in der französischen Ausgabe von „Le Monde Diplomatique“ gedruckt, nicht aber in der deutschen Ausgabe.

Auréli Trouvé (Attac Frankreich) greift den quasi heimlichen Versuch der Regierungschefs an, durch den „EU-Reformvertrag“ Europa noch mehr unter die neoliberale Knute zu stellen. „Angesichts des Angriffs auf das «NEIN» braucht es unbedingt einen Meinungsbildungsprozess für eine Volksabstimmung und, als erste Maßnahme, Aufklärung über den Inhalt des Reformvertrags.“ **Michel Husson** analysiert Sarkozys Politik „Diese Rosskur zieht sämtliche Elemente des Sozialmodells in Mitleidenschaft“.



Ist es gelungen, den geplanten Ausverkauf der Bahn zustoßen?

Winfried Wolf kritisiert die gepriesene Alternative von Volksaktien. Auch in Österreich wächst der Widerstand gegen den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum – dort geht es um Energie. Wir berichten auch über die 4. Sommerakademie von Attac Schweiz mit dem Titel "Manipulierte Manipulatoren ? Die Medien als Instrument zur Herstellung von Konsens in Zeiten der Globalisierung".

Vom 18.10 bis 21.10 in Cottbus, <http://www.sozialforum2007.de/>

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis
Bezugsbedingungen: Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.
Bestellen per Mail an sig-abo@gmx.de

Jean Ziegler

Die Kapitalrendite steigt maximal – aber gleichzeitig steigen die Leichenberge

Auszüge der Rede von Jean Ziegler, dem UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung,
zur Eröffnung des Anti-G-8-Gipfels in Rostock im Juni 2007

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich danke für die Ehre, die mir zuteil wird, zu Ihnen zu reden. (..).

Immanuel Kant hat gesagt: »Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.« Jeden Tag sterben auf diesem Planeten 100.000 Menschen an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Letztes Jahr ist, laut World Food Report, alle fünf Sekunden ein Kind unter sieben Jahren verhungert. 854 Millionen Menschen sind permanent schwerstens unterernährt. Das entspricht einem von sechs Menschen auf diesem Planeten. Alle vier Minuten verliert jemand wegen Mangel an Vitamin A das Augenlicht. Diese Opferzahlen aus dem World Food Report sind unbestritten. Im selben Bericht steht, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Entwicklungsphase ohne Probleme zwölf Milliarden Menschen mit 2700 Kalorien pro Erwachsenen pro Tag ernähren könnte. Wir sind 6,2 Milliarden Menschen auf der Welt. Es gibt keine Fatalität. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit sind die Güter im Überfluss vorhanden, für alle Grundbedürfnisse, für alle Erdbewohner. Es gibt keine Fatalität für dieses tägliche Massaker. **Ein Kind, das am Hunger stirbt, wird ermordet.**

Diese mörderische und absurde Weltordnung tötet, aber sie tötet ohne Notwendigkeit. Gegen diese absurde Weltordnung sind wir hier zusammengekommen, nicht um rhetorisch zu protestieren, sondern um **analytisch die Kausalitäten zu ergründen**, die zu diesem täglichen, unannehmbaren Massaker führen.

Welcher Denkfamilie, welcher Partei, Gewerkschaft, Kirche wir alle auch immer angehören und welchen Sozialisierungsprozess wir erlebt haben – um es mit Kant zu sagen: In uns allen lebt der moralische Imperativ. Dieser moralische Imperativ lebt von der Identität mit den Anderen. Wir haben das Glück, hier in Rostock in Deutschland zu sein – der wahrscheinlich lebendigsten Demokratie dieses Kontinents. Deutschland ist auch drittstärkste Wirtschaftsmacht des Planeten. Ich glaube gleichzeitig sind wir eben auch hier die Stimme der Menschen ohne Stimme. [...]

Über 40 Prozent der Weltbevölkerung leben laut Weltbankstatistik unter der extremen Armutslinie. Das sind von den 6,2 Milliarden Menschen, die wir heute auf

dem Planeten sind, 2,7 Milliarden Menschen. Sie leben nicht wie Menschen. Und diese Menschen, die sind hier präsent, für die müssen wir hier kämpfen.

Ich habe durch einen befreundeten Bundestagsabgeordneten aus der SPD ein Papier vom 17. Januar 2007 erhalten. Darin teilt die Bundesregierung dem Unterausschuss Globalisierung und Außenwirtschaft des deutschen Bundestages vertraulich die diskutierte Tagesordnung für Heiligendamm mit.

Da steht im ersten Abschnitt: Afrika hat Priorität. Und dann kommt gleich darunter die dringlichste Problematik für Afrika, die der Gipfel lösen will: die Investitionssicherheit. Die Investitionssicherheit! Vom Hunger ist auf den fünf Seiten nicht die Rede. Vom verseuchten Wasser ist nicht die Rede, von den Epidemien ist nicht die Rede, von den von außen angezettelten Bürgerkriegen keine Rede. Es sind gewählte Staatshäupter und Ministerpräsidenten auf der anderen Seite des Zauns, die meisten jedenfalls. (...) Aber die Legitimität haben die trotzdem nicht.

Erstens vertreten sie nur 13 Prozent der Weltbevölkerung und maßen sich an, für die 87 anderen Prozent auch noch zu reden. Zweitens, was wichtiger ist, was schwer wiegt: **Herrscher der Welt, das sind heute die Oligarchien des transkontinentalen Finanzkapitals.** Da wir keine Zeit haben, sage ich das ein wenig dogmatisch. Laut Weltbankstatistik 2006 haben die fünfhundert mächtigsten transkontinentalen Privatkonzerne im vergangenen Jahr 52 Prozent des weltweiten Bruttosozialproduktes kontrolliert, das heißt die in einem Jahr auf der Welt produzierten Waren, Dienstleistungen, Kapitalien und Patente. Diese transnationalen Gesellschaften, diese kalten Monster, die funktionieren nach dem Profitmaximierungssystem. Und das ist normal.

Der Gesellschaftsvertrag, soziale Gerechtigkeit, die Werte der Aufklärung, die Menschenrechte, die Solidarität – das gehört dem Staat, das gehört der Gemeinschaft freier Bürgerinnen und Bürger. Es wäre falsch, wenn man Nestlé, Siemens, Novartis oder wie die Menschenfreunde alle heißen, irgendwie anklagen würde, sie beförderten nicht die soziale Gerechtigkeit, sie kümmerten sich nicht um Mindestlöhne, sie kümmerten sich nicht um die Men-

schenrechte in der Dritten Welt. Warum sollten sie auch? Profitmaximierung ist ihr Ziel.

Ich hasse Moral. **Es geht nicht darum, zu sagen, der eine ist gut und der andere ist besser. Es geht um ein System der strukturellen Gewalt.** Wenn Peter Brabeck, Präsident des weltgrößten Nahrungsmittel- und Trinkwasserkonzerns Nestlé, nicht die Kapitalrendite um 15 Prozent erhöhen würde [...] wie das letztes Jahr geschehen ist, dann wäre er weg vom Fenster. Die strukturelle Gewalt im Raubtierkapitalismus ist der Motor. Der wird getrieben von Machtwille, von Gier, von unglaublicher Dynamik. Zwischen 1992 und 2002, in den ersten zehn Jahren der Globalisierung nach Weltbankstatistik, hat sich das Weltbruttosozialprodukt verdoppelt. Ein wenig mehr als verdoppelt sogar. Der Welthandel hat sich verdreifacht. Er hat die magische 6000 Milliarden Grenze des Güter- und Dienstleistungsverkehrs pro Jahr durchbrochen. Der Energiekonsum verdoppelt sich alle vier Jahre. Globalisierung funktioniert.

Nach dem Wegfall der Bipolarität der Staatengesellschaft durch den Zusammenbruch der Sowjetunion im August 1991 ist der kapitalistische Produktionsprozess aus seiner territorialen Beschränkung ausgetreten. Er hat die Welt erobert, hat eine einheitliche Regulierungsinstanz geschaffen – **die so genannte »unsichtbare Hand«: den Weltmarkt.** Der stellt sich in den Börsen dar, die 24 Stunden das Kapital um die Welt rasen lassen. Ein Schweizer Bankier verkehrt mit seiner Filiale in Tokio in Lichtgeschwindigkeit, 300 000 Kilometer pro Sekunde. Wenn in Tokio die Trader vollgepumpt mit Kokain ins Bett fallen, dann geht es in London, Zürich und Paris los. Wenn dort die Börsen zugehen, dann gehen sie in New York, Ottawa und so weiter auf. Die Kapitalherrschaft, die Herrschaft des Finanzkapitals über das wirtschaftliche Geschehen der Welt, ist fast total. Und diese Oligarchien haben eine Macht, wie sie nie ein König, nie ein Kaiser, nie ein Papst in der Geschichte der Menschheit gehabt hat.

Ihre Legitimationstheorie ist der so genannte Neoliberalismus. Einerseits ist er eine totale Wahnidee. Andererseits funktioniert er eben doch, wenn nämlich sämtliche normativen Kräfte wegfallen – staatliche Autoritäten, Gewerkschaften,

Parlamente und so weiter. **Dann geht das Kapital in jedem Moment auf der Welt dahin, wo es den maximalen Profit einfahren kann – die Totalliberalisierung.** Wenn sämtliche öffentlichen Sektoren des wirtschaftlichen Lebens aufgelöst werden, privatisiert werden, dem Profitmaximierungsprinzip unterworfen werden, **dann steigt auch die Kapitalrendite maximal. Aber gleichzeitig steigen die Leichenberge.**

Ich komme zurück zum **Hunger**. 2005 waren 842 Millionen Menschen auf der Welt permanent schwer unterernährt. Ein Jahr später waren es bereits 854 Millionen Menschen. Natürlich kann man sagen, der Anstieg ist nicht so stark, weil die Weltbevölkerung ebenfalls zugenommen hat. Aber das will ich nicht wissen. Wenn wir zwei Stunden zusammen sind, werden 176 Kinder unter sieben Jahren an Hunger gestorben sein. Ein Kind, das am Hunger stirbt, ist ein Kind. Es könnte mein Kind sein, es könnte Ihr Kind sein. Und das stirbt. Und nicht irgendeine demographische Kurve oder eine statistische Zählreihe.

(...) Radikal reformiert werden heißt, es gibt keine objektiven Gesetze der Wirtschaft. [...] Es ist doch ein Rückfall in die totale Irrationalität, wenn jemand behauptet, wirtschaftliches Geschehen gehorcht objektiven Gesetzen und nicht den Gesetzen des Klassenkampfes, den Gesetzen der gegenteiligen Subjektivität, dem menschlichen Willen. Ich nenne nur ein Beispiel: Hunger. Die Industriestaaten zahlten im vergangenen Jahr 349 Milliarden Dollar Produktions- und Exportsubventionen. Das sind fast eine Milliarde Dollar pro Tag. Sie können heute auf jedem afrikanischen Markt italienisches, französisches und deutsches Gemüse und Früchte zur Hälfte oder zu einem Drittel des Preises äquivalenter Inlandsprodukte kaufen. Und ein paar Meter weiter steht der afrikanische Bauer mit seinen Produkten. Er rackert sich 15 Stunden am Tag ab und hat nicht die geringste Chance, auf ein anständiges Existenzminimum zu kommen. Das ist das Faktum. **Die Agrar-Dumpingpolitik** – das Überfluten der afrikanischen Märkte mit billigst subventionierten Agrarprodukten durch die Europäer – **kann morgen früh gestoppt werden. Durch demokratische Mobilisation.**

Solche Beschlüsse fallen in Brüssel. Die Bundeskanzlerin sitzt im Ministerpräsidentenrat. Der Landwirtschaftsminister der Bundesrepublik sitzt im Landwirtschaftsrat. Beide können dort verlangen, dass die Exportsubventionen ersatzlos gestrichen werden. Von 52 Ländern Afrikas sind 37 reine Agrarländer. Die Auslandsschuld, die die 49 ärmsten Länder der Welt vor allem erstickt, betrug am 31. Dezember letzten Jahres 2100 Milliarden Dollar.

Das Gewicht der Mitgliedsländer im Gouverneursrat des Weltwährungsfonds hängt von ihrer Finanzmacht ab. Das Gewicht der Bundesrepublik und des deutschen Finanzministers ist also sehr groß. Durch Mobilisation, durch demokratische Mittel, Wahlen und Appelle der Besserung können wir vom Finanzminister verlangen, dass er am nächsten Dezember in Washington bei der nächsten Generalversammlung des Weltwährungsfonds für die hungernden Kinder in Honduras, in Bangladesch, in der Mongolei, und gegen die Interessen der Gläubigerbanken in Europa und Nordamerika stimmt. Das können wir verlangen.

[...] In Niger, dem zweitärmsten Land der Welt, wurde vor drei Jahren das nationale Veterinäramt privatisiert. Das geschah auf Befehl des Weltwährungsfonds, weil das eine Marktverzerrung ist, wenn veterinärmedizinische Artikel einen festen Preis haben, der jetzt noch tief ist. Das stört die multinationalen Gesellschaften. Niger ist ein wunderbares Land: zehn Millionen Einwohner, 1,8 Millionen Quadratkilometer. Die Menschen dort leben vom Vieh, von den Kamelen bis zu den Ziegen, etwa 20.000 Köpfe Vieh. Ich habe mit dem Ministerpräsidenten Hama Amadou über die Privatisierung gesprochen. Er hat gesagt: »Komm mit mir.« Am nächsten Tag sind wir in den Kanisterstädten gewesen. Da leben jetzt, wenn man das Leben nennen kann, Tausende und Tausende und Tausende total ruinierte Viehzüchterfamilien. Sie können die Vitamine, die Antiparasitosen, die Impfstoffe des freien Marktes der multinationalen Tierpharmaziegesellschaften einfach nicht zahlen.

Die Liberalisierung muss weg. Es muss eine normative Außenhandelspolitik kommen. Eine normative Außenhandelspolitik bedeutet auch, dass **die Welthandelsorganisation und der Weltwährungsfonds ersatzlos aufgelöst** werden. Das sind Diktaturen.

Jetzt will ich zum Schluss noch etwas über uns selber sagen, **über unsere Bewegung:** Wir müssen uns ja auch nach außen verteidigen. Ich glaube, **wir sind jetzt an einem Kreuzweg.** Natürlich wird bei jedem Gipfel Bewusstsein geschaffen, kommen die Widerstandsfronten zusammen, verstärken sich gegenseitig. Dem Gegner müssen wir nichts erklären. Den müssen wir schlagen. Aber **wir müssen uns einer noch nicht bewussten Öffentlichkeit besser erklären, einer noch nicht selbstbewussten Öffentlichkeit.**

Karl Marx hat gesagt: »Der Revolutionär muss das Gras wachsen hören.« Heute erleben wir das langsame Wachsen einer planetarischen Zivilgesellschaft. Das hat vor acht Jahren in Seattle angefangen, dann kam Porto Alegre und so weiter und so weiter. Eine neue planetarische Zivilgesellschaft, eine Bruderschaft der Nacht ist

entstanden – gemacht von vielen neuen oder alten oder sich in ihrer Mission neu erkannten Sozialformationen: von der Via Campesina bis zu Sektionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes bis zu bestimmten Segmenten der Kirchen, der neuen, wichtigen Attac-Bewegung, der Frauenbewegung, die katholische Frauenbewegung in Köln 2000 für die Entschuldung, Jubiläum 2000. All dies lebende Internet ist heute das neue historische Subjekt.

Es wird immer von uns verlangt, wir sollen jetzt das Gegenprogramm vorlegen (...) Die Frage ist falsch. Und man muss sie als falsch zu erkennen geben. Jeder historische, revolutionäre Prozess läuft haargenau gleich ab. Das menschliche Gewissen weiß, was es nicht will. Wir wollen keine Welthandelsorganisation. Wir wollen keine Zentralbank. Wir wollen keine Steuerparadiese. Wir wollen die Abschaffung der Auslandsschuld. [...] Wir wollen die Einführung der Tobin-Steuer. Wir wollen kein Spekulationskapital, das wie die berühmten Heuschrecken über die Ökonomien herfällt und dann, wenn die Profitrate fällt, sich innerhalb weniger Stunden wieder zurückzieht. Wir wollen keine allmächtigen multinationalen Gesellschaften, die keine Normativität anerkennen, die Menschenrechte nicht anerkennen, und die die gesamten Arbeitsverträge, die sie hier unterschreiben, jenseits der Meere nicht anerkennen.

Das ist das Programm von Porto Alegre. Ich könnte Ihnen das herunterlesen. Sie kennen es auswendig. **Wir wissen, was wir nicht wollen.** So funktioniert der moralische Imperativ.

Wir wissen auch ganz genau, was der Horizont unseres Kampfes ist. Che Guevara hat immer gesagt, Revolutionäre sind Opportunisten, die Prinzipien haben. Wir wissen, was der Horizont ist. Man kann ihn zusammenfassen. Er steht in der **universellen Menschenrechtserklärung** der Vereinten Nationen, direkt hergeleitet von der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 und von der Erklärung »Les droits de l'homme« von 1789. Die universelle Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen sagt, Artikel 1: *»Alle Menschen sind gleich und frei an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewisse begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.«* Und Artikel 3: *»Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit seiner Person.«* Das ist der Horizont. Wie kommen wir da hin? Das ist das Mysterium der befreiten Freiheit im Menschen. Da brauchen wir nicht irgendeinem auch wohlwollenden Journalisten hypothetische Rechenschaft abzulegen. Wir müssen nicht irgendein Programm erfinden und irgendein Zentralkomitee, das die Entscheidungsinstanz ist. Wir sind es mit unserem Gewissen selbst. Nur so geht die Geschichte vorwärts. (...)

Peter Gowan

Turbulenzen im imperialen Dollarsystem

Die Grenzen des neuen Rentierkapitalismus

Peter Gowan, einer der großen marxistischen Ökonomen Britanniens, stellte in seinem Beitrag auf dem Kongress „**Kapitalismus – reloaded**“ fest, dass das angelsächsische Modell des Rentierkapitalismus mit dem „*Interesse des Geldkapitals, kurzfristige Gewinne aus dem industriellen Sektor abzuschöpfen*“, sich in Europa und Japan bisher nicht hat durchsetzen können und auch in den Ursprungsländern zunehmend an seine Grenzen stößt. Auch die imperiale Rolle des US-Dollars, die im permanenten Leistungsbilanzdefizit der USA mit dem Rest der Welt zum Ausdruck kommt, ist nicht auf Dauer haltbar. Er beobachtet eine Stärkung der EU, Russlands und Chinas gegenüber den USA. „*Ein Zusammenbruch des Dollar-Wall-Street-Regimes würde sich auf die amerikanische Wirtschaft verheerend auswirken und käme einer ziemlichen Gefährdung der Integrität der US-zentrierten internationalen politischen Ökonomie gleich.*“ Er sieht Anzeichen für ein steuerloses Dahintreiben des internationalen Kapitalismus und die „*Rückkehr zu einem stärker dezentralisierten, regionalisierten Großraumsystem, das der Epoche vor 1914 ähneln könnte*“.

Der Beitrag, den wir hier in Auszügen abdrucken, bekommt durch die aktuelle Finanzmarktkrise eine besondere Schärfe und Aktualität. Wichtige Texte des Kongresses sind jetzt in Buchform erschienen (Arrighi u.a.: Kapitalismus Reloaded, VSA, Hamburg 2007)

1. Probleme in der internationalen politischen Ökonomie

Das Dollar-Wall-Street-Regime

Dem kapitalistischen Zentrum mangelt es schon seit den 1970er Jahren an einem stabilen Vertragsgefüge, das sozusagen die Rolle der tragenden Säule jedweder internationalen kapitalistischen Wirtschaft sein muss: eine internationale Währungs- und Finanzarchitektur. An ihrer Stelle haben wir etwas, das wir als ein **imperialen Dollarsystem** bezeichnen könnten und das sich auf die zentrale Bedeutung der Wall Street und der Londoner Börse im Finanzsektor stützt.

In diesem System mangelt es den internationalen kapitalistischen Akteuren an einer stabilen internationalen Währungseinheit, welche die gesamte Weltwirtschaft umgreift. Stattdessen betreiben diese ihre Aktivitäten mit der Währung eines **einzelnen** kapitalistischen Staates, die ausschließlich den makroökonomischen Interessen ihres Ursprungslandes, den Vereinigten Staaten, »gehört«.

Dieses Arrangement sorgt für äußerst brisante und instabile Rahmenbedingungen bei der Durchführung internationaler kapitalistischer Aktivitäten, da der Wechselkurs des Dollars zu anderen Währungen **wild hin- und herschwankt**. Eine Konsequenz dieses Systems ist, dass die kapitalistischen Unternehmen dadurch gezwungen werden, sich bei all ihren internationalen ökonomischen Operationen gegen Wechselkurschwankungen abzusichern, indem sie Derivatverträge über ausländische Währungen abschließen, mit Forderungsrechten besicherte, festverzinslich strukturierte Wertpapiere ausgeben, Bankdarlehen aufnehmen oder Kredit/Schulden-Arrangements aushandeln etc. Allerdings lösen solche Derivatverträge das Problem des internationalen Handels nicht wirklich,

da sie nur eine Laufzeit von sechs Monaten haben. Dies hat dann wiederum eine ganze Reihe von weiteren Veränderungen im *modus operandi* der Weltwirtschaft zur Folge gehabt. Hierzu gehören u.a. die Notwendigkeit für Unternehmen, sogenannte *transplant investments* in anderen Zentren vorzunehmen, um die aus den Wechselkurschwankungen resultierenden Risiken zu mildern, oder auch die Notwendigkeit von Transferpreissetzungen.

Dieses aus der Sicht der internationalen kapitalistischen Wirtschaft äußerst dysfunktionale Währungssystem beruht nun auf dem Fortbestand einer Reihe von Umständen und Begebenheiten, die – wie sich zeigen könnte – nicht auf Dauer am Leben erhalten werden können:

- (1) die **Zentralität der Wall Street und Londons** als die Hauptzentren der Wertelagerung (*value storage*) und ihre Funktion als finanzielle Clearinghäuser der Weltwirtschaft;
- (2) der Fortbestand der **Zentralität des amerikanischen Gütermarktes** für das ökonomische Wachstum in weiten Teilen des übrigen Teils der Weltwirtschaft;
- (3) die weiterbestehende Bereitschaft der hauptsächlichen Warenproduzenten – insbesondere der **Ölwirtschaft** –, ihren Handel mit diesen Waren **in Dollars** zu betreiben; und
- (4) der fortbestehende Unwille der **eurasischen** kapitalistischen Hauptzentren, ein eigenes internationales **Währungs- und Finanzregime** zu konstruieren, das die beiden Enden der eurasischen Landmasse unabhängig vom Dollar miteinander verknüpft.

Für den Augenblick besteht das Dollar-Wall-Street-Regime ohne einen unmittelbaren erkennbaren Herausforderer fort. Gleichzeitig konnte man beobachten, wie es in den letzten Jahren sehr deutlich unter Be-

lastungsproben aller Art litt. Hierzu zählt die Bereitschaft der europäischen und japanischen Politikgestalter, den Aufbau eines eurasischen Währungsregimes ins Auge zu fassen, was ein Anzeichen für Spannungen ist.

- Ähnliches kann gesagt werden für
- (1) die zwischen 2001 und 2003 artikulierten Andeutungen einiger Ölproduzenten, dem Dollar als Handelswährung den Rücken zu kehren;
 - (2) die Weigerung der ostasiatischen Finanzbehörden nach 2002, ein Absinken des Dollarkurses hinzunehmen; und
 - (3) die Auseinandersetzungen über die bestehenden enormen Zahlungungleichgewichte und die hieraus resultierende Frage, ob die Kosten für die Abmilderung dieser Ungleichgewichte von den eurasischen Ökonomien durch Wechselkursbewegungen oder von der amerikanischen Ökonomie durch Hinnahme einer tiefen Rezession geschultert werden sollten.
 - (4) Schließlich zeichnet sich am Horizont ab, dass der amerikanische Absatzmarkt seine makroökonomische Bedeutung für andere Wirtschaften verlieren könnte. Dies gilt insbesondere für Asien, denn hier entsteht in der Folge des Aufstiegs von China ein neues Wachstumszentrum nicht bloß für Investitionen und billige Arbeitskräfte, sondern auch für Absatzmärkte.

Ein Zusammenbruch des Dollar-Wall-Street-Regimes würde sich auf die amerikanische Wirtschaft verheerend auswirken und käme einer ziemlichen Gefährdung der Integrität der US-zentrierten internationalen politischen Ökonomie gleich. Im Augenblick schützt das Dollar-Wall-Street-Regime allerdings noch jene unerschütterliche Säule ihrer langfristigen Robustheit, nämlich die politische Macht der Vereinigten Staaten und deren Fähigkeit, vermittels ihres politischen Einflusses sich die Unterstützung der Zentralbanken und Finanzmi-

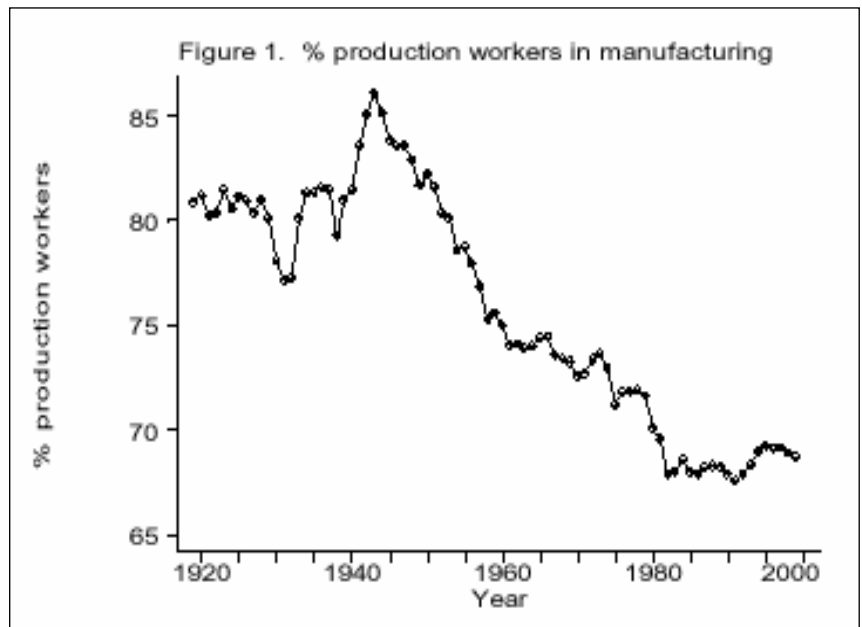
nisterien der anderen kapitalistischen Kernländer für dieses System zu sichern.

Amerikas Verlust der Führungsposition in Sachen industrieller Arbeitsteilung und der Versuch, sich über den industriellen Kapitalismus »zu erheben«

Ungeachtet des Erfolgs des von den USA angeführten informations- und kommunikationstechnologischen Sektors ab den 1990er Jahren ist die industriell-technologische Führerschaft im Zentrum heute gestreut, wenn man die gegenwärtige Situation mit den 1950er Jahren vergleicht. Tatsächlich kann der Durchbruch in der Informations- und Kommunikationstechnologie in vielerlei Hinsicht eher als die Ausnahme angesehen werden, welche die Regel des **Zerfalls des Industriekapitalismus in den USA** bestätigt. Denn der Durchbruch in dieser neuen Wachstumsbranche war zu großen Teilen das Ergebnis amerikanischer staatlicher Industriepolitik und war abhängig von umfangreichen staatlichen Subventionen für Forschung und Entwicklung und von der Ankurbelung der Wirtschaft durch Staatsaufträge. Tatsächlich ist das angestrebte Ziel, den industriellen Sektor in den USA dadurch wiederzubeleben, dass man seit den 1970er Jahren politisch auf eine **Vermögens- und Einkommensumverteilung** zugunsten der Unternehmerklasse und zuungunsten der Arbeiterklasse drängte, **nicht** Wirklichkeit geworden. Stattdessen hat es den Aufstieg **eines neuen Typus von Rentierkapitalismus** befördert, bei dem es im Kern darum geht, **im Interesse des Geldkapitals** kurzfristige Gewinne aus dem industriellen Sektor abzuschöpfen. In seinem Buch über die Geschichte des Industriekapitalismus in der atlantischen Welt sieht Alfred Chandler diesen Trend schon in den frühen 1960er Jahren einsetzen.

„Der Nettoertrag einer Gesellschaft gehört den Aktionären (den Shareholder mit ihren breiten gesellschaftlichen Netzwerken). Sie erhalten ihn entweder in der Gestalt von Dividenden oder in der Gestalt eines Wertzuwachses bei den Aktien. Dieser entspricht der zusätzlichen Ertragskraft, die aus re-investierten Gewinnen geschaffen wurden. Sie können diese Kapitalgewinne ohne weiteres in Konsum umsetzen. So weit sie das nicht tun, schreibt ihnen das System sozusagen Ersparnisse gut. Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Arbeit und Geschäftstüchtigkeit an Vermögen schaffen, fällt damit den Rentiers in den Schoß, während sie zuhause sitzen oder sich anderen Aufgaben widmen.“ (John Robinson, Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt 1966)

Man kann diesen Trend unter anderem als die Entstehung eines **freien Marktes für industrielle Unternehmen** verstehen. In der Phase des industriekapitalistischen Aufstiegs in den Vereinigten Staaten, d.h.



zwischen den 1930er und den 1970er Jahren, bestand eine bemerkenswerte Kontinuität in industriellen Firmen in den Vereinigten Staaten und der Markt für industrielle Wertbestände war im Grunde genommen eine Restgröße mit bankrotten Firmen. Im Zuge der sich verschärfenden industriellen Konkurrenz durch japanische und europäische Unternehmen versuchten viele Unternehmensführungen schließlich gar nicht erst, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrieunternehmen wiederherzustellen, sondern beschränkten sich darauf, unrentable Bereiche stillzulegen und industrielle Vermögenswerte zwecks der Erzielung kurzfristiger eigener Shareholdergewinne abzustößen oder aufzukaufen. Dieser Trend beschleunigte sich in den 1980er Jahren, und zwar im Zuge des entstehenden Marktes für fremdkapitalfinanzierte Unternehmensübernahmen, und damit mit dem Eintreten der Wall-Street-Investmentbanken, der Hedge- und Privat-Equity-Fonds in diesen Bereich.

Ein augenfälliges Moment dieses Trends sind die Spannungen zwischen den unmittelbar aus den Fusionen oder Übernahmen entspringenden Ausschüttungen an die Shareholder (um gar nicht erst von den Ausschüttungen an die bei diesen Operationen involvierten Finanzdienstleister zu sprechen) sowie den strategischen Aussichten der Industrieunternehmen, um die es dabei geht: So haben es große Teile der neufusionierten Einheiten in der Folge versäumt, sich im industriellen Wettbewerb zu behaupten. Und doch hat diese Tatsache dem allgemeinen Trend keinen Abbruch getan. Ganz im Gegenteil. Vielmehr haben die Vereinigten Staaten diesen neuen Rentierkapitalismus auch in den kapitalistischen Zentren jenseits des Atlantiks und Pazifiks befördert und eine Umstrukturierung deren Kapitalismen nach ihrem eigenen Vorbild angestrebt. Gleichzeitig haben sowohl der europäische

(insbesondere der deutsche) und der japanische Kapitalismus weiter daran gearbeitet, die Wirtschaftssysteme in diesen Ländern so auszurichten, dass in ihnen industrielle Modernisierung und die Eroberung der Weltexportmärkte funktionieren können. Im Falle Europas hat das **europäische Binnenmarktregime** ferner die Rahmenbedingungen für einen Markt von der Größenordnung der Vereinigten Staaten geschaffen. Und während Japan vorerst zwar eine solche autonome Marktbasis vermissen lässt (was Japan für den äußerst wirksamen Wirtschaftskrieg der USA verwundbar macht, weil es vom amerikanischen Absatzmarkt abhängig ist), könnte die anhaltende dynamische Entwicklung des ostasiatischen Wirtschaftsraums (allen voran die der chinesischen Wirtschaft) in absehbarer Zukunft **Japan ein alternatives Umfeld** für seine industrielle Expansion liefern. Diese Trends verlaufen nun parallel zu den Konfigurationen der makroökonomischen Wirtschaftssteuerung. Während die makroökonomische Politik der USA entlang des Wachstums in der nachfragegeleiteten Binnenkonsumwirtschaft orientiert war und dabei typischerweise ein Hauptaugenmerk auf den **nicht gewerblichen Sektor und hierbei insbesondere den Immobilienmarkt** richtete, hat sich die makroökonomische Politik Japans und Deutschlands weiterhin an der binnenökonomischen Maßgabe der Deflation und dem Außenwirtschaftsziel der Handelsüberschüsse und Exporterfolge orientiert. In diesem Sinne korrespondieren die amerikanischen Zahlungsbilanzdefizite und die steigende internationale Verschuldung der USA mit diesen deutschen und japanischen Überschüssen.

Das angelsächsische Projekt eines neuen Rentier-Gesellschaftssystems
Die Entstehung der **neuen Kapitalismusform** des Rentierkapitalismus hat in den

1990er Jahren den Aufstieg eines neuen angelsächsischen Projektes begünstigt, bei dem es darum geht, die kapitalistische **Gesellschaft** in toto entlang des Rentiermusters **umzustrukturieren**. Wir haben es hier mit einem Vorstoß zu tun, die **Lohnabhängigen** direkt von der Performance der Wertpapiermärkte **abhängig** zu machen – und zwar nicht allein hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes, sondern auch im Hinblick auf Sozialleistungen, insbesondere die Rente, die Gesundheitsfürsorge und die Hochschulbildung. Ist dieses Projekt erfolgreich zu Ende geführt, dann wird sich die Arbeiterklasse in einer Position der viel totaleren Marktabhängigkeit wieder finden als sie es jemals zuvor war.

Im letzten Jahrzehnt hat dieses Projekt in der angelsächsischen Welt auf der makroökonomischen Ebene bedeutende Erfolge feiern können. Während die Wettbewerbsfähigkeit in angloamerikanischen Firmen mit steigender Tendenz in Richtung Kostenverringering gezielt hat, ist das Wirtschaftswachstum in zunehmendem Maße von einem Boom im nicht gewerblichen Sektor abhängig, d.h. von Industrien, welche die binnenökonomischen Konsumentmärkte versorgen und nicht exportwirtschaftlich tätig sein können. Hieraus ist ein Widerspruch zwischen dem Drängen auf niedrigere Löhne, d.h. Kaufkrafteinschränkungen und der gleichzeitigen Abhängigkeit von einem Anstieg des Massenkonsums für das Wirtschaftswachstum entstanden. Die Quadratur des Kreises bewerkstelligte man, indem man die **Sparquote** der privaten Haushalte senkte und gleichzeitig Anreize für eine **zunehmende Verschuldung dieser privaten Haushalte** schuf. Dabei hat man sich die Rentieraspekte im Alltag breiter Teile der Arbeiterschaft in der angelsächsischen Welt zunutze gemacht, nämlich den hohen Grad an privatem Hauseigentum. So gelang es den angelsächsischen Kapitalisten, vermittels der Förderung eines Booms im **Immobiliensektor** und des gleichzeitigen umfangreichen Angebots von historisch niedrigverzinsten Krediten Finanzmittel aus den Hausbesitzvermögen zu extrahieren, indem die Arbeiter ihre Häuser mit neuen Hypo-

theken belasten konnten, und diese Mittel dann in den konsumbasierten binnenökonomischen Boom zu kanalisieren. Eben genau dieser Zusammenhang ist der Kern der wirtschaftlichen Aufschwünge in den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Australien und Neuseeland im vergangenen Jahrzehnt.

Allerdings scheint sich dieses Projekt nicht aus eigenem Antrieb am Leben erhalten zu können. Die mit ihm so eng verknüpfte **steigende Verschuldung der Privathaushalte** gerät allmählich an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und Gleiches gilt für die **Leistungsbilanzdefizite** all jener Länder. Auf einer mehr strukturellen Ebene impliziert das Rentierprojekt, dass die Kosten für Renten, Gesundheit und Hochschulbildung den Privathaushalten aufgebürdet werden, die in Rentiersaktivitäten aktiv sind und die Fonds der Versicherungsindustrie auffüllen und dabei hoffen, dass solche Investitionen ihre Gesundheitsfürsorge und Renten für die Zukunft absichern.

Die Schlacht um die Marktstrukturen im kapitalistischen Zentrum

Dieses angelsächsische Projekt und sein Ziel der Umstrukturierung des kernkapitalistischen Gefüges ist in den anderen Hauptzentren des Kapitalismus, in **Deutschland** und in **Japan**, auf Widerstand gestoßen. Beide Zentren sind bis heute im Kern **Industriekapitalismen geblieben** mit dem Ziel des Industrieexports und der Verteidigung ihrer Führungsposition in Sachen industrieller Wettbewerbsfähigkeit. Hierfür ist die Beibehaltung diversifizierter und integrierter Industriestrukturen und die Erhaltung der Kapazitäten für einen langfristig-strategischen Investitionsansatz im industriellen Sektor notwendig.

Über einen Zeitraum von zwanzig Jahren haben die Vereinigten Staaten einen unbarmherzigen Vorstoß unternommen, den japanischen Kapitalismus umzustrukturieren. Dieser Versuch wurde durch die lange Abhängigkeit der japanischen Wirtschaft vom amerikanischen Gütermarkt begünstigt. Im Falle Deutschlands ist diese Ab-

hängigkeit dagegen deutlich geringer ausgeprägt, da die deutsche Wirtschaft einen großen Gütermarkt in der Europäischen Union besitzt. Die US-Kampagne gegen Japan in den 1980er und 1990er Jahren implizierte die Auferlegung regulierter Handels- und regulierter Produktionsbeziehungen für eine ganze Reihe von japanischen Industriebranchen, das Drängen auf eine Zulassung amerikanischer Akteure im japanischen Finanzsektor, eine von Erfolg gekrönte und durch europäische Hilfe zustande gekommene Kampagne zur Benachteiligung japanischer Banken (vermittels des Baseler Bankenregimes) und einen ebenfalls erfolgreichen Versuch, die enge japanische Koordination von Regierungspolitik, Banken- und Industriestrategie sowie die Keiretsu-Verbindungen zwischen den Industrieunternehmen und den Banken zu beenden.

Und dennoch: Ungeachtet dieses nicht nachlassenden Drangs, den japanischen Kapitalismus umzustrukturieren, haben weder der japanische noch der deutsche Kapitalismus das angelsächsisch-rentierkapitalistische Modell übernommen. Trotz der erfolgreichen Angriffe Vodafones auf Mannesmann im Jahr 2000 und trotz des Vorstoßes US-amerikanischer Investmentbanken, in Japan eine feindliche Übernahmekultur zu etablieren, haben diese beiden Staaten der Entwicklung eines freien Marktes für Industrieunternehmen erfolgreich widerstanden und sich eine **wirksame Binnenkontrolle über ihre Industriestrukturen erhalten**. Auch der Weichenstellung in Richtung eines an die »Rentierisierung« der Arbeiterklasse gekoppelten konsumbasierten Booms haben sich Japan und Deutschland widersetzt. Die hieraus resultierende Pattsituation ist nun wiederum keine rein ökonomische Frage, bei der es sich um die Wettbewerbsbedingungen zwischen verschiedenen Kapitalen dreht. Es handelt sich dabei vielmehr um eine tiefgreifend politische Frage, nämlich die Frage nach der Legitimität verschiedener kapitalistischer Gesellschaftsmodelle und Staatstypen.

2. Der Mangel an einem kohärenten Klub

Diese Probleme in der internationalen politischen Ökonomie des Gegenwartskapitalismus wären einigermaßen leicht zu behandeln, wenn denn die Hauptzentren des Systems in einem stabilen und politisch kohärenten Klub zusammengeschlossen wären. Das ist aber nicht der Fall. Und es ist absolut nicht auszuschließen, dass es in absehbarer Zeit nicht zur Entstehung eines solchen Klubs kommt, der in der Lage wäre, alle Beteiligten in einer neuen Ad-hoc-Totalität zum Steuern des Systems zu organisieren. Im Folgenden werde ich kurz die Ursachen dieser Sackgasse behandeln.

Der abgeschwächte Schutzmachtstellenwert des amerikanischen Militärapparats für die US-amerikanische Führung des Zentrums

Die Differenzen und realen oder potenziellen Spannungen in der internationalen politischen Ökonomie wären nicht zwangsläufig mit einer Krise der Weltordnung gleichzusetzen, wenn sie durch ein robustes internationales Rahmenwerk amerikanischer geopolitischer Kontrolle in Grenzen gehalten würden.

Ein solches Rahmenwerk bestand zur Zeit des Kalten Krieges, da die politische Gegnerschaft zur kommunistischen Welt die deutschen und japanischen Kapitalisten dazu zwang, ihre Akkumulationsraumstrategien nach innen in das amerikanisch kontrollierte Zentrum zu richten. Im selben Atemzug stellte die anhaltende militarisierte Konfrontation mit dem Ostblock sicher, dass die eurasischen kapitalistischen Kernländer auf die amerikanische Militärmaschine angewiesen blieben, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. In einem solchen Kontext konnten die

Vereinigten Staaten das Dollar-Wall-Street-Regime aufbauen und sich zufrieden zurücklehnen, in dem Bewusstsein, dass die zentrale Stellung der US-amerikanischen Wirtschaft für den Rest des Zentrums gesichert blieb. Und insofern, als das amerikanische Militär und ihre Geheimoperationsressourcen auch den Süden weltpolizeilich überwachten und dort antikapitalistische oder radikale nationalistische Regimes und Bewegungen, welche die Investitionen des Zentrums dort gefährdeten, bekämpften, besaß die politische Vorherrschaft der USA über die Länder des Zentrums einen weiteren stabilisierenden Baustein.

Auf diese Weise spielte der gigantische Militärapparat der USA eine funktionale Rolle für die amerikanische Vormachtstellung in der kapitalistischen Weltordnung des Kalten Kriegs. Gleichzeitig verankerte sich die militarisierte amerikanische politische Ökonomie mit tiefen Wurzeln in der Binnenstruktur der USA und sicherte sich so die innenpolitische Unterstützung für die expansionistische Tendenz des amerikanischen Kapitalismus. Dabei spielte der **Wehretat der USA** eine zunehmend wichtigere Rolle für die Erneuerung der hochtechnologischen Führerschaft der Vereinigten Staaten, da er hierfür als Transmissionsriemen diente.

Diese innenpolitische Bedeutung der militarisierten politischen Ökonomie hatte auch über das Ende des Kalten Krieges hinaus Bestand. So beschäftigte das amerikanische Verteidigungsministerium 2006 unmittelbar 2,143 Mio. Menschen. Hinzu kommen noch einmal 230.000 Beschäftigte der *Veterans Administration*. Weitere 3,6 Mio. Menschen waren im Dienst von Kontraktoren des US-Verteidigungsministeriums tätig. Alles in allem hat man es hier also mit einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 5,973 Mio. Menschen zu tun. Das entspricht mehr als 4% der Summe aller Beschäftigten in den USA. Zählen wir hierzu noch die 25 Mio. Kriegsveteranen, die qua ihres Status Transferleistungsbezieher des Verteidigungsministeriums sind, und nehmen wir weiter an, dass jeder Amerikaner mit einer finanziellen Anbindung an das Verteidigungsministerium einem Haushalt mit durchschnittlich einer weiteren wahlberechtigten Person angehört, dann kommen wir auf eine Zahl von ungefähr **60 Mio. amerikanischen Wählern, die finanziell mit dem amerikanischen Militärestablishment verknüpft** sind.

Gleichzeitig haben aus der Sicht der spezifisch kapitalistischen Machtinteressen des amerikanischen Staates der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihrer kommunistischen Verbündeten die politische Bedeutung des Militärapparats untergraben. Die militärische **Schutzmachtfunktion** der USA in Europa ist im Grunde genommen in sich **zusammengefallen** und auch in

Ostasien ist ihre bleibende Wirksamkeit ambivalenter und spannungsgeladener geworden. Im Falle des südkoreanischen Kapitalismus ist die Legitimität des militärischen Schutzes durch die USA stark untergraben worden sowohl hinsichtlich Nordkoreas als auch Chinas, denn der südkoreanische Kapitalismus hat seine Aktivitäten massiv in Richtung eines Handels mit China selbst orientiert. Und während die amerikanische militärische Schutzmachtfunktion für Japan weiterhin bedeutsam ist, haben sich in dem Maße, wie Japan sich zunehmend in Richtung China orientiert, auch hier neue und belastende Ambivalenzen ergeben.

Freilich bleibt es ein auffallendes Merkmal des heutigen US-militärischen Apparats, dass dies genau jene Funktion ist, für welche die amerikanische Militärmacht **schlecht gerüstet** ist. Die Vereinigten Staaten haben die militärische Kontrolle der Ozeane, des Weltalls und des Luftraums oberhalb von 5.000 Metern praktisch monopolisiert, auch besitzen sie überwältigende Vorteile im Bereich des Bodenkriegs in offenen Zonen, wie z.B. Ebenen und Wüsten. Unterhalb der 5.000-Meter-Marke, bei kriegerischen Auseinandersetzungen in Küstennähe und vor allem in Bodenkriegen in urbanen Räumen oder Dschungel- und Bergregionen jedoch ist ihre uneingeschränkte **Vorherrschaft keineswegs unangestastet**. Dabei sind es exakt diese Räume, in denen kriegerische Auseinandersetzungen mit antikapitalistischen oder radikalen nationalistischen Kräften aller Wahrscheinlichkeit nach stattfinden würden.

De facto sind wir heute im Besitz von zahlreichen Hinweisen auf diese maßgebliche **Schwäche** der politischen Funktionalität des **gigantischen Militärapparats** der Vereinigten Staaten.

Radikale politische Kräfte, die ihre politische Basis bei den städtischen Armen besitzen, scheinen sehr effektiv in der Lage zu sein, sich der amerikanischen Militärmacht erfolgreich zu widersetzen. Das zeigt sich bei den urbanen Aufständischen in den irakischen Städten und im militärischen Erfolg der Hisbollah in ihrem Widerstand gegen das israelische Militär, das in seiner Form der Gefechtsmacht mit der amerikanischen Militärmaschine identisch ist. Und solche **Städtekriege** fordern den amerikanischen Bodentruppenkapazitäten einen unhaltbaren Blutzoll ab.

Paradoxe Weise mangelt es dem gigantischen Militärapparat der USA in den urbanen Zonen des Südens somit an Glaubwürdigkeit als eine wirksame Polizeimacht im Namen der übrigen Länder des kapitalistischen Zentrums. Viel besser ist der amerikanische Militärapparat dafür gerüstet, kapitalistische Regimes mit ausgeprägten zivilen Infrastrukturen in die Knie zu zwingen. Hier kann die Macht seiner Luftstreitkräfte eingesetzt werden, verheerende Erschütterungen des Zivillebens und der ökonomischen Aktivitäten am Boden vor Ort zu verursachen. Allerdings reicht diese Kapazität beileibe nicht aus, das Vertrauen der anderen kapitalistischen Zentrumsstaaten zu gewinnen und die starke diplomatische Führungsrolle der Vereinigten Staaten gegenüber den anderen Zentrumsstaaten zu sichern. Die Annahme der Bush-Regierung, dass der unilaterale Einsatz ihrer Militärmacht gegen ein außerhalb des Zentrums liegendes und als Angriffsziel auserkorenes Land den Rest des kapitalistischen Zentrums hinter sich scharen würde, hat sich als irregeleitet erwiesen. Stattdessen hatte sie zum Ergebnis, dass das **Misstrauen** gegenüber der amerikanischen außenpolitischen Strategie **vergrößert** und die diplomatische Machtstellung der Vereinigten Staaten geschwächt worden ist.

Wir befinden uns also in einer Situation, in der sich die weiterhin bestehende massive Binnenlogik des riesigen Militärapparats in den Vereinigten Staaten nicht in die wirksame Waffe übersetzt hat, die qua amerikanischer Militärmacht die politische Kohäsion des Zentrums erzwingt. Das dramatischste Anzeichen für dieses Problem war die mögliche Entstehung eines neuen Typs von Einflussphäre und eines neuen Typs von internationaler Politik, den man in den 1990er Jahren in der europäischen Peripherie entwickelte, unter der Vorherrschaft der westeuropäischen EU-Staaten. Die **EU-Institutionen** wurden genutzt, um in **Zentral- und Osteuropa einen abhängigen Großraum** (im Sinne des eingangs beschriebenen deutschen Begriffs) zu schaffen. Dabei war dies keine exklusive Sicherheitszone, sondern blieb im Rahmen der NATO rein formell unter der Kontrolle der USA, und doch entstand hier eine genuin politische Einflussphäre. Überhaupt ergriff die Europäische Union eine Reihe von weltpolitischen Maßnahmen, die den politischen Stellenwert der amerikanischen Militärmacht verringern oder eindämmen und die USA in die politische Defensive drängen sollten. Hierfür diente der EU ihre Fähigkeit, Initiativen ins Leben zu rufen, die bei den anderen kapitalistischen Zentren für Zuspruch sorgen, wie z.B. das Kyoto-Protokoll, die Internationale Handelskammer (ICC) oder Rüstungskontrollen. Zwar gelang es der Bush-Administration, de facto der EU vermittels ihres britischen Satellitenstaates Großbritannien und der

mittelosteuropäischen Klientenstaaten (vor allem Polen) die Suppe zu versalzen und ihre politische Initiative zu paralisieren; doch bleibt die Tatsache bestehen, dass die Versuche der USA, die aus dem Kalten Krieg überlieferte Form der zentrumsübergreifenden politischen Kohäsion aufrechtzuerhalten, auf wackligen Beinen stehen. So treibt auch die **NATO** in einem ziemlichen **Kuddelmuddel** ziellos dahin.

Bühne frei für die neuen Aspiranten des Eintritts ins Zentrum: Russland und China

Angesichts der Tatsache, dass kapitalistische Weltordnungen die Form von **Ad-hoc-Totalitäten** annehmen, bei denen es auf Kompromisse zwischen Insidern in einer ganzen Reihe von potenziell konfliktträchtigen Themen ankommt, ist der Eintritt von neuen Mitgliedern in diesen Weltordnungsclub eine Quelle von sehr **heftigen Spannungen**. Die Entscheidung der Vereinigten Staaten, Japan in den frühen 1960er Jahren die volle Klubmitgliedschaft zu garantieren, war seinerzeit eine Quelle verbitterter Proteste von Seiten der westeuropäischen Staaten. Und die Hinwendung Russlands und Chinas zum Kapitalismus erweist sich auch eine Quelle von ziemlich wahrscheinlich zunehmenden akuten Spannungen.

In den 1990er Jahren richtete die Clinton-Administration große Aufmerksamkeit darauf, zu gewährleisten, dass der neue russische Kapitalismus so strukturiert wurde, dass er in eine untergeordnete und von den USA abhängige Stellung geraten würde. Washington unterstützte in **Russland** mit großem Eifer die Entstehung einer Form von »Ganovenkapitalismus« und damit einhergehend die korrupte Privatisierung russischer Vermögenswerte in den Händen von Oligarchen mit engen Verbindungen zu angloamerikanischen Unternehmerinteressen. Das russische Wirtschaftsregime wurde in diesem Zuge auf breiter Front den westlichen Unternehmen und ihrem Erwerb von russischem Eigentum sowie für westliche Finanzakteure geöffnet. Im selben Atemzug wurde der russische Staat durch die rapide Auftürmung von Schulden in eine abhängige Stellung zu den westlichen Finanzzentren gebracht. Damit waren schließlich die Weichen des **russischen Kapitalismus** so gestellt, dass dieser als eine seltsame Erscheinung mit **quasi saudiarabisch-rentierkapitalistischen Zügen** entstehen konnte, beherrscht von Oligarchen, die ihre gigantischen Einkommen aus den Eigentumswerten an insgesamt sinkenden Rohstoffressourcen schöpfen.

Dieser Vorstoß kam jedoch gegen Ende der 1990er Jahre zu einem Halt – zunächst mit der russischen Schuldenkrise von 1998 und dem damit zusammenhängenden Währungszusammenbruch und dann schließlich mit dem Machtantritt **Putins** 1999/2000

und der Bestimmtheit der neuen russischen Regierung, **Russland als einen starken, integrierten und fortgeschrittenen Industriekapitalismus wiederaufzubauen**. Der Versuch des Yukos-Konzernchefs Chodorkowsky (dessen Vorstandsabteilung einige ehemalige Mitglieder der Clinton-Administration angehörten), eine politische Alternative zu Putin auf die Beine zu stellen, ging als Schuss nach hinten los und der Anstieg der Öl- und anderer Warenpreise erlaubten es Putin, Russlands Staatsschulden zu verringern, die Binnenökonomie wiederzubeleben und Russlands industrielle Struktur zu reorganisieren.

Versuche von Seiten der USA, Russlands Nicht-Mitgliedschaft in der WTO als Hebel zur Gefügigmachung der russischen Regierung zu verwenden, ging ebenfalls als Schuss nach hinten los, indem die Nicht-Mitgliedschaft Putin erst freie Hand ließ, den russischen Kapitalismus intern umzustrukturieren, ohne dabei auf WTO-Restriktionen achten zu müssen.

All dies bedeuten für die Bestrebungen der Vereinigten Staaten, die kapitalistische Transformation Russlands so zu gestalten, dass Russland im Ergebnis in eine subalterne und abhängige Stellung gebracht würde, gewaltige Rückschläge. Zudem hat diese Politik Washingtons große Spannungen innerhalb der EU verursacht, und zwar zwischen einem deutschen Kapitalismus, der die industrielle Stärke besitzt, mit Russland an seiner Entwicklung zu arbeiten, auf der einen Seite und anderen west- (und mittel-)europäischen Mitgliedsstaaten der EU auf der anderen Seite.

So würde ein sich dynamisch entwickelnder russischer Industriekapitalismus in einer anderen Liga spielen als die anderen europäischen Kapitalismen und gleichzeitig die ihn umgebenden Ökonomien, insbesondere diejenigen der ehemaligen Sowjetrepubliken, in Reichweite des deutschen Kapitalismus bringen.

Der Charakter der langfristigen Herausforderung, die **China** darstellt, ist freilich **noch gewaltiger als die russische Herausforderung**. Die Aussicht auf ein anhaltendes Wachstum der chinesischen Wirtschaft in den kommenden zwanzig Jahren markiert eine **fundamentale Herausforderung der gesamten Struktur des Weltkapitalismus**.

Der Hauptgrund hierfür liegt in der schieren Größe Chinas. Mit einem 20% überschreitenden Anteil an der Weltbevölkerung ist China zweimal so groß wie das kapitalistische Zentrum am Ende des 20. Jahrhunderts zusammengenommen. Allein die bis heute noch weitgehend staatskapitalistische Ökonomie entlang der chinesischen Küstenregion umfasst eine Bevölkerung, die größer ist als die Bevölkerungszahl der mit Abstand größten kapitalistischen Ökonomie des 20. Jahrhunderts, der USA. Und wenn es dem chinesischen Staat

gelingen sollte, die Bevölkerung im Inland auf eine stabile Weise in diese kapitalistische Entwicklung einzubinden, dann wird dies die **gesamte Dynamik des internationalen Kapitalismus** in allen seinen Bereichen – der Politik, der Wirtschaft und der Kultur – **dramatisch umschichten**. Selbstverständlich bleibt hierbei die entscheidende Frage, ob die politische Ökonomie Chinas ihre Verbindung mit der Welt als eine integrierte, unabhängige Kraft einget, oder ob sie dies als eine gebrochene, subalterne und innenpolitisch desintegrierte Zone zum Austoben der anderen Kapitalismen tut. Und doch ist – den meisten Schätzungen zufolge – das Bruttoinlandsprodukt Chinas heute schon beinahe so groß wie das Deutschlands und gleichzeitig bleibt Chinas gesellschaftlich-politische Kohäsion erhalten.

Die Herausforderung, die China verkörpert, zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Bedeutung von Skalenökonomien und *learning economies* für die kapitalistisch-industrielle Entwicklung im Allgemeinen betrachtet. Diese belohnen sowohl den Grad der autonomen Marktbasis für Kapitale als auch den Grad der öffentlichen Ressourcen für die effektive Aus- und Weiterbildung des Gesamtarbeiters.

Vor diesem Hintergrund kann der Politikansatz der Vereinigten Staaten zur Russland- und Chinafrage nicht mehr die Kalte-Kriegs-Formel der Eindämmung sein. Während die Eindämmungspolitik als ein Mittel der Druckausübung durch die amerikanische Regierung über und zugleich zugunsten der traditionellen kapitalistischen Zentrumsstaaten von diesen selbst zum Schutz vor der Bedrohung durch Russland und China gewünscht werden könnte, wirken **Russland** und **China** gleichzeitig doch als gewaltige **Magneten, welche die Kapitalismen des Zentrums magisch anziehen**: Russland ist ein Energielieferant und ein potenzielles neues Wachstumszentrum für die kapitalistische ökonomische Expansion und **China ist das prinzipiell neue Wachstumszentrum der Weltwirtschaft** als solcher.

Unter diesen Bedingungen lautete die amerikanische Formel bisher nicht »**Containment**«, sondern »**Entertainment**«. Das beinhaltet erstens das Bestreben, Zugang zu den inneren gesellschaftlichen Systemen beider Länder zu erlangen und diese dann so umzustrukturieren, dass sie den Marktverbindungen entsprechen, welche das US-Kapital begünstigen.

Zweitens zielt diese Politik darauf ab, Russland und China geopolitisch so **einzuschachteln**, dass sie nicht in der Lage sind, eigene autonome Einflussphären und kapitalistische Expansionszonen in ihrer geographischen Umgebung zu errichten. Und schließlich haben die USA den Versuch unternommen, die politische Kontrolle über einen Großteil der globalen Ölressour-

cen und Ölhandelsrouten zu erlangen, um damit in der Lage zu sein, wirksamen Druck auf den chinesischen Staat auszuüben, der in zunehmendem Maße von Energieimporten abhängig wird. Die amerikanische Strategie scheint allerdings unwirksam und extrem widersprüchlich zu sein. Die amerikanischen »Entertainment«-Bestrebungen gegenüber Russland sind – zumindest für den Augenblick – gescheitert. Im Verhältnis zu China läuft die Eindämmungspolitik innerhalb der amerikanischen Strategie auf den Versuch hinaus, China in der Taiwanfrage offen zu konfrontieren. Dies allerdings führt eher zum gegenteiligen Effekt, nämlich zu einer Stärkung des national(istisch)en Zusammenhalts des Regimes. Gleichzeitig besteht für die USA die Gefahr, dass die chinesische Taktik, die darin besteht, enge wirtschaftliche Verbindungen mit seinen Nachbarn aufzubauen, sich letzten Endes als trojanisches Pferd innerhalb der zahlreichen amerikanischen Sicherheitsbündnisse in der Region erweisen könnte. Dieser Prozess zeigt sich heute schon mit besonderer Deutlichkeit im Fall von Südkorea. China ist heute das mit Abstand bedeutendste neue Wachstumszentrum der Weltwirtschaft. Dabei sichert China seine makroökonomische Stabilität ab, indem es **Kapitalkontrollen** und eine effektive **zentrale Kontrolle über sein Bankensystem behält**, was bedeutet, dass China die ökonomische Entwicklungsrichtung durch

Investitionsplanung beibehält. Wenn es hierbei bleibt und wenn es dem chinesischen Regime gelingt, seine innenpolitische Stabilität zu wahren, dann bedeutet das nichts weniger, als dass die absolut zentrale Frage, welche die zukünftige Bedeutung Amerikas und die Struktur einer möglichen neuen Weltordnung bestimmen wird, **jenseits der Kontrolle Washingtons** beantwortet werden wird.

Die institutionelle Malaise

Die Entstehung einer fast ausschließlich kapitalistischen Weltgesellschaft und der Aufstieg der ostasiatischen Kapitalismen hat für einen weitaus höheren Grad an **Komplexität** in der Politik und der Wirtschaft der Welt gesorgt, die deutlich mehr Systemsteuerung erfordert, als das noch vor 100 Jahren der Fall war. Dabei hat die Gewohnheit unipolarer Führerschaft, die sich in den letzten 50 Jahren in den USA zusammen mit der beschriebenen inneren Konfiguration, auf der diese Gewohnheit fußt, herausgebildet hat, stetig umtriebiger Versuche Washingtons, diesen neuen Kontext zu meistern, hervorgerufen. Das Resultat sowohl dieser US-amerikanischen Versuche als auch der hierauf erfolgenden Reaktionen von Seiten der anderen Zentren ist die **schleichende institutionelle Auflösung**: Keine Reform der Vereinten Nationen, keine Kohärenz in der NATO, eine Sackgasse und das steuerlose Herumtreiben in der Europäischen Union, die Auflösung

von Abrüstungsregimes, die Marginalisierung des IWF, die Blockaden innerhalb der WTO als Folgen der Versuche einzelner Zentrumsländer, sich Handelsvorteile vertraglich zu sichern. Mögen die amerikanische High-Tech-Militärmaschine und die vermeintlichen handwerklichen Zauberkunststückchen der Derivatmarktakteure auch noch so schillernd glänzen, Anzeichen dafür, dass das **steuerlose Dahintreiben** des internationalen Kapitalismus in der näheren Zukunft ein Ende finden könnte, sind keine in Sicht.

Theoretisch besteht in diesem Kontext die Möglichkeit einer **Rückkehr** zu einem stärker dezentralisierten, regionalisierten Großraum-System, das der **Epoche vor 1914** ähneln könnte, dabei – zweifellos – mit besonderen Privilegien für die USA bei gleichzeitigem Entstehen kohärenterer regionaler Zentren in Europa und in Ostasien. Praktisch jedoch ist der amerikanische Staat so konfiguriert, eben die Entstehung eines solchen denkbaren neuen Klubsystems zu verhindern. Eine neue Konfiguration ist vor diesem Hintergrund somit gezwungen, einige krampfartige Erschütterungen und tiefgreifende Turbulenzen zu erwarten und zu erdulden, bis dann aus diesen eine neue und stabilere Konfiguration entspringen mag – oder auch nicht.

Aus dem Englischen von Ingar Solty, Toronto.

Attac Österreich Zivilgesellschaft fordert neues Welthandelsmodell

Doha ist tot, Zeit über neue Handelsmodelle nachzudenken

Über neunzig Organisationen der Zivilgesellschaft rufen in einem Brief ihre HandelsministerInnen dazu auf, das Scheitern der Doha Runde in der WTO anzuerkennen. und ein zweijähriges Moratorium aufzurufen, um die Möglichkeit zu schaffen über ein neues Modell und Prozess für globale Handelsvereinbarungen nachzudenken.

Die Aufrufe der Gruppen der Zivilgesellschaft kamen genau zu dem Zeitpunkt als die Vorsitzenden der Verhandlungen über den Marktzugang für Agrar und nicht-Agrar Bereiche (NAMA) in der WTO ihre revidierten multilateralen Entwurfstexte am 17. Juli herausgegeben haben.

„Die Zeit ist gekommen, die Doha-Runde der WTO Verhandlungen offiziell für gescheitert zu erklären, um ein erneutes Nachdenken über multilaterale Handelsregeln zu erreichen, welche für mehr Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung notwendig sind“, so die Organisationen in ihrem Schreiben an die Handelsminister.

Eine Kopie des Briefs wurde auch an WTO Generaldirektor Pascal Lamy geschickt. Dieser ist auch Vorsitzender des Komitees für Handelsvereinbarungen, welches die Doha Verhandlungen überwacht. Eine Kopie wurde

auch an dem Vorsitzenden der Agrarverhandlungen Botschafter Crawford Falconer von Neuseeland, und den Vorsitzenden der NAMA Verhandlungen, Botschafter Don Stephenson von Kanada geschickt.

Unter den Gruppen der Zivilgesellschaft die den Brief unterschrieben haben sind ActionAid International; Asian Indigenous Women's Network; ATTAC (einschließlich der Landesgruppen in Österreich, Ungarn, Japan, Norwegen und Schweden); Consumers Association of Penang (Malaysia); Corporate Europe Observatory; Council of Canadians; Focus on the Global South (Thailand, India, Philippines); Friends of the Earth; IBON Foundation, Inc (Philippines); Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP); Public Citizen; Public Services International (PSI); Tebtebba (Philippines); Sierra Club; The Berne Declaration; and Transnational Institute (TNI)

In ihrem Brief an die Handelsminister haben die zivilgesellschaftlichen Gruppen bemerkt, dass es nunmehr fast sechs Jahre sind seit dem in November 2006 die Doha Runde eingeläutet wurde.

„Doha sollte die „Entwicklungsrunde“ sein. Was aber über die zwischenzeitlichen sechs Jahre geschah, ist genau das Gegenteil“ sagte der Brief an die Handelsminister. „Anstatt multilaterale Handelsregeln zu entwerfen, die es den Entwicklungsländer ermöglicht ihre Kapazität zur Beseitigung der Armut durch den Aufbau von nachhaltiger Wirtschaft und Beschäftigung aufzubauen, wurde die Doha Runde manipuliert, um so primär den Interessen der industrialisierten Nordstaaten und den Marktzugang ihre transnationalen Konzernen Rechnung zu dienen.“

Alle Studien, die seit 2005 erschienen sind – von der Weltbank, UNCTAD, the Food and Agriculture Organization (FAO), the Carnegie Endowment for International Peace, Tufts University and the Research and Information System for Developing Countries (RIS) – zeigen, dass die derzeitigen Vorschläge für die Doha Agenda die Entwicklungsländer und insbesondere die ärmsten Länder zu den größten Verlierern machen.

<http://www.attac.at/3526+M51f859c57ba.html>

Text des Briefs (auf Englisch):

http://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dokumente/WTO/20070801Doha_is_dead.pdf

Peter Strotmann

Banken Rock'n Roll

So etwas haben wir ja lange nicht mehr gesehen: lange Schlangen von verängstigten Bankkunden – mit britischer Disziplin – vor einer Bank, die innerhalb eines Tages 2 Milliarden Pfund Guthaben abholen. Die britische Zentralbank muss „Northern Rock“ und das britische Bankensystem mit einer Garantieerklärung retten. Das hat es im Großen Britannien seit über 100 Jahren, bei uns seit 1974 nicht mehr gegeben..



Bankkunden stehen Schlange, während der neue Labour-Chef Gordon Brown Margret Thatcher empfängt

5 Millionen US-Familien, die wohl in den nächsten Jahren ihre Häuser verlassen müssen, weil sie sich Hypotheken nicht mehr bedienen können. Kriselnde Großbanken all überall, verzweifelte Spekulanten, abstürzende Hedgefonds, kleinlaut gewordene Private Equity Fonds, vor allem aber: schlitternder Dollar. Was tut sich da? Eine der periodisch wiederkehrenden Krisen des Kapitalismus, wenn er mal wieder zeigt, was er kann? Offenbarungseid der Finanzmärkte? Krise der Globalisierung? Verschiebung der großen weltwirtschaftlichen Gewichte? Beginn der Krise des Weltsystems?

Ausgangspunkt: die soziale Frage in den USA

Am Anfang der jetzigen Krise steht die Wohnungsfrage als Teil **der sozialen Frage**. Viele ärmere US-amerikanische Familien, auch aus dem afro-amerikanischen und spanisch sprechendem Umfeld, hofften, sich den Traum vom eigenen Dach über dem Kopf erfüllen zu können. Mangels genossenschaftlicher Alternativen ließen sie sich von skrupellosen Banken und Fonds Hypotheken aufschwätzen, die sie nur in den ersten Jahren und bei niedrigen Leitzinsen bedienen konnten. Sie wurden z.B. gelockt mit 2 belastungsfreien Jahren und umso höheren Belastungen für die nächsten 28 Jahre. Sie waren Versuchsobjekte für G.W.Bushs neokonservative Projekt einer „Eigentümergeinschaft“ und wurden abhängig gemacht vom Leitzins der Notenbanken, von der Gnade der Hy-

pothekenbanken und den Launen der Finanzmärkte.

Wenige Krisen sind so lange und so präzise vorausgesagt worden wie diese. „Die Geschichte nahm mit der Rezession im Jahr 2001 ihren Anfang“, meint Joseph Stiglitz, mit dem Platzen der Spekulations- und Überproduktionsblase („Dot.Com Blase“) und der Steuersenkung für die Reichen der USA durch G.W.Bush. Die US-Zentralbank bekämpfte diese Krise durch forsches Senken der **Leitzinsen** bis auf beispiellose 1%, was unter Berücksichtigung der Inflationsrate einen negativen Zinssatz bedeutete. 32 Monate blieb er Zins so niedrig und erreichte zunächst sein Ziel: er wirkte wie ein **Dopingmittel**, wie eine Aufforderung zum immer freizügigeren Schulden-Machen. US-Haushalte, Finanzspekulateure, Hedgefonds, Banken, Heuschrecken (Privat Equity-Firmen) – sie alle verschuldeten sich bei diesen niedrigen Zinsen in bisher ungekanntem Ausmaß und verhalfen der US-Ökonomie zu einer jahrelangen Scheinblüte. Zusammen mit den stark gestiegenen Rüstungsausgaben wirkten sie **wie ein keynesianisches Konjunkturprogramm**, das die Gesamtnachfrage belebte.

Investiert wurde allerdings nicht in die Realwirtschaft, die hatte die Überinvestitionen der 90er Jahre noch gar nicht verdaut. Investiert wurde in die Finanzmärkte, in Firmenübernahmen und vor allem in den Immobiliensektor. Die Aktienkurse, die Nachfrage nach importierten Konsumgütern und die Nachfrage nach Häusern nahm zu, der (fiktive) Marktwert der Eigenheime

stieg und alle Beteiligten gingen davon aus, dass das ewig so bleiben würde. Als schließlich die Leitzinsen und mit ihnen die flexibel gestalteten Hypothekenzinsen anzogen, begann das **doppelte Desaster**: Familien, die mit Lockzinsen zum Vertragsabschluss bewegt worden waren, konnten sich Zinsen und Tilgung nicht mehr leisten. Als sie versuchten, die Häuser zu verkaufen, stellten sie fest, dass es sich nicht um ein individuelles, sondern um ein gesellschaftliches Problem handelt: weil so viele Häuselbauer sich in derselben Situation befanden und verkaufen mussten, verfielen die Häuserpreise. Häufig sind inzwischen die Hypothekenschulden größer als die Verkaufspreise der Eigenheime. Der US-amerikanische Traum von der individualistischen Eigentümergeinschaft – wo war er geblieben?

Vertikaler und horizontaler Widerspruch

Wir haben es hier mit den beiden typische Widersprüchen des Kapitalismus zu tun: Im **vertikalen** Widerspruch zwischen „unten“ und „oben“, zwischen Kapital und Arbeit, ist es das Ziel der Unternehmer, Löhne zu senken und Gewinne zu steigern. Durch die neue **globale industrielle Reservearmee** fällt es dem Kapital leichter als früher, den Widerstand der Arbeiterbewegung zurück zu drängen. Verschärfte globale Lohnrückerei und Präkarisierung sind die Folge. Das Einkommen der werktätigen Familien reicht nicht aus, trotz teilweise doppelter Jobs, um Ersparnisse zu

bilden. Konsequenz: sinkende Lohnquoten und mangelnde Kaufkraft der ärmeren Schichten auf der einen Seite; steigenden Gewinnquoten und Ausdehnung der Luxusproduktion für die Reichen und Superreichen auf der anderen Seite. Die hohen Gewinne führen zur globalen Geldschwemme, zum **Anlagenotstand**. Der Geldadel, die neuen Feudalherren und ihre Fonds, die „Rentiers“ mit ihren leistungslosen Einkommen aus „ihrem“ Vermögen (Zinsen, Dividenden, Kursgewinnen etc), wissen nicht, wo sie ihr Geld profitabel anlegen sollen.

Ermöglich und genährt wird die **globale Geldschwemme** durch das gigantische US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit. Während alle anderen Länder die Devisen für ihre Importe durch entsprechende Exporte erarbeiten müssen, bezahlen die USA ihre Importe mit bedruckten Papier. Denn als einziges Land der Welt verschuldet sich die USA – bisher grenzenlos - in der eigenen Währung. Die Dollardruckmaschinen versorgen die Welt mit massiver Liquidität. Das herumirrende Kapital rettet sich in die neuen Instrumente der Finanzmärkte, in die Hedge-Fonds und Private Equity Fonds, in die Immobilienfonds, die Häuser kaufen, um damit zu handeln, nicht um in ihnen zu leben. Der „Anlagenotstand“ liegt der gegenwärtigen Krise als Strukturmuster zugrunde und wird so leicht nicht verschwinden. Der Kolumnist der „Financial Times“, Martin Wolf, erkennt das: *„Die zugrunde liegende Herausforderung für die Zentralbanken der Welt bleibt bestehen: riesige Sparüberschüsse in wichtigen Teilen der Welt; Unternehmen, die kein Geld leihen müssen, sodass kreditwürdige und – willige Schuldner rar sind.“*

Der vertikale Widerspruch, der Klassenwiderspruch, vermittelt sich durch den **horizontalen Widerspruch**, der Konkurrenz jeder gegen jeden. Die **Konkurrenz** der Wirtschaftssubjekte soll ja angeblich zum „Wohlstand für alle“ führen, zur effektiven Informationsverbreitung durch die Marktsignale und zur optimalen Allokation (Zuweisung) der Ressourcen. Jedes Wirtschaftssubjekt maximiert seinen eigenen Profit und fördert dadurch – vermittelt durch den Marktmechanismus – automatisch auch das Allgemeinwohl. Micro-Macro-Harmonie. Das war das liberale und neoliberale Glaubensbekenntnis von Adam

Smith bis zu Milton Freedman und seinen Chicago Boys. An der jetzigen Krise sieht man, wie gründlich sich diese Theorie – und zwar vor allem auf den globalisierten Finanzmärkten - immer wieder **blamiert**. Zunächst die aggressiven Praktiken der miteinander konkurrierenden Hypothekenaufschwätzer, deren Opfer die Familien sind, die sich nur ein sicheres Dach über dem Kopf wünschen, aber zu wenig verdienen. Dann der Run auf die Häuser in der Hoffnung auf steigende Preise und schnelle und mühelose Gewinne; dann die panische Flucht aus den Objekten im Herdentrieb und die finanziell abstürzenden Neubauten. Welche Missallokation von Ressourcen! Welcher planlose, giergetriebene Wahnsinn mit voraussehbaren Konsequenzen. Welche Micro/Macro-Disharmonie!

Ausbeutung und Krise ergänzen sich gegenseitig in der chaotisch desorganisierten Marktwirtschaft. Beide Widersprüche – die **soziale Polarisierung** und das **Chaos der Märkte** - überlagern sich. Das ist nicht gerade neu. Martin Wolf, macht sich lustig über diejenigen, die darüber so erstaunt sind. *„Das Phänomen ist so alt wie der Finanzkapitalismus selbst... Panik folgt auf die Manie jedes Booms wie die Nacht auf den Tag.“* Er nennt das Phänomen auch nicht „Neoliberalismus“ oder „Globalisierung“, sondern **„Finanzkapitalismus“**. Mit Schumpeter findet er allerdings die reinigende Funktion der Krisen ganz in Ordnung. Wie die Frühlingsstürme den Wald von den morschen Zweige befreien, so stärken die Krisen die überlebenden Unternehmen: *„Diese Märkte müssen sich selbst regulieren“*, meint dieser Guru der Finanzkapitals.

Neues vom Zocker

Allerdings hat sich die Verlaufsform der Krise geändert. Früher war es eine Angelegenheit zwischen Häuslebauer und Bank, die Hypothek auszuhandeln und dann z.B. 30 Jahre an die Bank zurückzahlen. In Zeiten des neuen Finanzkapitalismus reicht das den Banken nicht mehr: es muss schnelles Geld gemacht werden, die Kredite werden – in gemischten Bündeln aus guten und schlechten „Bonitäten“ verpackt – verbrieft und sofort weiterverkauft an alle möglichen Finanzinstituten überall auf der Welt, sozusagen globalisiert. Man hatte

gleich eine Heiligsprechung der neuen Finanzinstrumente parat: Risiken würden auf viele Schultern verteilt und das Gesamtsystem dadurch vor Zusammenbrüchen großer Akteure geschützt. Jetzt muss man erkennen, dass niemand weiß, wo diese nett verpackten und mit „AAA“ gestempelten Risiken gelandet sind. Allgemeines Misstrauen in der Bankenwelt ist die Folge. „Credit Crunch“ nennt es die Fachwelt und ist ratlos. Der US-Immobilienmarkt schlittert in die Depression. Die Zentralbanken sozialisieren die Verluste und greifen mit Liquiditätsspritzen und Bankgarantien ein. Kredite werden teurer und nur noch zögerlich vergeben, ärmere Familien haben eh keine Chance mehr, und produktive Investitionen werden abgewürgt. Die Stunde der „Geierfonds“ schlägt. Sie haben darauf gewartet, dass die verbrieften Papiere ihren Wert verlieren und billig zu ergattern sind. Einige Banken und Fonds springen hingegen über den Jordan, andere schreiben Milliardenbeträge ab. Das Spiel kann dann von vorne beginnen.

Die USA im Zentrum der Krise

Dass die Immobilienblase einmal platzen musste, war jedem klar. *„Amerikas Tag der Abrechnung“* nannte es Josef Stieglitz. Allerdings hat sich die Welt durch die Kreditkrise schon verändert. Die großen tektonischen Verschiebungen im Vermögensaufbau der Welt werden jetzt sichtbarer (siehe den Artikel von Jörg Goldberg in dieser Nummer). Die **USA sind dreifach verschuldet**: die Bürger bei den Banken; der Staat bei ihren reichen fondsbesitzenden Bürgern und die USA beim Rest der Welt. Dieses Pyramidensystem kann sich nicht ewig halten.

Die neue Ohnmacht der Zinspolitik

Die globale Geldschwemme erschwert zudem die Möglichkeit, die US-Wirtschaft, mit den traditionellen Mitteln der Zinspolitik zu steuern. Die **Leitzinsen** der Zentralbank sollen antizyklisch den Konjunkturverlauf beeinflussen, in Zeiten des Booms sollen hohe Zinsen Konsum und Investitionen bremsen, im Abschwung sollen umgekehrt niedrige Zinsen die Wirtschaft beleben.



Das funktioniert nicht mehr so einfach, wie die Lehrbücher es behaupten. Der Leitzins ist in Zeiten globalisierter Finanzmärkte zu einer **stumpfen Waffe** mit heftigen „Kollateralschäden“ geworden. In Japan haben Zinsen um 0% jahrelang den Aufschwung *nicht* herbei gezaubert. In den USA führten niedrige Leitzinsen zum illusionären kurzfristigen Strohfeuer. Die Zinspolitik steckt in einer Zwickmühle, die den **Dollarkurs** bestimmt: Um Kapital ins Land zu holen (nach außen), muss der US-Leitzins hoch sein. Das würgt allerdings die Binnenkonjunktur ab. Um die Konjunktur anzukurbeln (nach innen) muss der Zins niedrig sein. Das führt zu Verschuldungsexzessen im Innern und zum Kapitalabfluss nach außen. Dieser Widerspruch wird umso schärfer, je höher die Schulden der USA beim Rest der Welt sind. Keine beneidenswerte Aufgabe für den Chef der US-Zentralbank. Die Kreditkrise dürfte die Skepsis dem Dollar gegenüber weltweit verstärken. „*Der globale Finanzmarkt hat vor allem den Vereinigten Staaten viele Vorteile gebracht. Jahrelang hat das Land prächtig auf Pump gelebt. Die vielen Kredite ließen die amerikanische Wirtschaft boomen. Das Geld dafür stammte vor allem von Gläubigern aus dem Ausland. Jetzt endet das große Spiel, und es zeigt sich, dass die USA die Karten gut verteilt haben. Die Schwarzen*

Peter liegen längst in aller Welt - auch in Deutschland“, schreibt der „Stern“.

Die Welt wehrt sich

Die betroffenen Staaten reagieren mit neuen regionalen Abwehrstrategien: in Asien z.B. mit regionalen Währungspools, in Lateinamerika mit Wirtschaftsgemeinschaften (z.B. Mercosur und ALBA), die nicht mehr so stark vom US-Dollar abhängig sind. Damit wird ein **Trend zur Deglobalisierung** verstärkt, der den abhängig gehaltenen Teilen der Weltwirtschaft wieder mehr Souveränität gegenüber dem US-Imperialismus erlaubt.

Begriffe überprüfen

Vor 10 Jahren hat die Asien/Russland/LTCM-Krise die Weltwirtschaft erschüttert (siehe Walden Bello in dieser Nummer). Damals gab „Le Monde Diplomatique“ den Schlachtruf aus: „Entmachtet die Märkte!“. Attac in Frankreich wurde angestoßen, die Tobin-Steuer als ein Mittel zur „Demokratischen Kontrolle der Finanzmärkte“, wie es in Deutschland zunächst hieß, vorgeschlagen. Die chaotischen Finanzmärkte wurden als Spitze des neoliberalen Eisbergs ins Visier genommen, eine Enquete-Kommission des Bundestages berufen, viele Vorschläge zur Re-Regulierung der

Finanzmärkte erdacht aber nicht umgesetzt. 10 Jahre später geht alles von vorne los, diesmal im Auge des Taifuns, in den USA. Wenn man die Veränderungen im Weltsystem nicht verschlafen will, steht auch für Attac ein **Paradigmenwechsel** an. Es ist nicht nur das Sahnehäubchen – die Finanzmärkte – das attackiert werden muss. Es ist der ganze kalte Kaffee, - der Kapitalismus - der uns immer wieder die **Krisen** beschert, der die ungleiche Entwicklung und soziale **Polarisierung** - im Innern und global - verursacht und für die **Plünderung** der Natur sorgt. Es geht nicht nur um die demokratische Kontrolle der Finanzmärkte, sondern um die **demokratische Kontrolle der Wirtschaft**. Es geht darum, dass die Gesellschaft ihr Schicksal nicht von den Märkten bestimmen läßt, dass der Primat der Politik über die Ökonomie erkämpft wird. Es geht um den Austritt der Gesellschaft aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit den Märkten und ihren Nutznießern gegenüber.

Beginnen wir mit der Wiederbenutzung der richtigen Begriffe, die nicht verschleiern oder beschönigen, sondern messerscharf analysieren und delegitimieren. Der geplante Kapitalismus-Kongress von Attac-D im nächsten Jahr könnte dazu ein Meilenstein sein.

Jörg Goldberg

Globale Schieflage: Das Kapital fließt nach oben

Das Defizit der Handels- und Leistungsbilanz der USA ist die aktuell größte Bedrohung der Weltwirtschaft, insbesondere der fragilen Ökonomien der Entwicklungsländer. Je länger mit wirksamen Gegenstrategien gewartet wird, desto mehr wächst die Gefahr internationaler Finanzkrisen. Darüber besteht weltweit Konsens. Weniger einheitlich aber sind die Ansichten, was die Gegenstrategien betrifft. Doch welche Maßnahmen auch immer vorgeschlagen werden, man muss davon ausgehen dass der Hauptverursacher, nämlich die USA, mit dem Defizit gut leben kann.

Dies zeigen zwei neue Diskussionsbände, die das Ergebnis einer internationalen Tagung sind, die letztes Jahr vom „Forum on Debt and Development“ (FONDAD) in den Niederlanden veranstaltet wurde. FONDAD wurde 1987 mit Unterstützung bekannter Wissenschaftler wie Jan Tinbergen und Robert Triffin gegründet. Die Tagung über „Global imbalances and the US debt problem“ war nicht nur wegen des fachlichen Niveaus ein für die Zukunft des internationalen Währungssystems bedeutsames Ereignis. Neben Wissenschaftlern haben auch politische Entscheidungsträger in nationalen Notenbanken (China, Niederlande, Südafrika) und multinationalen Institutionen (IWF, WTO, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Vereinte Nationen, Afrikanische Entwicklungsbank) teilgenommen.

Das US-Defizit – ein altes Problem?

In vielen Beiträgen im ersten Band (s. Hinweis) wird darauf hingewiesen, daß das US-

Defizit eine alte Erscheinung ist – so Jan Teunissen, Direktor von FONDAD. Ein Währungssystem, bei dem das internationale Geld von einer nationalen Notenbank produziert wird (den USA), ist darauf angewiesen, daß mehr Geld ‚gedruckt‘ als national benötigt wird. Allerdings hat das US-Defizit (neben seinem Umfang) heute Merkmale, die es zu einem besonderen Krisenfaktor machen, worauf der Beitrag von Jan Kregel, UN-Department of Economic and Social Affairs, aufmerksam macht: Das Defizit ist heute multilateral, berührt alle Regionen, auch Entwicklungsländer. Es wird überwiegend durch private Kapitalflüsse finanziert, die politische Steuerbarkeit ist eingeschränkt. Zudem stehen dahinter oft internationale Produktionsketten, das Defizit ist nicht bloß eine Angelegenheit der Finanzmärkte. Schließlich sind die USA erst seit 1989 eine Schuldner-Nation, bis dahin war das US-Auslandsvermögen größer als die Verschuldung.

Der multilaterale Charakter des US-Defizits führt zu der absurden Situation, im Titel des ersten Bandes reflektiert („*Sollen Entwicklungsländer den US-Dollar unterstützen?*“), daß die armen Länder heute dazu beitragen, den Über-Konsum der USA zu finanzieren. Noch bis in die 90er Jahre sorgte man sich um die Verschuldung der Entwicklungsländer – heute dagegen sind die hohen Dollar-Reserven der armen Länder das Problem: „*Kapital fließt ‚bergauf‘, von armen zu reichen Ländern*“, stellt Teunissen fest (I, 11). Die Entwicklungsländer sind gezwungen, zur Risikovorsorge Devisenreserven zu halten, die für Entwicklungsinvestitionen fehlen. Andererseits würden sie am meisten unter einer krisenhaften Bereinigung leiden: Stockt die Finanzierung des US-Defizits, gerät der Dollar unter Abwertungsdruck, die Zinsen würden international steigen, ebenso die Risikoaufschläge für Kredite an Entwicklungsländer.

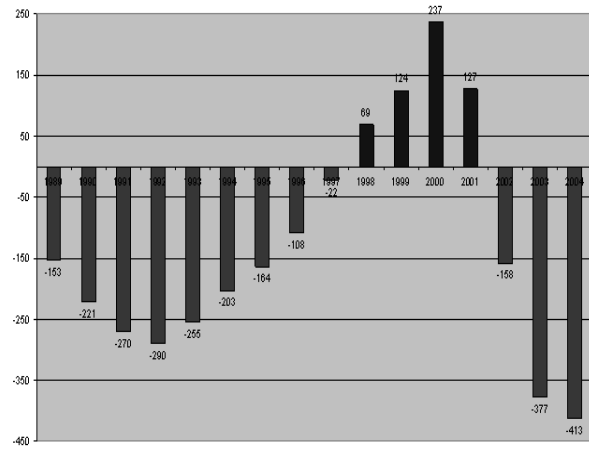
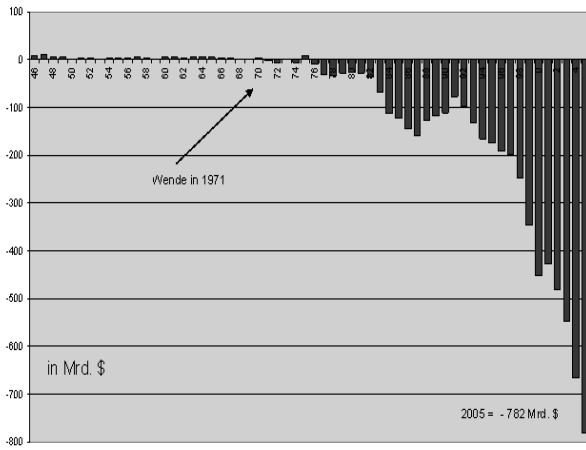


Diagramme :Das Doppeldefizit der USA: links die Zahlungsbilanz seit 1946, rechts das Haushaltsdefizit seit 1989
<http://govinfo.library.unt.edu/tidrc/research/research.html>

Besonders drastisch sind die Auswirkungen einer Dollar-Abwertung für die afrikanischen Länder, wie Louis Kasekende von der Afrikanischen Entwicklungsbank ausführt: Afrikanische Exporte werden überwiegend in Dollar denominated, die Importe dagegen in Euro (II, 13). Die Hauptgefahr aber sind realwirtschaftliche Effekte: „Das größte Risiko besteht in einer signifikanten Verlangsamung der US-Ökonomie und der globalen Importnachfrage“ (I, 27), betonen Barry Eichengrün und Yung Chul Park. Die USA sind heute der weltweite „Consumer of last resort“. (II, 93).

Maßnahmen zum Abbau des Defizits

Was kann getan werden, um die „unordentliche Korrektur“ (I, 15) des US-Defizits zu verhindern? Viele Ratschläge gehen an die USA als Hauptverursacher: Dort soll mehr gespart, das US-Haushaltsdefizit soll abgebaut werden. Vor allem sollen die von der Bush-Administration verfügbaren Steuersenkungen gestoppt werden. Allerdings wissen die Konferenzteilnehmer, daß es in den USA kein Interesse an einer solchen Politik gibt. Denn „das so genannte globale Ungleichgewicht scheint heute für alle anderen Länder gefährlicher zu sein als für die USA“ (I, 98), sagt Fan Gang von der chinesischen Notenbank. Eichengrün und Park, beide bekannte Wissenschaftler, Park wichtiger Finanzpolitiker in Südkorea, seufzen: „Es wäre nett, wenn die Vereinigten Staaten sich an einem kooperativen Prozess beteiligen würden, indem sie die heimischen Wurzeln des Doppel-Defizits angehen. Die Entwicklungsländer aber können darauf nicht warten.“ (I, 41)

Zahlreiche Beiträge in beiden Bänden entwickeln Vorschläge, was Entwicklungsländer angesichts der Untätigkeit der USA tun könnten. In Band I wird die Frage diskutiert, ob die Abwertung des chinesischen RMB, wie von den USA gefordert, sinnvoll ist. Zwar wird eingeräumt, daß der RMB

leicht überbewertet ist; eine Abwertung aber würde das US-Defizit nicht verringern. Denn etwa die Hälfte der Exporte Chinas wird in internationalen Unternehmen, darunter viele US-Filialen, produziert. Insgesamt wird den Entwicklungsländern empfohlen, eine expansive Haushaltspolitik zu betreiben, mehr zu investieren und die Bedingungen für regionale Integrationen zu verbessern.

Ein Ende des Dollar-Standards ...

Im Grundsatz meint die Mehrheit der Teilnehmer, daß eine grundlegende Reform des internationalen Währungssystems überfällig ist. Denn das US-Defizit ist die notwendige Folge einer institutionellen Lösung, die „den USA erlaubt ein dauerndes Defizit zu unterhalten und soviel Geld zu drucken wie sie möchte“ (II, 2). „Der US-Dollar ist nicht mehr der stabile Anker des Weltwährungssystems“, sagt Fan Gang (I, 102) und findet hierbei keinen Widerspruch. Weniger einig aber sind sich die Teilnehmer darüber, wie eine Reform konkret aussehen sollte. Einige Beiträge fordern ein Ende des Dollar-Standards und knüpfen an Vorschlägen an, mit denen Keynes 1944 auf der Konferenz von Bretton Woods am amerikanischen Widerstand gescheitert war: Die Schaffung einer „World Currency Unit“ wird von Fan Gang in die Debatte gebracht (I, 103), Jane D’Arista aus den USA erinnert an Keynes Vorschlag einer Internationalen Clearing-Agentur (II, 138).

Andere gehen nicht so weit und plädieren für eine vorbeugende multinationale Politik, die auch nationale Ungleichgewichte behandelt. Tatsächlich aber hat der IWF, dessen Aufgabe dies eigentlich ist, sich immer nur mit Ungleichgewichten in Entwicklungsländern befaßt: „Der IWF hat kaum Einfluß auf Gläubiger-Länder gehabt und hat heute wenig Einfluß auf das größte Schuldner-Land, die USA“, stellt William White von der Bank für Internationalen

Zahlungsausgleich fest (II, 87). Allerdings sieht auch White: „...der Widerstand gegen mehr internationale Zusammenarbeit hängt mit der unterschiedlichen Wahrnehmung von Risiken, unterschiedlichen Kulturen und analytischen Methoden zusammen; und nationale Interessen sollten nicht unterschätzt werden.“ (II, 88)

... oder internationale Reformen?

Ob man aber eine mehr immanente Behandlung des aktuellen Defizit-Problems durch Veränderung interner Politiken (unter Einschluß jener der USA) bevorzugt, für eine Stärkung multinationaler Institutionen (z.B. des IWF) im Rahmen des bestehenden Währungssystems plädiert oder aber ein Ende des Dollar-Standards fordert – nichts davon ist gegen die USA durchsetzbar. Es bleibt festzuhalten, daß die Aufrechterhaltung des Defizits den Interessen der USA entspricht und daß selbst ein Finanzcrash dort am wenigsten schaden würde – vom Standpunkt der US-Politik ist es rational, die Aufgabe des Defizit-Managements dem Rest der Welt zu überlassen. Es ist so wie Teunissen in seiner Einleitung unter Verweis auf ein Buch von David Calleo bemerkt: „... ein großer Teil der internationalen Wirtschaftspolitik der USA wird vom Wunsch diktiert, das internationale System in den Dienst der nationalen Politik zu stellen.“ (I, 6)

Hinweis: * Jan Joost Teunissen/Age Akkerman (eds), *Global Imbalances and the US Debt Problem: (I) Should Developing Countries support the US Dollar?, (II) Remedies for a Failing International Financial System*, FONDAD: The Hague 2006 and 2007 (www.fondad.org)

Dr. Jörg Goldberg ist Wirtschaftswissenschaftler und war viele Jahre entwicklungspolitischer Berater in Afrika. Veröffentlicht in Weed-Newsletter (weedonline.de): 2.9.2007

Walden Bello

Im Freien Fall:

Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise

Zehn Jahre nach der Finanzkatastrophe in Asien (1997) wachsen die Ökonomien entlang des Westpazifiks wieder - wenn gleich nicht in derselben Geschwindigkeit wie vor der Krise. Zweifellos hat die Region unauslöschliche Narben davongetragen. Schlüsselindikatoren sind Armut, Ungleichheit und soziale Destabilisierung. Vor der Krise waren diese Indikatoren günstiger. So haben beispielsweise die schmerzhaften Arbeitsmarktreformen in Südkorea zu einer stillen Verzweiflung geführt, die für eine der höchsten Suizidraten in den 'Entwicklungsländern' verantwortlich ist.

Globale Finanzarchitektur? Wo bitte?

Trotz des Geredes über eine "neue globale Finanzarchitektur" existiert kaum etwas, was die massiven Kapitalbewegungen regulieren könnte. Wir sprechen von Kapital, das mit Cybergeschwindigkeit durch das weltweite Finanznetzwerk schießt.

Die Enthusiasten des Überlass-es-den-Märkten-Ansatzes behaupten, Sorgen seien unnötig. Seit 2002 - als Argentinien bankrott ging -, habe es keine größeren Krisen gegeben, so ihr hoffnungsvoller Kommentar. Leute, die es besser wissen, wie der Wall-Street-Insider Robert Rubin (Schatzamtminister unter Bill Clinton) zeigen sich hingegen äußerst besorgt, selbst wenn sie, wie Rubin, gegen Regulierungen sind: "Finanzkrisen (wie die Asienkrise) werden in Zukunft mit großer Sicherheit unausweichlich sein - vielleicht noch ernster", so Rubin. "Die Märkte werden größer, Information verbreitet sich schneller, die (Finanz-)Flüsse sind größer, die Handels- und Kapitalmärkte verschmelzen immer mehr... Zudem ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass niemand vorhersagen kann, wo die nächste Krise stattfinden wird, in einem Immobilienmarkt, in neuen Branchen, oder wo auch immer". Eine aktuelle Studie des Brookings-Instituts bestätigt Rubins Befürchtung: In den vergangenen dreißig Jahren fanden über hundert Finanzkrisen statt.

Die Herrschaft des Finanzkapitals

Die schiere Masse an spekulativem Kapital, das im Finanzkreislauf hin- und herschießt, ist absolut verwirrend. Laut McKinsey Global Institute belief sich "der Kern des Finanzvermögens" im Jahr 2005 auf \$140 Billionen. Ein signifikanter Teil dieser globalen Werte wird von traditionellen Geschäftsbanken gehalten. Dennoch hielten Finanzoperatoren, die keiner Bank angehören, im Jahr 2005 \$46 Billionen in Händen. Sie sind zu wichtigen Mittlern zwischen Banken und Sparern geworden. Hedgefonds hielten 2005 \$1,6 Billionen und Private-Equity-Investoren rund \$600 Milliarden. Diese Zahlen und Daten über den verblüffenden Aufstieg und die erstaunliche Größe des globalen Finanzkapitals stammen von dem Ökonomen C.P. Chandrasekhar. Er präsentierte sie auf der Konferenz 'A Decade After: Recovery and Adjustment since the East Asian Crisis', die zwischen dem 12. und 14. Juli in Bangkok stattfand. Bangkok war 1997 das Epizentrum des finanziellen Erdbebens gewesen.

Einige Analysten interpretieren das explosive Wachstum des Finanzkapitals als Folge der Überkapazitäten, mit denen sich die globale Wirtschaft herumschlägt. In weiten Teilen der globalen Wirtschaft (wesentliche Ausnahmen sind beispielsweise China und Amerika) sei es zu einer Entschleunigung der Investitionstätigkeit gekommen; Aufgrund dieser Stagnation seien Kapitalisten nicht mehr sonderlich motiviert, in Produktionsparten zu investieren, sondern neigten eher dazu, ihr Geld in spekulative Aktivitäten zu stecken (Spekulation heißt, aus bestehenden Werten noch mehr Wert zu quetschen). Die Tatsache, dass das prozentuale Verhältnis von globalen Finanzwerten zu den jährlichen Erträgen aus der Produktion von 109% im Jahr 1980 auf 316% im Jahr 2005 wuchs, bestätigt dies (Martin Wolf, Kolumnist der Financial Times, zitiert in seiner Zeitung entsprechende Aussagen des McKinsey Institutes).

Spekulative Tätigkeiten, als Mittel der Geldvermehrung, überrunden auch den Handel. Das tägliche Volumen der Wechselkurstransaktionen an internatio-

nen Märkten liegt derzeit bei \$1,9 Billionen (am Tag). Der Handel mit Gütern und Dienstleistungen erbringt im Vergleich \$9,1 Billionen jährlich. Das heißt, Spekulationen bringen an einem einzigen Tag 20 Prozent dessen ein, was der globale Handel in einem Jahr erwirtschaftet! Martin Wolf gehört zu den Cheerleadern der Globalisierung. Er bringt die Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen globalen Kapitalparteien auf den Punkt, wenn er schreibt: "Der neue Finanzkapitalismus repräsentiert den Triumph des Wertehandels über die Langzeitproduzenten".

Zehn Jahre nachdem der Internationale Währungsfonds und die USA die Schuld an der Asienkrise der mangelnden Transparenz bei Finanzaktionen in den Asienstaaten zugeschrieben haben, gilt Vernebelung noch immer als Tagesparole des weltweiten Finanzhandels. Die Winkelzüge und Mutationen des spekulativen Kapitals haben die Möglichkeiten nationaler oder multinationaler Regulierteinstellen längst hinter sich gelassen. Zu traditionellen Krediten, Aktien und Bonds sind mittlerweile neue, exotische Finanzinstrumente hinzugekommen. Einer dieser Exoten, die im Finanzgeschäft geradezu explodieren, sind Derivate. Unter Derivaten versteht man den Finanzhandel - Kauf oder Verkauf - mit Risikowerten. Gehandelt wird nicht mit den zugrunde liegenden Werten sondern mit deren Risiken. Heutzutage können mit jeder Art von Handel oder Geschäft Risikodeals betrieben werden - sei es Frieden oder Rohöl, Internet oder Wetterprognosen.

Parallel zur Entstehung neuer komplexer Instrumentarien verlief der Aufstieg der Hedgefonds und der Private-equity-Fonds. Sie sind die dynamischsten Spieler im globalen Casino. Hedgefonds gelten als Hauptschuldige an der Asienfinanzkrise 1997. Heute sind sie weniger reguliert denn je. Ihre Zahl beträgt über 9500. Hedgefonds investieren - kurz- oder langfristig - in eine Vielzahl von Dingen. Ziel ist maximaler Profit bei möglichst geringem Risiko. Private-equity-Unternehmen greifen Firmen an, um Kontrolle über sie zu erlangen. Danach bauen sie die Firmen um und verkaufen sie mit Profit weiter.

AKKUMULATION VON RESERVEN - EINE VERTEIDIGUNGSSTRATEGIE

Es gibt keine weltweite Finanzaufsicht, die den Wirbelwind der globalen Finanzen noch bezähmen könnte. Daher haben die asiatischen Staaten eigene Schritte unternommen, um sich vor den diebischen globalen Spekulanten zu schützen, die die Ökonomien ihrer Region schon einmal zu Fall gebracht haben (durch jene berühmten Panikverkäufe in den Juli- und August-Wochen 1997, als 100 Milliarden Dollar abgestoßen wurden). Einige Länder des ASEAN-Paktes haben sich mit China, Südkorea und Japan zur Finanzgruppe "ASEAN Plus Three" zusammengeschlossen. Dieses Bündnis ermöglicht es jedem Mitgliedsstaat, große Kapitalreserven einzusetzen, sollte seine Währung - wie 1997 - von Spekulanten angegriffen werden.

Noch wichtiger ist der Aufbau massiver Finanzreserven, die man durch große Handelsüberschüsse erzielt. Dieses Ziel erreichen diese Staaten durch eine Unterbewertung ihrer Währungen. Zwischen 2001 und 2005, so der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz, konnten 8 asiatische Staaten - Japan, China, Südkorea, Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien und die Philippinen - ihre Gesamtreserven, von rund \$1 Billion auf \$2,3 Billionen mehr als verdoppeln. China führt - mit Reserven im Wert von \$900 Milliarden - die Runde an, gefolgt von Japan.

Dies hat zu einer paradoxen Situation geführt. In unserer globalen Wirtschaft, mit starken Stagnationstendenzen, hält der Zwillingsmotor China/USA (China als Motor der Produktion und Amerika als Motor des Konsums) die Weltwirtschaft am Laufen. Die amerikanische Wirtschaft in Trapp zu halten, erfordert konstante Kreditströme aus China und anderen ostasiatischen Staaten in Richtung Amerika - um den Konsumhunger der amerikanischen Mittelschicht nach Produkten aus China und Asien zu finanzieren. Gleichzeitig fließt sehr wenig Kapital aus Ostasien in jene Länder, die es bitter nötig hätten - zum Beispiel in die afrikanischen Staaten. Sie erhalten kaum Kapitalreserven, da sie als nicht kreditwürdig gelten.

DER ABSTIEG DES INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFONDS

Der Aufbau massiver Reserven in den asiatischen Staaten ist eine direkte Folge

der bitteren Erfahrungen mit dem IWF. Die (asiatischen) Regierungen erinnern sich daran, dass die Krise Ergebnis einer Strategie der drei Schläge des IWF war: Zunächst hatte der IWF, gemeinsam mit dem US-Schatzamt, die (asiatischen) Staaten gedrängt, ihre Kapitalkonten zu liberalisieren. Dadurch wurde der Abfluss von ausländischem Kapital erleichtert - was die nationalen Währungen in den Keller trieb.

Als Nächstes stellte der IWF diesen Ländern Kredite über mehrere Milliarden Dollar zur Verfügung - nicht etwa zur Rettung ihrer nationalen Ökonomien sondern zur Rettung der ausländischen Kreditgeber.

Drittens, als ihre Ökonomien schwankten, schrieb der IWF den Regierungen eine Politik der pro-zyklischen Ausgabenbegrenzung vor. Dadurch vollzog sich der Absturz in die Rezession noch schneller.

"**Nie wieder**", lautete der Slogan der betroffenen Regierungen. Die Regierung Thaksin in Thailand erklärte die "finanzielle Unabhängigkeit" vom IWF, nachdem Thailand 2003 seine Schulden an den IWF zurückgezahlt hatte. Man schwor, sich nie mehr an den IWF zu wenden. Auch Indonesien erklärte, es werde bis 2008 seine sämtlichen Schulden beim IWF tilgen. Die Philippinen rückten davon ab, neue IWF-Kredite aufzunehmen. Malaysia hatte dem IWF schon während der Asienkrise getrotzt, indem es auf dem Höhepunkt der Krise eine Kontrolle über die Kapitalflüsse verhängte.

Ironischerweise ist der IWF zu einem der Hauptleidtragenden des Debakels von 1997 geworden. Der Internationale Währungsfonds - jene arrogante Organisation aus rund 1000 Eliteökonominnen -, hat sich nie mehr von der massiven Glaubwürdigkeits- und Legitimitätskrise erholt, von der es damals überrollt wurde. Die Krise verschärfte sich 2002 durch den Bankrott des IWF-Musterschülers Argentinien. 2006 folgten Brasilien und Argentinien dem Beispiel Thailands und zahlten ihre Schulden restlos an den IWF zurück, um finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen. Hugo Chavez erklärte den Austritt Venezuelas aus IWF und Weltbank. Das war die zweite schallende Ohrfeige für den IWF.

Im Grunde wurde der IWF durch seine größten Kreditnehmer boykottiert. Dadurch stürzte er in eine tiefe Haushaltskrise. In den letzten beiden Jahrzehnten hatte der IWF seine Operationen in erster

Linie über Kreditrückzahlungen finanziert. Finanziert waren seine Klienten aus den 'Entwicklungsländern' - und weniger die Beitrittszahler-Regierungen aus dem Norden. Da die größten Borger sich weigerten, weiter auszuborgen, versickerten die Rückzahlungen zu einem Rinnsal. Resultat dieser Entwicklung: Die Prognosen des IWF hinsichtlich Einnahmen aus Zins- und Säumniszahlungen halbierten sich - von \$3,19 Milliarden im Jahr 2005 auf \$1,39 Milliarden im Jahr 2006. Bis 2009 werden sie sich abermals halbiert haben - auf \$635 Millionen. Diese Reduktion führt zu etwas, was Ngaire Woods, Fondsexperte der Universität von Oxford, als "große Quetschung des Budgets" des IWF bezeichnet.

Die beschriebene Serie von Ereignissen führte dazu, dass der IWF heute kaum noch Einfluss auf die 'Entwicklungsländer' hat. Er ist krampfhaft auf der Suche nach einer neuen Rolle. Der Verlust an Macht und Autorität ist nicht allein auf den Widerstand der 'Entwicklungsländer' gegen weitere IWF-Interventionen zurückzuführen.

Auch die Bush-Administration selbst hat zu einer Erosion der vom IWF angestrebten bedeutsamen Rolle in der globalen Finanzwelt beigetragen - indem Amerika eine Maßnahme der konservativen amerikanischen Vizedirektorin des IWF, Ann Krueger, per Veto blockierte. Kruegers Schritt sah die Schaffung eines neuen Gremiums - unter Kontrolle des IWF - vor, des 'Sovereign Debt Restructuring Mechanism' (SDRM). Dieser Mechanismus sollte es 'Entwicklungsländern' ermöglichen, eine Pause bei ihren Schuldenrückzahlungen einzulegen, während sie neue Konditionen mit den Kreditgebern aushandeln. Viele 'Entwicklungsländer' hielten das geplante SDRM für ein zu schwaches Instrument. Washingtons Veto jedoch zeigte, dass Bush und seine Leute nicht einmal eine minimale Kontrolle über die internationalen Operationen von US-Finanzinstitutionen tolerieren würden.

THAILAND: EIN STAAT LEHNT DEN NEOLIBERALISMUS AB

In den Nachwehen der Asienkrise ist nicht nur der IWF sondern der Neoliberalismus selbst kollabiert. Er war die dominante Ideologie der 90er Jahre. Malaysia verhängte Kontrollen über seine Kapitalflüsse und stabilisierte die Wirtschaft. Dies führte dazu, dass Malaysia die Rezession (1998 - 2002) besser meisterte als andere betroffene Staaten.

Am dramatischsten vollzog jedoch Thailand den Bruch mit dem Neoliberalismus. Drei Jahre lang hatte die thailändische Regierung vertrauensvoll die neoliberalen Vorgaben des IWF befolgt. Es waren drei Jahre der Stagnation. Als die Regierung von Thaksin Shinawatra an die Macht kam, betrieb sie eine antizyklische, nachfrageorientierte Politik, im Sinne eines Neokeynesianismus, um die Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Sie fror die Schulden des ländlichen Raumes ein, führte eine staatliche Krankenversicherung ein und stellte jedem Dorf die Summe von 1 Million Baht zur Verfügung, um ein Sonderprojekt zu finanzieren. Neoliberale Ökonomen blickten düster in die Zukunft. Doch die Maßnahmen halfen der thailändischen Wirtschaft tatsächlich, sich wieder in Richtung auf ein moderates Wachstum zu entwickeln. Stimuliert wurde dieses Wachstum durch die heißlaufende chinesische Wirtschaft. Der wachsende thailändische Export ist seither zum Stützpfeiler des Wirtschaftswachstums in Thailand geworden.

Die Krise von 1997 - durch die 1 Million Thailänder binnen weniger Wochen unter die Armutsgrenze rutschten -, brachte die thailändische Bevölkerung gegen die neoliberale Globalisierung auf. Selbst als die Regierung sich erneut darauf konzentrierte - durch Einkommensbeihilfen für die ärmsten Bevölkerungsschichten (auf dem Land und in der Großstadt) - die Binnennachfrage zu stimulieren, blieb die öffentliche Stimmung gegen den Freihandel bestehen. Am 8. Januar 2006 versuchten mehrere tausend Thailänder ein Gebäude im thailändischen Chiang Mai zu stürmen, wo Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen (FTA) zwischen den USA und Thailand stattfanden. Die Verhandlungen wurden daraufhin eingefroren. Präsident Thaksins Eintreten für dieses Abkommen war einer der Gründe für seinen Legitimitätsverlust. Im September 2006 wurde er endgültig gestürzt.

Thailand: Auf der einen Seite herrschte Wut über die Globalisierung, parallel dazu gewann ein alternatives ökonomisches Paradigma an Ansehen. Es hatte und hat die Unterstützung des populären Königs Bhumibol. Das Konzept nennt sich "Subsistenzwirtschaft" und ist eine nach innen gerichtete Strategie, mit Schwerpunkt auf Graswurzel-Selbstversorgung und stärkerer Vernetzung der ökonomischen Binnennetzwerke. Kritiker sagen, die neue Regierung -

die Präsident Thaksin mit Hilfe des Militärs stürzte -, nutze die Popularität des Monarchen und die Selbstversorgungsökonomie, um ihre Herrschaft zu legitimieren. Wie auch immer, in Thailand ist 'Globalisierung' heutzutage ein Schimpfwort.

KOREA: AUFGEZWUNGENER NEOLIBERALISMUS

Während Thailand mit dem Neoliberalismus und dem IWF gebrochen hat, befolgte die südkoreanischen Regierung die vom IWF aufgedrängten neoliberalen Reformvorgaben bis fast aufs I-Tüpfelchen: Der Arbeitsmarkt wurde radikal umstrukturiert, der Bereich Handel und Investitionen liberalisiert. Laut dem Soziologen Chang Kyung Sup war der "Abbau von Arbeit für Südkoreas Unternehmen der wichtigste Rettungsanker. Selbst nachdem die schlimmsten Schrecksekunden vorbei waren, setzten die meisten der großen südkoreanischen Unternehmen weiter auf organisatorische und technologische Umstrukturierung zur Minimierung von Arbeitsplätzen. Auf diese Weise gelang ihnen die Wiedergeburt als Exporteure im globalen Wettbewerb".

Südkorea galt als klassisches aktives 'Entwicklungsland'. In einem seiner Berichte charakterisierte der amerikanische Vertreter für Handel Südkorea einst als "das schwierigste Terrain weltweit" für US-Unternehmen. Aber unter dem Management des IWF hat sich Südkorea zu einer weit liberaleren Wirtschaft als selbst Japan entwickelt. "Mit erschreckender Geschwindigkeit", wie Chang auf der Konferenz in Bangkok sagte, hätten sich die südkoreanischen Finanz- und Industrieunternehmen entnationalisiert. Mehr als 40% der Aktien der wichtigsten südkoreanischen Finanz- und Industriekonglomerate sowie Firmen seien mittlerweile in ausländischem Besitz. Samsung ist zu 47% in ausländischer Hand, das Stahlunternehmen Posco zu über 50%, Hyundai Motors zu 42% und LG Electronics zu 35%.

Der Internationale Währungsfonds protzt mit Südkorea als einer "Erfolgsstory". Die Koreaner hassen den IWF und verweisen auf die enormen sozialen Kosten des sogenannten 'Erfolges'. Die Armut hat deutlich zugenommen. 1996 waren 3% der Bevölkerung arm, 2006 waren es 11,6%. Der Gini-Index, mit dem (soziale) Ungleichheit gemessen wird, schnell-

te von 0,27 auf 0,34 hoch. In Südkorea schwindet die soziale Solidarität; Emigration, Scheidungen und zerbrochene Familien nehmen in alarmierender Weise zu. Die Selbstmordrate ist schwindelerregend. "Wir haben eine einzige große unglückliche Gesellschaft, die die Zeitspanne vor der Krise als 'Goldenes Zeitalter' sieht", so Chang.

DER FREIE FALL

Rückblickend gesehen hat die Asienfinanzkrise 1997 wahrscheinlich den Fall des IWF ausgelöst. Sie hat aber auch den Niedergang der ostasiatischen 'Entwicklungsländer' eingeleitet - wie der Ökonom Jayati Ghosh auf der Veranstaltung in Bangkok erläuterte. Diese Staaten hatten es mit viel Aggressivität und Umsicht geschafft, ihre Nationalökonomien in die Weltwirtschaft zu integrieren. Die globalen ökonomischen Kräfte sollten ihre nationalen Ökonomien stärken, anstatt sie an den Rand zu drängen, so das Ziel. Doch seit 1997 sind alle Ökonomien Südostasiens von Narben gezeichnet und geschwächt - trotz der verschiedenen Richtungen, die sie seither einschlugen. Die Krise war der Wendepunkt. Davor waren sie Frontstaaten der Entwicklung gewesen, nachahmenswerte Modelle. Das 21. Jahrhundert sollte ihr Jahrhundert werden. Es ist ihnen entglitten. **Dieser Bruch markiert den Übergang zum neuen Fackelträger China.** In ihrer geschwächten Situation werden die kleineren ost- bzw. südostasiatischen Staaten wirtschaftlich immer abhängiger werden von der Dynamik des gigantischen Nachbarn.

Walden Bello ist Professor für Soziologie an der University of the Philippines in Diliman. Er ist zudem Senior-Analyst von 'Focus on the Global South', einem Forschungs- und Rechtshilfeeinstitut mit Sitz in Bangkok. Auf Deutsch ist sein Buch „Deglobalisierung“ bei VSA in Hamburg erschienen.

Originalartikel: All Fall Down: Ten Years After The Asian Financial Crisis - 13.08.2007 — ZNet / Focus on the Global South

*Übersetzt von: Andrea Noll
<http://zmag.de/artikel/im-freien-fall-zehn-jahre-nach-der-asienfinanzkrise>*

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Malalai Joya: „Afghanistan braucht internationale Hilfe, aber wir wollen keine Besatzung!“

Interview geführt von: Heike Hänsel, MdB, Entwicklungspolitische Sprecherin, Fraktion Die Linke, Übersetzung: Dr. Birgit Bock-Luna

F. : Sie sind eine sehr mutige und kämpferische Frau. Seit Ihrer bekannten Rede in der Loya Jirga (verfassungsgebende Versammlung) am 17.12. 2003, in der Sie öffentlich die Anwesenheit von Warlords und Kriminellen kritisiert haben, leben Sie mit Morddrohungen. Woher nehmen Sie die Energie für die Fortführung Ihres Aktivismus für Menschen- und Frauenrechte in Afghanistan?

Malalai Joya: Ich erhalte meine Energie von dem schrecklichen Leid meiner Landsleute und besonders der Frauen, die durch die Unterdrückung der Fundamentalisten am meisten leiden. Wenn ich sehe, dass die Menschen in Afghanistan seit Jahrzehnten Opfer von Verbrechen und Brutalitäten der Fundamentalisten verschiedener Strömungen sind, die uns mit ihrem religiösen Faschismus quälen und foltern, spüre ich die Entschiedenheit, etwas dagegen zu unternehmen, um die Situation zu ändern.

Aber in der Loya Jirga konnte ich es nicht mehr ertragen, zu sehen, dass dieselben Kriminellen, die für die Ermordung von zehntausenden von Frauen und Männern verantwortlich waren, in der ersten Reihe saßen, dass sie die Versammlung leiteten. Niemand anderes nahm den Mut zusammen, um gegen diese Verhältnisse zu protestieren. Also entschied ich mich, die Stimme für meine Landsleute zu ergreifen und sprach mich öffentlich gegen die Kriegsverbrecher aus, obwohl dies bedeutete, dass ich um mein Leben fürchten musste.

Nach diesem Ereignis erhielt ich solch herzliche Sympathien von meinen armen Landsleuten, die mich tief beeindruckte und mich dazu motivierte, mehr Einsatz, Kraft und Energie aufzubringen, um meinen Kampf gegen die terroristischen Fundamentalisten fortzusetzen.

Trotz häufiger Drohungen von meinen Feinden und wenigstens vier Mordversuchen habe ich entschieden, mich nicht zum Schweigen bringen zu lassen und werde weiterhin die Stimme meiner sprachlosen Landsleute sein.

F.: Wie sieht das Leben von afghanischen Frauen heute aus?

Malalai Joya: Die USA und ihre Verbündeten haben das Elend der afghanischen Frauen als Vorwand missbraucht, um ihren Angriff auf Afghanistan zu legitimieren, mit dem sie vorgaben „den afghanischen Frauen Frieden zu bringen.“ (...) In Wirklichkeit haben sich die Lebensumstände afghanischer Frauen nicht zum Positiven gewendet, sondern sie leiden mehr denn je. (...) Ich möchte ein paar schockierende Beispiele geben(...):

- Niemals war die Zahl der Selbstmorde von afghanischen Frauen als Folge von Armut, Not und dem Fehlen von Gerechtigkeit so hoch wie heute. Die unabhängige Menschenrechtskommission für Afghanistan hat festgestellt, dass allein in der westlichen Provinz Herat im Jahr 2006 104 Fälle von Selbstverstümmelung dokumentiert wurden. Die wirklichen Zahlen für das gesamte Staatsgebiet sind noch viel höher.

- Nach Angaben von UNIFEM betrachten 50 000 Witwen in Kabul und tausende Frauen im Rest des Landes Selbstmord als einzigen Ausweg aus Elend und Not
- Über 95 % der afghanischen Frauen leiden unter Depressionen.

- Alle 28 Minuten stirbt eine Frau in Afghanistan während der Geburt.

- 54 % der afghanischen Kinder werden mit Behinderungen geboren (von 100 000 Lebendgeburten sterben 6 500 Mütter bei der Geburt)

- Die durchschnittliche Lebenserwartung afghanischer Frauen beträgt nur 44 Jahre.

- Viele Leute verkaufen ihre kleinen Töchter, teilweise nicht einmal zehn Jahre alt, als Bräute, um Armut zu lindern und Zwistigkeiten zu lösen.

- Mädchen werden in Afghanistan nach wie vor wie eine Währung gehandelt, und Zwangsehen sind üblich.

- Befehlshaber der Nordallianz entführen und vergewaltigen Frauen und Mädchen in Regionen, die unter ihrer Kontrolle stehen: die elfjährige Sanobar wurde von einem Warlord entführt, vergewaltigt und dann in einem Tauschhandel für einen Hund eingelöst. Eine andere Frau wurde in der Provinz Badakhshan von einer Gruppe von 11 schwer bewaffneten Männern vergewaltigt. Die vierzehnjährige Fatima, ihre Mutter und die elfjährige Rahima wurden vergewaltigt.... Diese Liste könnte um hunderte

ähnliche Vorfälle erweitert werden, die normalerweise nicht dokumentiert werden.

- Nach Angaben einer Oxfam-Studie besucht nur eines von fünf Mädchen die Grundschule und eines von 20 besucht die weiterführende Schule.

- Bekannte Frauen, die sich trauen, außerhalb ihrer Häuser einer Arbeit nachzugehen, werden bedroht und ermordet. In den letzten zwei Jahren wurden Frauen wie Shokiba Sanga Amaaj, Zakia Zaki, Shaima Rezayee, Nadia Anjuman und andere ermordet.

Die obige Liste stellt nur die Spitze des Eisbergs dar, wenn es um die Beschreibung der desaströsen Situation von afghanischen Frauen geht.

Alle erdenklichen Formen von Folter und Verbrechen werden gegen Frauen angewandt, aber es herrscht Rechtlosigkeit, und die Täter werden üblicherweise für ihre Taten nicht belangt.

F. : Seit Oktober 2005 sind Sie Abgeordnete im afghanischen Parlament Loya Jirga. Wie schätzen Sie die gegenwärtige politische Situation in Ihrem Land ein?

Malalai Joya: (...) Die USA und ihre Alliierten haben das barbarische Regime der Taliban zwar gestürzt, aber sie haben nicht den Islamischen Fundamentalismus beseitigt, der das Grundübel für das Elend der afghanischen Frauen, Kinder und Männer ist. Stattdessen haben die USA den Afghanen die Nordallianz aufoktroziert und solche Verbrecher an die Macht gebracht, deren Vergangenheit lauter Verbrechen aufweisen und die so ignorant und frauenfeindlich wie die Taliban denken und handeln. (...)

Korruption und Betrug in der Regierung lenken Milliarden von Dollar in die Taschen von Offiziellen und ihren NGOs. Trotz Zahlungen von Milliarden von Dollar für Hilfsmaßnahmen kann die Regierung noch immer keine Elektrizität, Nahrung und Wasser für die Menschen liefern. Die Mehrheit der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Am 19. März 2007 hat die "Integrity Watch Afghanistan" eine unabhängige Studie veröffentlicht, die belegt, dass 60 % der Afghanen meint, die gegenwärtige Administration sei korrupter als irgendeine andere in den letzten zwei Jahr-

zehnten. Herr Izzatullah Wasifi, der Anti-Korruptionsschef der afghanischen Regierung, hat selbst eine kriminelle Vergangenheit in den USA und verbrachte auf der Basis von Drogendelikten ca. 4 Jahre im Gefängnis.

Es ist eine Schande nicht nur für die USA sondern für die gesamte internationale Gemeinschaft, die in Afghanistan arbeitet, dass, während die Taliban in den Jahren ihrer Herrschaft immerhin erfolgreich den Opiumanbau reduziert haben, heute Afghanistans Anteil an der weltweiten Opiumproduktion 93 % beträgt. (...)

General Dawood, der Leiter der Abteilung Drogenkontrolle im Innenministerium Afghanistans ist selbst ein bekannter Drogendealer. Die Mafia ist an der Macht und wird vom Westen unterstützt. Vor einigen Tagen hat der afghanische Minister für Wohnen, Herr Yousif Pashtun, erklärt, dass tausende Hektar Flächen von mächtigen Männern besetzt werden und sie nichts gegen diese unternehmen können, da die Mafia involviert sei. (...) Das Parlament selber ist ein Treffpunkt für Drogenbarone und Menschenrechtsverletzer. An die 90 % der Parlamentsabgeordneten stammen aus bewaffneten Gruppierungen, verfügen über ein horrendes Vorstrafenregister und haben ihre Sitze durch Wahlbetrug, mit gezogenen Gewehren und unter Anwendung von Einschüchterungsmaßnahmen erlangt. Human Rights Watch hat am 27. September 2006 folgende Aussage gemacht: *“Warlords mit einer Vergangenheit von Kriegsverbrechen und besonders ersten Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung während des afghanischen Bürgerkriegs in den 1990er Jahren, wie die Parlamentarier Abdul Rabb al Rasul Sayyaf und Burhanuddin Rabbani, General Abdul Rashid Dostum, und der gegenwärtige Vize-Präsident Karim Khalili, wurden Machtpositionen zugewiesen, was eine Demütigung für die afghanische Bevölkerung bedeutet.“* (...)

F.: Wie bewertet die lokale Bevölkerung in Afghanistan die Gegenwart deutscher und anderer westlicher Truppen in Ihrem Land?

Malalai Joya:

(...) Viele Afghanen sind sehr wütend über die hohe Zahl an zivilen Opfern und lehnen die Präsenz ausländischer Truppen aus diesem Grund ab. (...)

Das ausschlaggebende Kriterium für die Menschen in Afghanistan ist, ob diese Länder die Taliban und die Nordallianz bekämpfen oder nicht. Leider haben wir aber noch kein Land gesehen, das irgend ein ablehnendes Wort über die Nordallianz ausgesprochen hätte, obwohl diese als

genauso gefährlich für Afghanistan wie die Taliban gelten. Meine Landsleute wissen, dass Deutschland und andere Länder ihre Truppen auf Druck der USA nach Afghanistan geschickt haben, um zu demonstrieren, dass der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan ein internationales Engagement gegen Terroristen ist. (...) Die deutschen Truppen, die in Nordafghanistan stationiert sind, pflegen freundliche Beziehungen mit den lokalen Warlords und Befehlshabern, um blutige Auseinandersetzungen zu vermeiden. (...)

F.: Welche Veränderungen erwarten Sie, wenn kein ausländisches Militär mehr in Afghanistan stationiert wäre? Wie ernst ist die Gefahr einzuschätzen, dass Warlords die komplette Kontrolle über Afghanistan wiedererlangen?

Malalai Joya: (...) Die Geschichte hat gezeigt, dass keine Nation einer anderen Befreiung bringen kann, es liegt in der Pflicht und Verantwortung unserer eigenen Menschen, für Frieden und Demokratie zu kämpfen. Bevölkerungen anderer Länder mögen uns dabei lediglich die Hand reichen. (...)

Ich denke, dass die Möglichkeit eines Bürgerkriegs dann minimiert werden kann, wenn die folgenden drei bedeutsamen Schritte berücksichtigt werden.

- Die Nordallianz muss entmachtet und ernsthaft entwaffnet werden. In dieser Weise wurde der Warlord Ismael Khan vor einigen Jahren erfolgreich entwaffnet, nicht durch Prozesse wie DDR und DIAG (offizielle Demobilisierungsprogramme), die ein Witz und völlig nutzlos sind.

- Die Internationale Gemeinschaft und die UN müssen ernsthaft Länder wie Pakistan, Iran, Russland, Usbekistan u.a. beobachten und sie dabei stoppen, Waffen zu schicken und andere Formen von Unterstützung für die Taliban oder die Nordallianz zu leisten.

- Die Internationale Gemeinschaft muss die demokratischen Kräfte und Individuen unterstützen, die jahrzehntlang unterdrückt wurden, so dass sie Alternativen für Afghanistan erarbeiten können. Leider sind in dieser Richtung in den letzten Jahren keine Anstrengungen unternommen worden, die Warlords haben demokratische Institutionen weiterhin marginalisiert. (...)

F.: Was erwarten Sie von Ihrem Besuch in Deutschland

Malalai Joya: Der Hauptpunkt, den ich gegenüber den Deutschen stark machen möchte, ist, dass sie den Berichten der westlichen Medien über die sogenannte

Befreiung Afghanistans nicht Glauben schenken sollen. (...)

Ich möchte auch erklären, dass die deutschen Truppen Opfer der USPolitik sind. Es tut mir leid, wenn deutsche Soldaten sterben müssen, während ihre Tode unserer Bevölkerung gar nichts bringen.

Ich möchte die Deutschen auffordern, Druck auf ihre Regierung auszuüben und eine unabhängige Politik gegenüber Afghanistan auszuarbeiten, anstatt ein Werkzeug zur Durchsetzung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen der USA in der Region zu sein. Auch möchte ich die Deutschen auffordern, Druck auszuüben, damit ihre Regierung nicht mehr das Geld und die Unterstützung für die korrupte afghanische Regierung in Afghanistan bereitstellt, denn Milliarden von Dollar fließen tatsächlich in die Taschen von Warlords und der Mafia, welche die Bevölkerung unterdrücken. Stattdessen sollte die deutsche Regierung ihre Ressourcen an demokratische und unabhängige Institutionen in Afghanistan leiten.

Zum Schluss möchte ich meine deutschen UnterstützerInnen dazu auffordern, mir moralischen und materiellen Beistand zu leisten, damit ich meinen Kampf gegen Ungerechtigkeit, für Frauenrechte und Demokratie in Afghanistan weiter führen kann. Ich möchte sie wissen lassen, dass, obwohl mich Millionen von Menschen unterstützen und von mir erwarten, dass ich etwas für sie tue, ich über keine finanzielle Basis verfüge, um meine Projekte zu bestreiten und meine Hilfe für meine unglücklichen Landsleute auszudehnen. Ich werde also um ihre Hilfe und Spenden bitten.

Malalai Joya ist die bekannteste Politikerin Afghanistans. Sie kämpft für die Rechte der afghanischen Frauen und gegen die Macht von Islamisten und Warlords. Dafür erhielt sie von den Wählerinnen und Wählern der Provinz Farah bei den Parlamentswahlen 2005 ein überzeugendes Mandat.

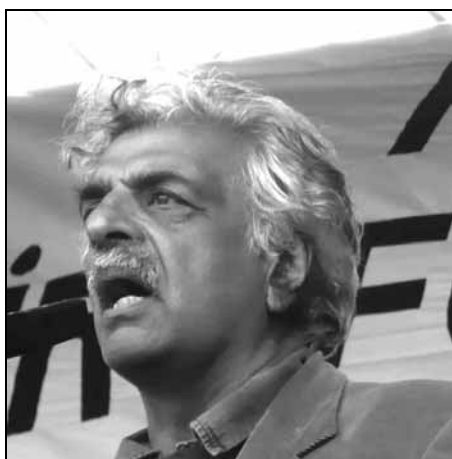
Ihre deutliche Kritik an der Regierung und an der Präsenz von Kriegsverbrechern im Parlament wurde im Mai 2007 mit dem Entzug ihres Mandats bestraft. Malalai Joya akzeptiert dieses Verfahren nicht. Mit ihr gemeinsam kämpfen Menschenrechtsorganisationen weltweit für die Rückgabe des Mandats und für die Umsetzung grundlegender demokratischer Rechte für Frauen und eine friedliche Entwicklung in Afghanistan. Der Film „Enemies of Happiness“ von Eva Mulvad und Anja Al Erhays dokumentiert ihre Arbeit als engagierte Fürsprecherin der Frauen in Afghanistan.

Mehr Infos: <http://www.malalaijoya.com>



Im Folgenden dokumentieren wir Reden – zum Teil gekürzt –, die auf der Kundgebung der Friedensbewegung in Berlin am 15. September 2007 gehalten wurden. Alle befinden sich auf der Seite von www.friedensratschlag.de

Tariq Ali Rudi Dutschke wäre auch hier!



Liebe Freunde,
das letzte mal, als ich hier in Berlin auf einer Demonstration mitgelaufen bin, das war 1968, im Anschluss an den Vietnam-Kongress, auf der großen Demonstration gegen den Krieg der USA gegen Vietnam. An meiner Seite war damals Rudi Dutschke. Ich bin mir ganz sicher, dass Rudi, wenn er heute noch leben würde - im Unterschied zu vielen seiner ehemaligen Freunde - heute mit uns auf dieser Plattform gegen den Krieg in Afghanistan stehen würde. Zur Zeit des Vietnam-Krieges war die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen uns, sie war für den Krieg. Heute ist die Mehrheit der deutschen Bevölkerung, 65 bis 70 Prozent, gegen den Krieg in Afghanistan und will die Truppen zurückziehen. 70% der Bevölkerung ist gegen den Krieg, aber 80% der Mitglieder

des Parlaments stimmen für ihn. Das ist Demokratie!
Der Krieg in Afghanistan begann als ein grausamer Rachefeldzug für die Ereignisse des 11.9. G.W. Busch wurde gefragt: „Was ist Ihr Kriegsziel?“ Und er antwortete: „Bring mir den Kopf von Osama Bin Laden – tot oder lebendig! Das ist alles!“
Wenn man ihn daran misst, ist der Krieg ein völliges Desaster. Osama Bin Laden lebt immer noch, irgendwo jenseits des Hindukusch und verfasst einmal im Jahr Botschaften an das amerikanische Volk. Und die Besatzung durch die NATO-Truppen, von der man uns sagt, sie sei eine humanitäre Intervention, sie ist jetzt ein totales Desaster geworden. Wenn man den Politikern in Afghanistan oder Irak sagt: „Bringt die Truppen zurück!“, sagen sie: aber dann gibt es ein Chaos. Es ist also ein Chaos, wenn sie einmarschieren, und es ist ein Chaos, wenn sie abziehen. Was also sollen die armen Leute in diesen Ländern machen?
Immer mehr normale unschuldige Leute in Afghanistan sterben, und die Zeitungen bei uns berichten dann „50 Taliban getötete, 30 Taliban getötet.“ Wenn man die alle zusammenzählt, sind es mehr Leute als die Taliban Mitglieder haben. Und je länger es dauert, umso schlimmer wird es. Denn nichts wird unternommen, um eine neue soziale Infrastruktur in Afghanistan aufzubauen. Deshalb ist es das Beste, wenn alle NATO-Truppen sofort abgezogen werden. Die vernünftigste Lösung ist dann, wenn die regionalen Mächte zusammengebracht werden, um eine stabile Regierung zu er-

möglichen: Pakistan, das für die Taliban spricht; Iran, das für die Völker im Gebiet von Herat spricht; Russland, das für die Völker Zentralasiens im Norden spricht; und Indien, das eine Großmacht in der Region ist. Alle diese Mächte zusammen können eine stabile Regierung in Afghanistan garantieren, eine repräsentative Regierung, die die Bedingung für die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung schafft, die die einzige Institution ist, die die Zukunft Afghanistans bestimmen kann. Wenn das geschafft ist, dann können Günther Wallraff und Andere so viel Geld für den Bau von Schulen geben wie sie wollen. Denn man kann nicht Schulen in einem Teil des Landes aufbauen, während ein anderes Teil des Landes besetzt ist und bombardiert wird.
Der Krieg in Afghanistan ist jetzt auch dabei, die westlichen Grenzgebiete Pakistans zu destabilisieren. Je schneller dieser Krieg beendet wird, umso besser für die Völker der Region und umso sicherer wird auch der Westen vor terroristischen Attacken. Damit will ich enden und mit Euch zusammen die Parole rufen, die ich heute auf Deutsch gelernt habe: „Bundeswehr raus aus Afghanistan!“

Tariq Ali (21. Oktober 1943 in Lahore) ist ein britischer Autor, Filmemacher, und Historiker. Er ist außerdem Langzeitmitglied der Redaktion der New Left Review. In der britischen Studentenbewegung um 1968 und in der Bewegung gegen den Vietnamkrieg nahm Ali eine führende Rolle ein.*
http://de.wikipedia.org/wiki/Tariq_Ali

Peter Strutynski

"Lügen, die zum Himmel stinken"

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, meine Damen und Herren!

Wenn die Friedensbewegung nichts tut, dann heißt es: "Wo bleibt die Friedensbewegung?" Wenn die Friedensbewegung etwas tut, wie z.B. heute gegen den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan demonstrieren, dann sagen dieselben Leute: Ja, aber wollt ihr denn, dass in Afghanistan das Chaos ausbricht, die Taliban wieder an die Macht kommen und die Mädchen wieder vom Schulunterricht ausgeschlossen werden? Nein, das alles wollen wir nicht. Wir wollen aber auch, dass endlich das große **Lügen** beendet wird, dass die Politiker aufhören uns für dumm zu verkaufen.

Da behauptet doch die Bundesregierung in ihrem neuen Afghanistan-Konzept, **die Demokratie mache Fortschritte**. So sei das afghanische Parlament "zu einem lebhaften Forum für politische Debatten geworden". So lebhaft, dass eine junge Abgeordnete, die auf einer Vortragsreise durch die USA gewagt hatte, die Regierung Karsai zu kritisieren, bei ihrer Rückkehr wegen ihrer unpatriotischen Äußerungen für drei Jahre aus dem Parlament ausgeschlossen wurde. Vielleicht ein Vorbild für den Bundestag? (...)

Im Konzept der Bundesregierung heißt es weiter, dass **der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte Fortschritte mache**. Wie schön! Was aber nicht gesagt wird: Rund 60 Prozent der von Deutschland ausgebildeten afghanischen Polizisten "desertieren"; sie laufen zur anderen Seite über und verstärken die Reihen der Taliban-Kämpfer. Mit anderen Worten: Die Bundesregierung unterstützt den Wiederaufbau der terroristischen Strukturen in Afghanistan. Wer also wirklich etwas gegen den Terrorismus unternehmen will, muss diesen Einsatz beenden.

Im Leitantrag des Grünenvorstands zum heutigen Sonderparteitag werden "gute Gründe" für die Bundeswehrpräsenz in Afghanistan aufgezählt. Ein Grund: **Die Bundeswehr sei doch "auf Bitte der gewählten Regierung" dort**. Da lässt bei den Grünen dann doch das Erinnerungsvermögen stark nach. (...) Die Bundeswehr war schon drei Jahre in Afghanistan, bevor sich der Statthalter von Kabul, Hamid Karsai, zum Präsidenten hat wählen lassen. Und wie es mit dessen Legitimation heute aussieht, erzählte vor kurzem der SPD-Verteidigungsexperte Arnold (ein

unverdächtiger Zeuge, weil glühender Verfechter des Bundeswehreinsetzes). Der Tagesschau sagte er, die Karsai-Regierung habe "jegliche Akzeptanz in der Bevölkerung verloren".

Aber die vom UN-Sicherheitsrat beschlossene Militärmission **ISAF** hat den Auftrag, dieses abgehalfterte Regime zu "stabilisieren". 37.000 Soldaten sind es mittlerweile, die zum ISAF-Kommando gehören, 11.000 kommen im Rahmen des sog. Antiterror-einsatzes "Operation Enduring Freedom" hinzu. Und da wird uns nun eine **weitere Lüge** aufgetischt: Ja, das mit dem Terror-einsatz, den die USA anführen, das sei nicht immer ganz appetitlich, da würde mit Rambomethoden gekämpft. ISAF dagegen würde "behutsam" kämpfen und die Zivilbevölkerung schonen. Wie diese Schonung aussieht, können wir täglich den Nachrichtentickern entnehmen: Gerade in den letzten Monaten häufen sich die Meldungen, wonach zunehmend Zivilpersonen Opfer auch von ISAF-Angriffen werden. Im "Friedensgutachten 2007" der fünf großen Friedensforschungsinstitute heißt es zutreffend: "ISAF tritt in die Fußstapfen der Antiterrorkriegler". Für die Opfer ist es unerheblich, ob sie von einer Antiterror- oder einer ISAF-Bombe getroffen werden. Es gibt eben keinen humanen Krieg. Das Töten insgesamt muss beendet werden.

Und die **Tornados** leisten Beihilfe zum Töten. Der vor einem halben Jahr beschlossene Tornado-Einsatz, gegen den sich neben der Linksfraktion immerhin eine große Zahl grüner Abgeordneter und ein Drittel der SPD-Fraktion aussprachen, ist auch kein harmloser Einsatz. Den Neinsagern vom März wird das Leben nun dadurch schwer gemacht, dass Tornado- und ISAF-Einsatz in einem Antrag zusammengefasst werden sollen. Für die Abgeordneten, die für ISAF sind, aber den Tornado-Einsatz ablehnen, heißt das entweder beides abzulehnen oder beides zu befürworten. Es ist zu befürchten, dass so mancher Abgeordneter die Kröte "Tornado" schlucken wird - gerade die Grünen haben es im Kröten-Schlucken zu einer wahren Meisterschaft gebracht, anstatt sich dem Vorwurf auszusetzen, mit der Ablehnung von ISAF den "notwendigen Schutz des zivilen Wiederaufbaus" in Afghanistan zu gefährden.

Auch wieder so eine Illusion, wenn nicht gar eine **bewusste Lüge: ISAF schützt den zivilen Wiederaufbau!** Zivile Hilfs-

organisationen wie "Caritas International", das "Rote Kreuz", "medico international" oder die "Kinderhilfe Afghanistan" fordern für ihre Arbeit strikte Neutralität. Nur dort, wo kein ausländisches Militär sichtbar ist, könne auch zivile Aufbauarbeit gedeihen. Die von der Bundesregierung so hoch gelobte zivil-militärische Kooperation macht aus den zivilen Helfern Kombattanten. Sie geraten ins Visier krimineller Banden oder eines wie auch immer gearteten "bewaffneten Widerstands". So manche Hilfsorganisation hat bereits das Handtuch geworfen.

Damit schwindet das Hauptargument der Befürworter des Militäreinsatzes: Die Hilfe, die es militärisch zu sichern gälte, zieht sich zurück. Das Militär "sichert" am Ende nur noch sich selbst. Von den deutschen Truppen, die ihr Hauptquartier in Masar-i-Scharif haben, wird mittlerweile berichtet, dass sie ihre Stellung gar nicht mehr verlassen. Da können sie doch genauso gut nach Hause kommen.

Auch im Irak sind Zivilpersonen die Hauptleidtragenden der Auseinandersetzungen. **Die amerikanische Friedensbewegung demonstriert heute in Washington für den Abzug ihrer Truppen aus dem Irak**. Und auch sie weiß sich einig mit der großen Mehrheit ihrer Bevölkerung. Wenn sich die öffentliche Meinung in den USA so weiter entwickelt, wird George W. Bush eines Tages mit seinem Krieg ganz allein dastehen. Und dann wird ein Aufatmen sein in der ganzen Welt.

Zurück zu den drei Bundeswehrmandaten für Afghanistan.

(...)Die Friedensbewegung hat alle drei Mandate im Auge:

- **Deutschland muss sich aus dem sog. Antiterrorkrieg im Rahmen von OEF zurückziehen. Der Krieg selbst ist Terror.**
- **Deutschland muss die Tornados aus Afghanistan abziehen.**
- **Die deutschen ISAF-Soldaten sind ebenfalls zurückzuziehen**, damit zivile Hilfe neutral und vom Militär unabhängig geleistet werden kann, und zwar dort, wo es von der afghanischen Bevölkerung gewünscht wird.

(...)

** Peter Strutynski ist Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag*

"Friedenspolitik statt Krieg in Afghanistan!"

Liebe Demonstrantinnen und Demonstranten aus fast allen Teilen Deutschlands,

Ihr seid die Repräsentanten der Mehrheit der Bevölkerung. 2/3 der Deutschen lehnen eine Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan ab.

Wir protestieren heute nicht nur gegen eine Verlängerung des deutschen Militäreinsatzes in Afghanistan. Wir fordern eine gezielte nicht-militärische Friedenspolitik für Afghanistan und seine von ausländischen Interventionen und Bürgerkrieg schwer verletzte Bevölkerung.

Der brutale Interventionskrieg dort, der zynischer Weise Operation Enduring Freedom genannt wird, versinkt im Schlamm der Irakisierung und der Korruption, angeheizt durch die mörderischen "Kollateralschäden" der US- und NATO-Kriegsführung.

Nun sagt man uns, Deutschlands Sicherheit würde am Hindukusch verteidigt. Nein, sie wird dort riskiert! Jung und Struck sind keine Sicherheitspolitiker. Sie sind Unsicherheitspolitiker!

Der finanzielle Aufwand für den Wiederaufbau und die Entwicklung in Afghanistan war bisher lächerlich gering. Seit 2002 wurden insgesamt etwa 85 Mrd. \$ für militärische Zwecke, für Entwicklung aber nur 7,5 Mrd. \$ aufgewendet. Von ihnen ist der größte Teil nicht bei der Bevölkerung angekommen. Viele halten sich nur durch Opiumanbau über Wasser. Nun will die Bundesregierung 25 Millionen pro Jahr mehr einsetzen. Das ist lächerlich wenig. Daraus kann niemals eine neue Friedenspolitik erwachsen!

Die westliche Intervention steht vor einem doppelten Dilemma. Sie ist weder in der Lage, militärisch eine stabile und sichere Ordnung zu bewirken, noch kann sie dies allein durch den Abzug ihrer Truppen erreichen.

Wir sagen, erst wenn die afghanische Bevölkerung eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse erkennen kann, wird

sie sich auch für Frieden engagieren. Wir fordern deshalb eine Umkehr und eine zivile Friedenspolitik für Afghanistan und seine Menschen, die ihren Namen verdient.

Das ist nicht mit mehr Soldaten, sondern nur mit mehr friedenspolitischem Verstand zu erreichen. Deutschland könnte hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Stellt Euch vor: Deutschland verlängert nicht das Mandat für ISAF, Tornador und Enduring Freedom und gibt damit ein deutliches Signal der Neuorientierung. Dabei nennt Berlin ein festes Datum, bis zu dem die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein werden.

Stellt Euch vor, Berlin gibt gleichzeitig bekannt, es würde seine **finanzielle Hilfe** um den Betrag aufstocken, der durch den Abzug der Truppen frei würde. Das sind 500 bis 600 Millionen. Diese Mittel stünden für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung, die von Orten und Regionen gemeinschaftlich für wichtig und nützlich gehalten werden. Dabei ginge es also auch um die örtliche oder regionale Zustimmung derjenigen Kräfte, die sich den Taliban zuordnen. Auf diese Weise könnte Dialog und Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort, sowie Vertrauen untereinander gefördert werden.

Das Argument, zivile Hilfe und Entwicklung bedürfe des militärischen Schutzes greift nicht. Erstens ist das ISAF-Militär überhaupt nicht in der Lage, die zivilen Helfer zu schützen. Zweitens halten die Afghanen Helfer unter militärischem Schutz nicht für neutral, sondern für einen Teil der militärischen Intervention. Dies umso mehr, wenn ISAF zur kämpfenden NATO-Truppe wird. Entwicklungshelfer sehen sich deshalb eher durch Militär gefährdet als gefördert. Wir weisen den Mythos zurück, nur Militär könnte einen Friedensprozess gewährleisten.

Stellt Euch weiter vor, die Bundesregierung würde an die noch weiter Kriegführenden appellieren, solche gemeinsam

beschlossenen Projekte nicht in die Kriegführung einzubeziehen. Sie würde gleichzeitig andere Staaten dafür gewinnen, sich diesem Projekt anzuschließen. Mit einer derartigen Politik könnte Deutschlands eine Wende vom Krieg zur zivilen Konfliktbearbeitung, von der Konfrontation zum Dialog einleiten. Das wäre ein Signal, das weit über Afghanistan hinaus in vielen islamischen Ländern gehört werden würde. Für eine solche Politik treten wir ein.

Mit einer solchen Friedenspolitik, die gleichzeitig eine **Exitstrategie aus dem afghanischen Sumpf** wäre, würde Deutschland sicherlich unter starkem Druck aus den USA geraten. Doch hat die Bundesrepublik nicht die Verweigerung einer direkten Beteiligung am Irakkrieg gut ertragen können? Unsere Regierung spricht immer von ihren friedlichen Absichten. Dann muss sie sich aber auch von der US-Kriegspolitik verabschieden. Deutschland muss eine eigenständige Friedenspolitik einleiten, nicht zuletzt auch deshalb, um selbst nicht immer tiefer in diesen barbarischen Krieg hineingezogen zu werden. Dafür gibt es eine 2/3 Mehrheit der Deutschen. Sie haben anscheinend aus der Vergangenheit mehr gelernt als manche Politiker. Diese versuchen nun die Öffentlichkeit zu täuschen und schlagen eine Reduzierung der deutschen Truppen unter der Operation Enduring Freedom vor. Das ist ein Bauernopfer nach dem Motto: "Wasch mich, aber mach mich nicht naß!" Solche Truppen sind seit zwei Jahren, wie man hört, in Afghanistan gar nicht mehr im Einsatz. Für wie dumm halten die eigentlich die deutsche Bevölkerung?! Wir rufen Bevölkerung und die Basis der Parteien auf, laßt Euch nicht täuschen! Verbreitet überall die Forderung an Bundestag und Bundesregierung: **"Beendet Eure Kriegspolitik im Schlepptau der USA! Treibt endlich eigenständige zivile Friedenspolitik!"**

*** Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie*

Tahera Chams

"Afghanistan ist ein lebendiges Museum von frauenfeindlichen und reaktionären Kräften"

Liebe Freundinnen und Freunde!

Afghanistan ist die Bühne aller Arten von Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen. Das Land ist ein lebendiges Museum von frauenfeindlichen und reaktionären Kräften, die in der Unterdrückung der Frauen miteinander wetteifern. Die frauenfeindlichen und reaktionären Kräfte werden militärisch und finanziell von den westlichen Staaten unterstützt.

Die so genannten gemeinnützigen internationalen Einrichtungen fungieren in diesem Zusammenhang mit ihren gelegentlichen vom Mitleid geprägten Berichterstattungen über den Zustand der afghanischen Frauen als Gehilfe, um die Weltöffentlichkeit weiterhin über die wahren Zustände in Afghanistan in einen tiefen Schlaf zu versetzen. Unser Leid ist die Grundlage ihrer Geschäfte.

Seit dem Angriff auf Afghanistan und dessen Besetzung durch die USA und deren Verbündeten im September 2001 sind wir, die afghanischen Frauen, ein Spielzeug in den Auseinandersetzungen der reaktionären Kräfte. Während die westlichen Besatzungsarmeen ihre Präsenz in Afghanistan weiterhin mit den Parolen, wie die Bewahrung der "Freiheit" und die "Sicherheit" für afghanische Frauen rechtfertigen, nutzen die reaktionären islamischen Kräfte die Gelegenheit, ihre Sektenkriege als Dschihad (Heiliger Krieg) bzw. Befreiung von den "Ungläubigen" darzustellen.

Auf dieser Kriegs- und Unterdrückungsbühne sind wir, die afghanischen Frauen, die ersten Opfer. Seit dem September 2001 ließ uns die Weltöffentlichkeit in die Veressenheit geraten.

Seit den Anfängen des Krieges leisten wir jedoch in unserer absoluten Einsamkeit gegen die Frauenfeindlichen und unterdrückerischen Zustände unseren Widerstand. Wir sind uns im Klaren, dass ein Abzug der Besatzungstruppen eine Schwächung der kriegslustigen und machthungrigen Kräfte religiöser und nicht-religiöser Art zufolge haben wird.

Wir, die afghanischen Frauen, erheben unsere Stimme mit den irakischen Frauen, die unter ähnlichen Verhältnissen leben und fordern:
Raus mit den Besatzungstruppen aus unserem Land!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

** Tahera Chams ist Exil-Afghanin*

Kelly Campbell

"Ich habe die Auswirkungen des militärischen Anschlags auf Afghanistan selbst miterlebt"

(...) Ich habe die Auswirkungen des militärischen Anschlags auf Afghanistan selbst miterlebt, als ich im Januar 2002 in einer Delegation der Familienmitglieder der Elfte Neunte Opfer in Kabul war. Wir haben diese Reise gemacht, um Zeugnis abzugeben und unsere Anteilnahme mit Afghanen und Afghaninnen zu zeigen, die ihre Familienmitglieder durch die US-Bombardierung verloren hatten. In Afghanistan haben wir Familien getroffen, deren Häuser durch die US-Bombardierungen zerstört worden sind. In den Krankenhäusern haben wir Kinder getroffen, die durch US-Streubomben Glieder verloren hatten. Wir haben über diese Schicksale in den USA berichtet, um die Bedeutung politischer Gewalt auf das Leben einfacher Menschen dem amerikanischen Volk nahe zu bringen.

Aufgrund dessen, was ich in Afghanistan erlebt habe, glaube ich, dass die internationale Gemeinschaft sich auf die dringenden Bedürfnisse Afghanistans nach humanitärer Hilfe und Wiederaufbau – und nicht auf das Militärische – konzentrieren soll. Seitdem ich vor fünf ein halb Jahren in Afghanistan war, ist die Sicherheitslage – trotz des Einsatzes ausländischer Truppen – immer schlimmer geworden. Wir sehen das Er-

starken der Taliban, das Auftauchen von Selbstmordattentäter, die gewaltige Zunahme des Opiummarkts, und, nach den Berichten von vielen Afghanen und Afghaninnen, mit denen ich gesprochen habe, einen Verlust der Hoffnung. Gleichzeitig werden immer mehr afghanische Zivilisten durch die US- und NATO Einsätze getötet, und die Aufbauprojekte kommen kaum voran – ja, alle fragen sich, was aus den Geldern, die für sie gedacht waren, geworden ist.

Nach dem Elften Neunten gab es eine weit verbreitete Meinung, es müsse "etwas" getan werden. Aber war der militärische Einsatz in Afghanistan das Klügste, das wir hätten machen können? Ist Bin Laden vor ein internationales Gericht gestellt worden? Hat dieser Einsatz zu einer internationalen Diskussion über die Strategie geführt, wodurch die Ursachen von Terrorismus und politischem Gewalt verändert werden könnten? Ist diese Welt für überhaupt einen Mensch sicherer geworden? Stattdessen hat der Einmarsch in Afghanistan, wie auch die Besetzung dort, zu einem kontinuierlichen Zyklus von Gewalt geführt, die noch mehr Opfer vom politischer Gewalt geschaffen hat, was wiederum sicherstellt, dass dieser Kreislauf sich fortsetzt.

Ich vertrete die "9-11 Familien für eine friedliche Zukunft," eine Organisation der Familienmitglieder der "9-11" Opfer. Wir setzten uns dafür ein, diesen Kreislauf der Gewalt zu brechen, indem wir unsere Trauer in Taten für Frieden und Gerechtigkeit umsetzen. Wir glauben, dass keine Familie irgendwo auf der Erde den Verlust eines geliebten Menschen durch politische Gewalt erleiden sollte. Ich bin auch als Mitglied des bundesweiten Vorstands von „United for Peace and Justice“ nach Deutschland gekommen, ein Bündnis von mehr als 1400 Organisationen, die in den USA für Frieden und Gerechtigkeit sich einsetzen. Obwohl der Fokus unseres Bündnisses bis jetzt gewesen ist, den Krieg in dem Irak zu beenden, fangen wir an, die Lage in Afghanistan zu analysieren und unsere Verantwortung für die US-Handlungen dort anzugehen. Sehr gern arbeiten wir zusammen mit und lernen wir von der deutschen Friedensbewegung, und von den Friedensbewegungen anderer Länder, um diese internationalen Fragen anzugehen, die uns alle betreffen.

** Kelly Campbell ist Mitglied der Organisation "Eleventh of September Families for Peaceful Tomorrows"*

"NEIN auch zu einem Krieg gegen den Iran"

1998 legitimierte die Bundesregierung die deutsche Beteiligung am US-Krieg gegen Jugoslawien mit dem Slogan "Nie wieder Auschwitz". Nun ist sie dabei, mit "Nie wieder Taliban" die Teilnahme Deutschlands am US-Krieg in Afghanistan zu rechtfertigen. Die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan diene angeblich dem politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Ohne sie und ohne ISAF würden die Schulen erneut geschlossen und die Frauen wieder unter die Burka gesteckt. Diese scheinheilige Argumentation kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass **ISAF und Enduring Freedom beide Bestandteile einer US-Gesamt-Strategie nicht nur für Afghanistan, sondern für die gesamte Region des Mittleren und Nahen Ostens** sind.

Nicht nur die Neokonservativen, sondern auch die Mehrheit der Demokraten verfolgen seit geraumer Zeit konsequent das Ziel - zahlreiche Indizien erhärten diese Annahme - den Mittleren und Nahen Osten durch den Sturz missliebiger Regime, durch das Schüren von ethnischen und religiösen Konflikten zwischen Arabern, Iraner und Kurden, zwischen Sunniten und Schiiten und durch die Spaltung der Völker in feindliche Gruppen - wie in Libanon und Palästina - in einem permanenten Kriegszustand zu halten und die Region von einem Chaos in das nächste zu stürzen.

Wenn wir heute an alle Parteien im Deutschen Bundestag appellieren, zum Afghanistan-Einsatz NEIN zu sagen, dann sagen wir keineswegs nein zu humanitären Aufgaben. **Unser NEIN gilt vor allem dem amerikanischen Kriegs- und Chaos-Plan im Mittleren und Nahen Osten.** Wer die Mandatsverlängerung im Bundestag befürwortet, der legitimiert die US-Verbrechen in der gesamten Region. Wenn es aber wirklich eine Herzenssache ist, dass die afghanische Bevölkerung das ihr gestohlene Selbstvertrauen zurückgewinnt, um ihr arg gebeutelt Land wieder aufzubauen, dem empfehlen wir, sich darüber Gedanken zu machen, wie der Krieg in Afghanistan schnellstens beendet werden kann.

Ich stelle mir dazu folgende **sofort realisierbare Schritte** vor:

- Verhandlungen zwischen dem afghanischen Präsidenten Karsai und den Taliban zur Bildung einer nationalen Übergangsregierung. Die Bereitschaft zum Dialog und zur Mitwirkung aller relevanten Kräfte,

also auch der Taliban, ist die unverzichtbare Grundlage für den inneren Frieden und den Aufbau einer pluralistischen Gesellschaft.

- Die Festlegung eines verbindlichen Zeitplans für den Abzug aller ausländischen Truppen.
- Die mit den Taliban gebildete Übergangsregierung entscheidet im Konsens, ob und welche Art von internationalen Truppen die Besatzungsarmeen ersetzen sollen, um Bürgerkrieg und noch größeres Chaos in der Übergangsphase zu verhindern und stabile Rahmenbedingungen für den Aufbau eines neuen politischen Systems herzustellen.

Mit unserm NEIN zu Amerikas Kriegs- und Chaosplan sagen wir auch entschieden **NEIN zu einem Krieg gegen den Iran.** Der harte Kern der US-Neokonservativen ist weiterhin entschlossen, gegen den Iran einen Luftkrieg zu führen. Leider handeln sie nicht auf eigene Faust. Für das Projekt Amerikas Jahrhundert steht im Mittleren Osten, und vor allem im Iran, sehr viel auf dem Spiel.

Es geht um die vollständige **Kontrolle der Energieressourcen** im gesamten Mittleren und Nahen Osten.

Es geht ums Öl als einem wirkungsvollen Hebel für die **hegemoniale Herrschaft** auf dem ganzen Globus

Es geht schließlich auch darum, dass der **Dollar** auch in diesem Jahrhundert seine Position als internationale Leitwährung beibehält.

Irans Islamische Republik ist das größte Hindernis für das Projekt American Century der Neocons. Deshalb soll Irans zentralistisches Staatssystem zerschlagen werden, deshalb sollen im Iran viele sich gegenseitig bekämpfende ethnische und religiöse Machtzentren entstehen.

Zu diesem Zweck hat das Pentagon laut Sunday Times vom 2. September bereits einen **"Drei-Tage-Blitzkriegs-Plan"** vorgelegt, der - ganz nach dem Muster von Hitlers Überfall 1939 auf Polen und Israels Überfall 1967 auf Ägypten, Syrien und Jordanien - 1.200 Ziele in kürzester Zeit zerstören soll. Die Zerstörung iranischer Atomanlagen, die den Hauptvorwand für den Krieg liefern, wäre dabei lediglich eine Nebensache. Es geht den Geostrategen der USA keineswegs um die Verhinderung iranischer Atombomben. Es geht um die Zerstörung des gesamten Militärapparates, auch um die Zerstörung der gesamten zivilen Infrastruktur, wie Brücken, Trans-

port- und Kommunikationsverbindungen, Kraftwerke etc.

Bush wiederholt immer häufiger die absurde Behauptung eines "zweiten Holocausts durch Irans Atombomben", um ein gigantisches und neues Verbrechen im Mittleren Osten zu rechtfertigen. Die gezielte Propaganda zur psychologischen Kriegsvorbereitung hat Dick Cheney bereits persönlich angeordnet.

Gegen alle diese Motive und Indizien für einen Iran-Krieg noch innerhalb der Amtsperiode von Bush und Cheney haben europäische Apeasement-Politiker und Journalisten zahlreiche Einwände parat. Ihr stärkster Einwand ist aber, dass man angesichts von ungeheuren und unkalkulierbaren Folgen eines Iran-Krieges der US-Regierung paranoide Kriegsbesessenheit unterstellen müsste. Tatsächlich muss man aber dem harten Kern der **US-Neocons** - wie der Irakkrieg zeigt - gar nichts unterstellen. Sie sind in dieser Hinsicht von den Nationalsozialisten nicht allzu weit entfernt, **für ihre Mission notfalls alles zu riskieren.** Der vermeintliche Grund zur Beruhigung gibt eigentlich Anlass zu allergrößter Sorge. Angesichts der totalitären Machtfülle des US-Präsidenten in Sachen Krieg, die der Außenpolitik totalitärer Staaten in Nichts nachsteht, wird die nach innen gerichtete amerikanische Demokratie - das muss man leider auch feststellen - ein neues internationales Desaster schwer stoppen können, es sei denn, die US-Kriegsgegner erhielten wirksame Schützenhilfe.

Wenn ich hier - und mit mir viele andere aus der Friedensbewegung - auf Grund zahlreicher Indizien in voller Sorge vom worst case ausgehe und einen us-israelischen Krieg gegen den Iran für möglich, ja für wahrscheinlich halte, dann ausschließlich in der Hoffnung, ihn durch die Mobilisierung der Friedenskräfte vielleicht noch verhindern zu können. **Wir Kriegsgegner in Europa, vor allem in Deutschland, in Großbritannien und insbesondere in Sarkozys Frankreich müssen die Gefahr eines neuen US-Abenteuers auf die politische Agenda setzen.** Ein NEIN zur Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan ist dazu ein bedeutender Schritt.

** Mohssen Massarrat ist Politologe und emeritierter Hochschullehrer an der Universität Osnabrück.*

Peter Grottian

"Für mehr zivilen Ungehorsam!"

Wenn hier ein Vertreter der sozialen Bewegungen, sozialer Protestbewegungen und Bürgerrechtsorganisationen sprechen darf, so deshalb, weil es einen strukturellen Zusammenhang von hegemonialen Macht- und Kriegswahn und der Zurichtung der inneren Verfassung einer Demokratie gibt. Die sich dynamisierende militärische Intervention in Verbindung mit einem hysterisierten Terrorismus erzeugt die Voraussetzung dafür, die Grundrechte zu Tode zu schützen, erzeugt die allumfassende Angst, dass gegen den Terrorismus fast alle Mittel rechtens sind, auch wenn die Demokratie in Teilen liquidiert zu werden droht. Deshalb **muss der Kampf gegen den Krieg auch immer ein Kampf für Grund- und Menschenrechte, für soziale und globale Rechte sein.**

Deshalb ist es eine Aufgabe der Zukunft globalisierungskritische Bewegungen, Friedensbewegung, Ökologiebewegung, soziale Bewegungen und andere so zusammenzubinden, dass unsere universellen menschrechtlichen Ansprüche eingelöst werden. Wenn die Friedensbewegung hoffentlich bald zu Blockaden von kriegsbedingten Produktionen, der massenhaften Verweigerung von Soldaten oder zu Air-Base-Belagerungen aufruft, dann müssen die Proteste aller sozialen Bewegung werden. Und wenn wir Abgeordnete der Partei Die Linke und Kollegen und Kolleginnen aus den Gewerkschaften zum zivilen Ungehorsam gewinnen können, umso besser. Es ist lang her, dass wir mit Oskar Lafontaine und Heinrich Böll die Raketen von Mutlangen blockierten. Es muss verändert und unter veränderten Bedingungen erneut geschehen.

Aber diesen Kampf muss ein Kampf um soziale Grund- und Menschenrechte nach innen korrespondieren. Wenn diese Kriegsinerventionen und hochgelagerten Terrorismus - Abwehrmaßnahmen sich weiter dynamisieren, wird der Schäublesche Sicherheitswahnsinn die doppelte Enteignung der Bürger durch feinmaschige Kontrolle und Entrechtlichung bewerkstelligen.

Wie schreibt der unermüdlich fechtende Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung sinngemäß: Hinter der **Terrorismuswolke** geschieht der Abbau von Grundrechten so rapide und werde fast alles im Namen des Anti-Terrorkampfes zugelassen, dass Grundrechte schon nicht mehr geschützt werden könnten. Er liegt mit seinen Befürchtungen wohl richtig, wie

wir selbst in den letzten Monaten erfahren durften:

- das Demonstrationsrecht wurde in Rostock und Heiligendamm so eingeschränkt und pervertiert, dass der Eindruck erzeugt werden sollte, hier demonstrierten die geballten Terroristenvereinigungen;
- die Bundesluftwaffen - Einsätze markierten die vorgezogene Schäuble-Vision des innenpolitischen Militäreinsatzes der Bundeswehr - absolut grundgesetzwidrig;
- die Umgestaltung des § 129a zum Großscheunentor des terroristischen Vor-Vorverdachts, eröffnete alle augenmaßlosen Durchsuchungen, Festnahmen und anderen Zwangsmaßnahmen. Nichts aber auch Nichts, konnte die völlig entfesselte Bundesanwaltschaft vor Rostock vorweisen.
- Und in den letzten Wochen wurde die Bildung einer terroristischen Vereinigung schon an Hand von wissenschaftlichen Stichworten wie "gentrification" bei Stadtforscher diagnostiziert.

Die Beispiele zeigen wie eine Bundesanwaltschaft die Gefahren hochlügt. Man darf als kritischer Wissenschaftler wohl sagen: Glaubt der Bundesanwaltschaft vorerst kein Wort mehr, so hat sie sich willfährig vor den Karren der Terroristenhysterie spannen lassen. Auch bei den jüngsten, angeblich in letzter Minute vereitelten Terroranschlägen ist höchste Skepsis angebracht - es stinkt nach einer künstlich hochgezogenen Terroristenwolke.

Die jüngste Forderung nach einer Konvertitendatei markiert einen fundamentalen Rassismus. Migrantinnen, Asylsuchende, Flüchtlinge werden zum Freiwild der Terrorabwehr - und anschließend alle Bürgerinnen und Bürger. (...)

Wer Deutschland am Hindukusch verteidigt muss nicht nur die Militärausgaben ausweiten, sondern durch die Verbreitung von sozialen Ängsten eine terrorismuströtzende und sozial Akzeptanz herstellen. Oder anders: Hegemonialer Smog militärischen Denkens erzeugt auch tendenziell die soziale Disziplinierung nach Hartz IV - mit Leistungen, die kein menschenwürdiges Leben zulässt, mit hundertausendfachen Zwangsumzügen und privatesten Beschnüffelungsmaßnahmen. 7,4 Millionen Menschen sind betroffen. 2,6 Millionen Kinder sind verarmt. Krieg und sozialer Krieg haben ein gebrochenes, nicht kausales aber strukturelles Entsprechungsverhältnis. Für ein abenteuerliches Kriegs- und

Sicherheitsversprechen kann die Demokratie nicht vor die Hunde gehen!

Aber die spannende Frage an uns ist: warum lassen wir die Herrschenden soweit kommen, **wo ist unser Widerstand, wo unser ziviler Ungehorsam, wo unser Widerstand, der den Herrschenden wehtut?** Sicherlich, die heutige Demo ist ein respektabler Anfang. Aber dabei darf es nicht bleiben. Die terrorismusgespickte Einschüchterung darf keine großkoalitionäre Erfolgsstory werden.

Rostock und Heiligendamm sind ein Fanal auch einer jungen Protestgeneration der 16 bis 30 Jährigen, aber sie muss sich jetzt mehr artikulieren, sichtbarer, sprachmächtiger und aktionsmächtiger werden sowie selbst neue Strategien ausloten.

Die **strategische Allianz von der Partei Die Linke, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen** muss mehr gedacht, erprobt und wechselseitige Dynamik übersetzt werden. Es geht mehr, wenn wir es wirklich, wirklich wollen.

Der Schlüssel liegt darin, ob wir uns zutrauen **plurale Formen des zivilen Ungehorsams, des gewaltlosen Widerstands mehr zu praktizieren:** Rüstungsproduktionen empfindlich stören, Rüstungsimagen von Firmen systematisch beschädigen, Sozialproteste in den Reichtumszonen organisieren, Kinder- und Elternproteste in Kitas und Schulen vom Zaun brechen. Wir müssen den Herrschenden wehtun - darunter geht es nicht. Demos sind gut - zivilgesellschaftliche Widerstände sind unsere Herausforderung. Aus manchem Demofrust soll Ungehorsamslust werden.

Darüber lasst uns auf dem **Sozialforum in Deutschland vom 18. - 21.10.2007 in Cottbus** reden und lasst uns den **Global Action Day am 26. Januar 2008** dazu ausbauen, dass Widerstandsformen gegen den Krieg und für soziale Menschenrechte eine Einheit von zivilgesellschaftlichen Widerständen bilden.

Mehr Mut zur Wut und für eine neue Courage des zivilen Ungehorsams! Lasst uns das wirklich, wirklich machen.

** Peter Grottian ist emeritierter Hochschullehrer für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin*

Horst Schmitthenner

"Wir wollen Abrüstung statt Sozialabbau"

Liebe Kolleginnen und Kollgen, liebe Freundinnen und Freunde,

Wir demonstrieren hier, weil wir wollen, dass die Bundeswehr rausgeht aus Afghanistan. weil wie wollen, dass Schluss gemacht wird mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Denn wir wissen: mit kriegerischen Mitteln können Völker nicht befriedet werden. Kriege lösen keine Probleme. Sie sind vielmehr Grund für die sich steigernde Gewalt in der Welt.

Wir demonstrieren hier, weil wir den Umbau der Bundeswehr weg von der reinen Landesverteidigung zu einer Eingreiftruppe stoppen wollen. Ich glaube, die Bundeswehr ist nicht in Afghanistan, weil sie daran glaubt, dem Land Frieden und Demokratie bringen zu können. Ich glaube, sie soll dort bleiben, damit sie ihre neue Funktion als Eingreifarmee zur Durchsetzung deutscher Interessen praktisch üben kann.

Wir demonstrieren hier, weil wir das Geld anstatt für einen Umbau der Bundeswehr dringend für soziale Anliegen brauchen. Für eine Arbeitsmarktreform, die für Beschäftigung sorgt. Hartz IV muss weg, weil sie eine Zumutung für die von Arbeitslosigkeit betroffenen ist. Und weil sie eine Zumutung für die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ist. Sie ziehen das gesamte Lohngefüge nach unten. "Denn längst sind 400 " Ijobs, sind Kombilöhne nicht mehr zusätzlich, sondern Ersatz für sozialversicherungspflichtig und tariflich entlohnte Arbeit. Statt Geld für die Rüstung sollten wir lieber die Arbeitslosenversicherung wieder zu einer solchen und nicht weiter zur Fürsorgeeinrichtung entwickeln. Dass die Leistungen (ALO Geld) nur noch für 12 Monate gezahlt wird, begründet und verstärkt die

Unsicherheit der Beschäftigten und verstärkt die Macht des Kapitals.

Wer die Aussicht hat, bei einer Kündigung nach 12 Monaten in Hartz IV zu landen, die Wohnung vermessen zu kriegen und jede Arbeit annehmen zu müssen, der hat mehr Probleme im Betrieb den Mund aufzumachen und sich für Arbeitnehmerrechte einzusetzen, als jemand der Aussicht auf lange Leistungen aus der ALO-Versicherung hat und nicht den Zumutbarkeitskriterien von Hartz IV unterstellt wird. Statt in die Rüstung und den Umbau der Bundeswehr zu investieren, lässt uns das Geld für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nehmen. Es gibt genügend zu tun in der Infrastruktur, in der Bildung, in der Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Alten, sodass für viele Arbeitslose gesellschaftlich sinnvolle Arbeit geschaffen werden könnte in sozialversicherungspflichtigen und nach Tarif entlohnten Beschäftigungsverhältnissen

Lasst uns da Geld nehmen, um die Renten wieder auf eine Lebensstandard sichernde Höhe zu bringen. Es ist ein Skandal, dass nach den bisherigen Rentenkürzungen ein 65jähriger nach 45 Versicherungsjahren und durchschnittlichem Verdienst ab 2030 noch 750 Rente im Monat bekommt und wenn wir die Rente mit 67 nicht wieder abgeschafft kriegen noch einmal 50 weniger. Zukünftig wird man 39 Jahre Beiträge zahlen müssen, um als Rente das zu bekommen, worauf man ohne Beiträge Anspruch auf Sozialhilfe hat. Damit wird die Armut im zur Massenerscheinung und die Spaltung der Gesellschaft vertieft. Für das Leben in Frieden ist jeder Euro, der hier investiert wird, wesentlich erfolgreicher eingesetzt als für militärisches Engagement.

Wir demonstrieren aber auch hier, weil wir uns nicht bieten lassen wollen, dass die

politische Klasse ohne Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Bevölkerung selbstherrlich entscheidet, was sie will. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Militäreinsatz in Afghanistan, wie anderswo in der Welt, ab. Aber wie bei der Gesundheitsreform, der Rentenreform und Hartz IV sagt die politische Klasse, das interessiert uns nicht, wir machen was wir wollen.

Wir stehen hier, um zu sagen, nicht mit uns.

Wir werden dafür sorgen, dass ihr zu spüren kriegt, dass auf Dauer keine Regierung gegen die Mehrheit in der Gesellschaft regieren kann.

Wir wollen eure Politik nicht, wir wollen Abrüstung statt Sozialabbau.

Wir wollen, dass Schluss ist mit den Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. Wir wollen Frieden schaffen ohne Waffen.

Wir wissen, dass wir gerade angesichts der Abgeschottetheit der politischen Klasse einen langen Atem brauchen, um einen Politikwechsel herbeizuführen.

Aber wir und nicht ihr kommen vorwärts. Dafür spricht die Gründung einer neuen linken Partei. Dafür spricht aber ebenso, dass die Mehrheiten in der Gesellschaft, die eure Politik ablehnen und eine andere Politik wollen, größer werden.

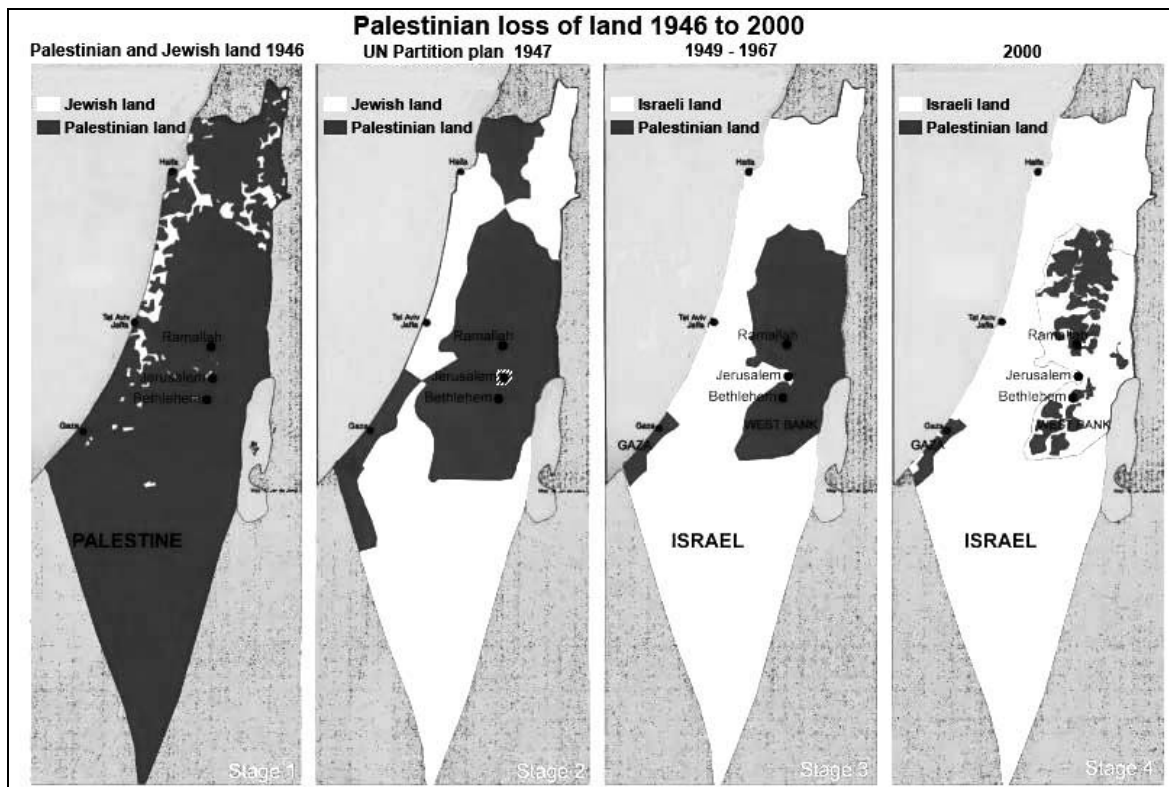
Ihr werdet uns nicht los. Die Demo heute hier war nicht das Ende unserer Einmischung.

Wir machen weiter. Wir werden die Abgeordneten weiter Dampf machen, damit es keine Mehrheit für die Verlängerung des Mandats der Bundeswehr in Afghanistan gibt.

Da könnt ihr ganz sicher sein.

Horst Schmitthenner leitet das IG Metall Verbindungsbüro soziale Bewegungen





<http://www.palaestinensische-gemeinde.at/landverlust.shtml>

Régis Debray Koloniales Diktat

Für eine heilsame Stunde der Wahrheit im Nahen Osten,

In der französischen Ausgabe von „Le Monde Diplomatique“ im August 2007 veröffentlicht (1).

„Die Diplomatie hat sich nicht in ausreichendem Maße um die Entwicklung vor Ort und um die Konsequenzen daraus gekümmert. Welche Entwicklungen? Zunächst einmal die Kolonisierung.“ Dennis Ross, ehemaliger US-Berater im Nahen Osten, auf die Frage nach dem entscheidenden Irrtum in Camp David (2000).

In der Tat hat sich die Zahl der jüdischen Siedler in den palästinensischen Gebieten von 1994 bis 2000 verdoppelt. Seit den Osloer Abkommen von 1993 haben sich bis heute ebenso viele Israelis in der Westbank angesiedelt wie in den 25 Jahren davor. Zu einer Zeit, wo wieder einmal eine internationale Konferenz im Gespräch ist, wäre es nicht angebracht, eine Kommission zusammenzustellen, um erneut den Zustand vor Ort und die aktuelle Lage zu untersuchen. Das zu erwartende Ergebnis liegt schon vor, und zwar eher zehnmals als einmal. Schließlich ist kein Konflikt in dieser Welt so gut dokumentiert, kartographiert und archiviert.

Das UN-Büro für humanitäre Angelegenheiten (OCHA, <http://www.ochapt.org/>) aktualisiert ständig die sehr präzisen Karten der umstrittenen Gebiete mit Fotos und graphischen Dokumenten, die u. a. auch

Angaben zur Bevölkerung enthalten. Die Durchsicht dieser Dokumente dauert zwar eine ganze Stunde, erspart einem aber die zeitraubende Kenntnisaufnahme der ewig gleichen Erklärungen über die guten Absichten.

Was zeigen diese Karten? Dass die territorialen, wirtschaftlichen und menschlichen Grundlagen eines „lebensfähigen palästinensischen Staates“ im Schwinden begriffen sind. Das bedeutet: Die „Zwei-Staaten-Lösung“, die „gerechte und gleichberechtigte Trennung“ (Amos Oz), die Teilung des Territoriums zwischen zwei nationalen Einheiten, wobei der eine Teil kleiner ist als der andere, demilitarisiert, aber souverän, lebensfähig und zusammenhängend – all das sind jetzt hohle Sprüche, abgefasst im Futur II. Man könnte bestreiten, dass der Zustand, von dem es kein Zurück mehr gibt, heute schon erreicht ist, und geltend machen, dass die Israelis zwar den Kampf um die Territorien gewonnen haben (nur 22 % der palästinensischen Gebiete zur Zeit des britischen Mandats werden heute nicht von den Israelis kontrolliert), die Palästinenser dagegen den demographischen Kampf gewinnen werden. Man könnte auch auf die erstaunliche „Standfestigkeit“ der örtlichen Bevöl-

kerung hinweisen, die sich der leisen, gnadenlosen Straßenwalze gegenüberstellt, die mit langsamer Hast den Allon-Plan von 1968 in die Realität umsetzt (2).

Das Auslöschung der „Grünen Linie“ ist in Zukunft legal

Aus den „Entwicklungen vor Ort“ sind jedoch mehrere Schlüsse zu ziehen, und zwar:

1. Entgegen der gängigen Meinung hat der Sicherheitszaun überhaupt nicht das Ziel, eine Grenze zu ziehen, die wohl illegal wäre (sie umfasst immerhin mehr als 10 % des Gebiets der Westbank); aber zumindest – so stellt man es sich vor – die Funktion einer internationalen virtuellen Demarkationslinie mit Pünktchen hätte.
2. Es stimmt tatsächlich (wie es Ehoud Olmert im israelischen Militärfunk am 20. März 2006 formuliert hat), dass Israels strategische Grenzen am Jordan liegen (das gesamte Tal ist als „Verbotene Zone“ deklariert). Das ständige Knabbern an der dazwischen liegenden Zone führt schon jetzt an einigen Orten zu einer Verbindung von Ufer zu Ufer.
3. Die neuen Straßen, die unter dem Namen „Ost-West-Umgehung“ firmieren, opfern die alte Nord-Süd-Achse und zeichnen

deutlich die Landkarte eines Territoriums, das bis auf drei bis vier „Bantustans“ (Jenine, Ramallah und Jericho) annektiert wird. Das sind eingeklemmte Enklaven mit wenigen natürlichen Ressourcen, deren baldige Erschöpfung programmiert ist. Dies wird ein mehr oder weniger umfassender Exodus zur Folge haben – ein erheblicher Teil der Elite, insbesondere der christlichen, wandert jetzt schon aus.

4. Der Bau der Mauer, die aktuelle Judaisierung von Ost-Jerusalem und insbesondere die Neuordnung der Gemeindeverwaltung – all das bewirkt, dass die wiederholten Verurteilungen durch die UN, die eh nur rein formaler Natur sind, absolut folgenlos bleiben im Hinblick auf die Fortführung der Übernahme von ganz Jerusalem durch die Israelis. (3)

Der Unterschied zwischen dem, was gesagt wird, weil wir es hören wollen (örtliche Rückzüge, Lockerung der Passierscheinbestimmungen, Entfernen von 5% der Checkpoints, freundlichere Tonlage usw.), und dem, was tatsächlich vor Ort geschieht und was wir nicht wahrhaben wollen (Vernetzung der israelischen Kolonien, Bau von Tunneln und Brücken, Umzingelung der palästinensischen Dörfer und Städte, Enteignung von Ländereien, Zerstörung von Häusern usw.) - dieser Unterschied hat inzwischen Ausmaße angenommen, welche die einen von einem Doppelspiel sprechen lassen, die anderen von Schizophrenie. Das alte „1 Dunum (= 1 000 m²) mehr, 1 Ziege mehr“, ohne Kamera, unauffällig und, was noch wichtiger ist, ohne ausdrückliches „koloniales Diktat“ – darüber regt sich niemand auf, vorausgesetzt, man informiert sich (was schwierig ist, wenn man nicht vor Ort alt wird).

„Judäa-Samaria“ ist der offizielle Name für die Westbank in den Karten und Handbüchern der israelischen Schulen, in denen die Beseitigung der „Grünen Linie“ von 1967 (4) legalisiert ist, wie es die Knesset vor kurzem mit der Ablehnung eines Vorschlages der Erziehungs-Ministerin der Arbeiterpartei beschlossen hat.

Es handelt sich nicht um einen mehr oder weniger zufälligen Gegensatz zwischen de facto und de jure, sondern um eine Methode und eine lange Tradition, die auf die ersten Aktionen von Yichou (5) zurückgehen. Die Rede ist von der Politik des *fait accompli*, der Politik der vollendeten Tatsachen, die sich immer schon ausgezahlt hat. Der Staat Israel existierte 1948 bereits, bevor er ausgerufen und anerkannt wurde. Dasselbe gilt für die Armee. Das war immer schon ein Theaterspiel mit 2 Bühnen. Auf der einen, der internationalen Bühne, werden die vagen und schwammigen Schlagwörter wiedergekaut, die positiv besetzt daherkommen wie z.B. „Rückzug, Koexistenz, Staat“. Auf der Nebenbühne dagegen spielt die eigentliche Musik; da geht es um Niederlassungen, Straßen, Tunnel, Grundwas-

serreserven. Da wird letztlich alles entschieden – und immer ohne Medienbegleitung!

Alle israelischen Regierungen, ob rechts oder links, kannten sich sehr gut aus in den Spielregeln der Meinungsdemokratie, die, wie übrigens jeder einzelne von uns, immer wieder eine Prise Hoffnung braucht und eine ausreichende Dosis von euphorischen Meldungen. Dementsprechend haben diese Politiker immer darauf geachtet, dass die öffentliche Meinung alle drei Monate eine Dosis bekam von diesen schmerzstillenden Mitteln, als da sind: einseitiger Rückzug, teilweise Abbau der Kolonien – lauter „interessante“ Ankündigungen, die aber immer mit Bedingungen verknüpft waren und daher „natürlich“ folgenlos blieben. Die Medien leben von Tag zu Tag und haben kein Gedächtnis. Wer erinnert sich schon an die Road Map (6), die eine „endgültige und globale Regelung des Konfliktes zwischen Israel und Palästina bis 2005“ vorsah?

Das inzwischen obsoleete Osloer Abkommen war nicht nur, geben wir es ruhig zu, totes Papier. Mit der militärischen Wiederbesetzung der Zonen A und B (7) im April 2002 wurde der Rückwärtsgang eingelegt. Wenn man eins zum anderen hinzufügt: die Zerstückelung des Territoriums, die eine Verbindung zwischen jeglicher palästinensischer zentraler Leitung und den örtlichen Autoritäten, bzw. eine Verbindung zwischen diesen örtlichen Autoritäten unmöglich macht – die methodische materielle Zerstörung der „nationalen“ Institutionen, der Infrastruktur und sogar der politischen Kader durch die israelische Armee – was die Anarchie im Inneren, eine rasante Vermehrung der Gangs, der Clans und deren gewalttätige Abrechnungen – mit einem Wort das garantierte Chaos ohne Fass und Boden – fördert, wer das alles vor Augen hat, erkennt, dass man nicht gerade auf dem besten Wege dazu ist, einen Staat aufzubauen. Im Gegenteil, jede Art von politischer Führung wird auf der anderen Seite der Mauer unmöglich gemacht. Das ist die geradezu logische Kehrseite der Medaille einer Politik der Annexion, die auf längere Zeit angelegt ist (30 Jahre) und zu gegebener Zeit in Anbetracht der „neuen Realitäten auf dem Territorium“ festgeschrieben wird.

Unter diesen Umständen scheint der gemeinsame, geradezu beschwörende Rückgriff auf die Road Map (verheißungsvolles Vorzeichen und phantastische Aussichten) mehr zur Methode des Selbstbetrugs zu gehören als zu einer klugen vorsichtigen Einschätzung einer nachhaltigen Veränderung der Lage. Diese Veränderung ist gewiss zur Zeit von Genf, Paris und New York aus nicht direkt sichtbar; sie ist aber jedem evident, der nach einigen Jahren der Abwesenheit zurückkehrt, der dieses Land durchstreift, das militärisch in einzelne

Teile zerstückelt ist, wo die israelischen „Siedlungen“ keine Flecken bilden auf einem palästinensischen Hintergrund, sondern wo die palästinensischen Krümel verloren aussehen mitten in israelischen Territorien, deren Infrastruktur schon eine solide Grundlage hat. Wo es auf die Wasserreserven ein Vorrecht gibt und wo es nur eines nichtigen Anlasses bedarf, um von der vorübergehenden Beschränkung der Bewegungsfreiheit überzugehen zum knallharten Ausgehverbot.

Die Kette der israelischen Kolonien im Schutz des Sicherheitszauns

Man könnte jedoch aus zwei Überlegungen eine gewisse Hoffnung schöpfen:

1. Wenn die Siedlungen in Gaza aufgegeben werden könnten, dann wird das morgen auch in der Westbank möglich sein. Aber wer so denkt, der vergisst folgendes: Auf den Rückzug von 8.000 Siedlern aus Gaza (mit jeweils einem Journalisten pro 3 Siedler) folgte in den Monaten danach die Niederlassung von 20.000 Siedlern in anderen Gebieten – ohne großes Tamtam. Und: Gaza ist nicht integraler Teil des heiligen Erbes, während „Judäa-Samaria“ das Rückgrat dieses Erbes ist. Ariel Sharon hat übrigens nie verheimlicht, dass dieser Rückzug am Rande begleitet wurde durch eine Verstärkung der israelischen Präsenz jenseits der „Grünen Linie“: 438.000 Siedler gibt es heutzutage, davon 192.910 in Ost-Jerusalem;

2. Die Aufgabe von 4 kleineren Kolonien im Norden der Westbank mit 1.000 Siedlern und die für möglich gehaltene Konzentration von 60.000 Siedlern in den 3 größten Blöcken (in Maale Adoumim, Ariel und Gush Etzion) könnten Raum frei machen für die Palästinenser. Aber das hieße zu vergessen, dass die Kette von dauerhaften Kolonien im Schutze des Sicherheitszaunes die Westbank glatt in zwei Teile geteilt hat. Die Mauer trennt die Palästinenser voneinander eher noch mehr als von den Israelis.

Die zwanghafte Fixierung auf das Sicherheitsproblem verstärkt die Unsicherheit

Als Endergebnis zeichnet sich, anstelle des angekündigten palästinensischen Staates, der von allen gewünscht wird, ein israelisches Territorium ab, das bisher noch nicht wahrgenommen wird, mit drei Enklaven, den drei selbstverwalteten palästinensischen Gemeinden.

Alle Beteiligten haben ein Interesse daran, die international verbreitete Augenwischerei aufrechtzuerhalten (8). Die Israelis, weil die Geschichte maskiert voranschreitet. Die Palästinenser, weil einem besetzten Volk, das noch voller Hoffnung ist, die Wahrheit zu sagen, gleichbedeutend wäre mit einem Ansporn zur Selbstzerstörung. Ausserdem

gewinnen die führenden Persönlichkeiten, die Gewählten, die Beamten aus diesem frommen Wunsch ihr Lebensunterhalt, das Beibehalten ihres Potens, ihre Würde und Lebensziel. Die Europäer, weil sie den Weg gewählt haben, sich mit Hilfe einer bedeutenden finanziellen Unterstützung freizukaufen. Diese humanitäre Hilfe entlastet sie von ihrer politischen Inaktivität und ihrer selbstaufgelegten Blindheit. Und die Amerikaner, immer noch mehr dem Alten als dem Neuen Testament verhaftet, weil ihre existentielle Verbindung mit Israel eine Vater-Sohn-Beziehung und daher jeglicher Kritik entzogen ist. Die selbstbetrügerische, von allen geteilte Illusion resultiert also aus dem Zusammentreffen von gegensätzlichen Interessen – das ist die Ironie der Geschichte – zumindest kurzfristig.

Ist diese Situation auf die Dauer tragbar – sagen wir bis zum Ende dieses Jahrhunderts? Da sind Zweifel angebracht, und zwar aus folgenden Gründen: Die zwanghafte Fixierung der Israelis auf Sicherheitsprobleme offenbart sowohl ein erhebliches Sicherheitsdefizit in Israel als auch ein fehlendes Bewusstsein für die gravierende demographische, religiöse oder auch technologische Entwicklung der Region (9).

Könnte nicht eine europäische Regierung, falls nicht mehrere dazu bereit sein sollten, unseren israelischen Freunden signalisieren: 1. Wir lassen uns nicht alle übers Ohr hauen. Und

2. Wenn es faule Tricks gibt, dann werden die Verantwortlichen zwar nicht die ersten Opfer sein, aber, trois fois hélas, leider leider, die letzten.

(1) „Im Oktober 2006 hat der damalige Präsident der Französischen Republik, Jacques Chirac, Régis Debray beauftragt, „eine Untersuchung über die verschiedenen ethnoreligiösen Gemeinschaften im Nahen Osten durchzuführen, mit der Empfehlung, „diese Untersuchung ohne Ausnahme und unter Berücksichtigung aller veröffentlichten Meinungen zu realisieren“. Der Autor hat den Auftrag durchgeführt und, verstärkt durch Beobachtungen vor Ort, den französischen Autoritäten am 15. Januar 2007 diesen Bericht über Palästina vorgelegt, speziell über die Risiken einer verlogenen internationalen Sprache, die sich in Phrasendrescherei erschöpft. Der Autor hat uns (le Monde diplomatique) zwar darauf aufmerksam gemacht, dass er sich strikt an die Regeln einer „note

diplomatique“ (Prägnanz und Umsicht) gehalten hat. Aber gleichwohl sind wir der Auffassung, dass dieses Dokument, das inzwischen durch öffentliche und auch staatliche Stellen (Weltbank, UN) bestätigt worden ist, seinen vollen Wert behalten hat, und zwar als möglicher Schlüssel für das sehr lange Abdriften im Nahen Osten, deren tragische Folgen wir heute konstatieren.“ (Französische Redaktion von Le Monde Diplomatique, August 2007)

(2)



Legend

-  Israel
-  Territories under Israeli control
-  West Bank areas to be returned to Jordan

Allon-Plan 1967

http://www.passia.org/palestine_facts/MAPS/1967-allon-plan.html

Der Allon-Plan ist ein 1967 vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Israels, Jigal Allon, vorgestelltes Konzept zur Besiedlung des Westjordanlandes (Westbank).

(3) vgl. Dominique Vidal und Philippe Rekawicz : „Wie Israel Ost-Jerusalem vereinnahmt“, LMD Feb 2007, <http://www.monde-diplomatique.fr/2007/02/REKAWICZ/14411>

(4) Waffenstillstandslinie von 1948, s. dritte Karte

(5) Hebräischer Begriff, benutzt von der zionistischen Bewegung vor der Gründung des Staates Israel. Er bezeichnet die damaligen jüdischen Bewohner und die neuen Einwanderer nach Palästina.

(6) Die Road Map ist von dem Nahost-Quartett (UN, USA, EU und Russland) am 30. April 2003 beschlossen worden als Vorschlag, um den Konflikt zwischen Israel und Palästina zu beenden.

(7) Die verschiedenen Territorien der Palästinenser umfassen: Westbank, Ost-Jerusalem und den Gaza-Streifen (45 km lang und 10 km tief). Nach dem Vertrag von Oslo gilt die Aufteilung der Westbank in 3 Zonen:

- Die Zone A umfasst seit 1994 die Städte Jericho, Jenin, Kalkilya, Ramallah, Tulkarem, Nablus, Bethlehem (für die Stadt Hebron gibt es seit Januar 1997 einen Sondervertrag); die palästinensischen Autoritäten üben eine zivile Gerichtsbarkeit aus – die Aufgaben der Polizei sind darin eingeschlossen;

- die Zone B umfasst die anderen Städte der Westbank, in denen die palästinensische Autorität theoretisch die zivilen Kompetenzen wahrnimmt; die innere Sicherheit wird gemeinsam mit der israelischen Armee ausgeübt;

- die Zone C umfasst die israelischen Siedlungen, die in der Westbank eingerichtet wurden (60% des Territoriums der Westbank). Ost-Jerusalem verbleibt unter der Oberhoheit des hebräischen Staates.

(http://www.passia.org/palestine_facts/MAPS/Oslo-2.html)

(8) Anm. von LMD: Vgl. Alain Gresh, Wie die Welt Palästina begraben hat. Le Monde Diplomatique, Juli 2007. <http://www.monde-diplomatique.fr/2007/07/GRESH/14904>

(9) Anm. von LMD: Vgl. Insbesondere den Untersuchungsbericht, den Alvaro de Soto, Sonderbeauftragter der UN für den Friedensprozess im Nahen Osten, dem UN-Generalsekretär am 5. Mai des letzten Jahres übergeben hat. <http://www.protection-palestine.org/spip.php?article5165>

Régis Debray, Kampfgefährter von Che Guevara in Bolivien, später außenpolitischer Berater Mitterrands. Schriftsteller und Philosoph. Ehrenpräsident des Institut européen en sciences des religions (ESR), Paris. <http://www.regisdebray.com/>
Übersetzung: Claus Pörksen, <http://www.norman-paech.de/eintrag+M58c858f64e9.html> und SiG-Redaktion

„Viele Leser der deutschen Version von „Le Monde diplomatique“ gehen bei der Lektüre davon aus, den Inhalt der französischen Ausgabe auf Deutsch präsentiert zu bekommen. Das ist bei weitem nicht so. Schon immer sind spezifisch nur das französische Publikum interessierende Mitteilungen, Rezensionen und Informationen nicht übersetzt worden. Seit geraumer Zeit ist jedoch die deutsche Redaktion dazu übergegangen, französische Originalbeiträge zu redigieren oder ganz wegzulassen. Bei genauer Betrachtung handelt es sich um Artikel mit politisch sensiblen und strittigen Themen.

Ich habe meinen Ärger über diesen Missbrauch der journalistischen Freiheit positiv gewendet und werde in Zukunft die unterdrückten Artikel zu wichtigen Themen der Internationalen Politik übersetzen lassen und auf meiner Homepage veröffentlichen. Nach dem Kommentar von Ignacio Ramonet zu Hugo Chávez folgt hier aus der gleichen Ausgabe vom 7. August 2007 ein Artikel von Régis Debray. Er schreibt über die Kluft zwischen unserer Wahrnehmung des Israel-Palästina-Konflikts und der Realität vor Ort. Dem Übersetzer Claus Pörksen gilt mein ausdrücklicher Dank.“ (Seite von Norman Paech, www.norman-paech.de)

(Anm. der SiG-Redaktion, MDV: Kritiken an der Veröffentlichungspolitik der TAZ-Redaktion unter: <http://www.steinbergrecherche.com>)

Gaza - ein dringlicher Handlungsaufwurf von Jews for a Just Peace

20. September 2007. Wir, von Jews for a Just Peace Vancouver/Kanada, beklagen die einstimmige Entscheidung des israelischen Kabinetts, über die Bevölkerung Gazas Sanktionen auf Güter und Dienstleistungen der Grundversorgung, wie Strom oder Kraftstoff, zu verhängen. Wir appellieren an die internationale Gemeinschaft, dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern. Selbst das rechtliche Rahmenwerk, das Israel einführt, um diesen illegalen und unmoralischen Akt durchzuführen (Gaza wird als "feindliche Entität" in einem "Konflikt knapp vor dem Krieg" bezeichnet), ist absolut unvereinbar mit internationalem Recht. Auf der anderen Seite ist die kollektive Bestrafung einer ganzen Zivilbevölkerung explizit verboten. Dies ist ein weiteres Beispiel für die Verachtung und Nichtbeachtung des internationalen Rechts durch Israel. Wir fordern den UNO-Generalsekretär, Mr. Ban Ki-Moon, auf, den Sicherheitsrat zu einer Dringlichkeitssitzung einzuberufen - um

der israelischen Regierung mitzuteilen, dass dieser Schritt absolut inakzeptabel ist und revidiert gehört.

Wir rufen die Regierungen der Welt - vor allem die kanadische - auf, diese offene Verachtung für die Menschenrechte zu verurteilen.

Wir rufen die religiösen Führer der Welt auf, diesen fundamentalen Angriff auf menschliches Leben und die Würde des Lebens zu verurteilen. Dieser Angriff trifft besonders, da er im 'heiligen Monat' Ramadan erfolgt. Als Juden appellieren wir an die jüdischen Führer, sich einstimmig gegen diese Beleidigung jüdischer Werte - am Vorabend von Jom Kippur - auszusprechen.

Wir appellieren an die Völker der Welt, lassen Sie Ihre Offiziellen und Regierungschefs wissen, dass Sie diesen grausamen, unmoralischen und illegalen Akt zurückweisen. Es handelt sich um einen herausragend grausamen Akt, selbst im Kontext der ohnehin oppressiven Israelischen Besatzung. Wir,

von Jews for a Just Peace, verurteilen alle Angriffe auf Zivilisten, ob Palästinenser oder Juden. Verstöße von Regierungen gegen internationales Recht, von denen Millionen Menschen betroffen sein werden, sind besonders empörend und müssen verurteilt werden. Israels Entscheidung, die Zivilbevölkerung Gazas zu bestrafen - unter Inkaufnahme all des damit verbundenen Leides - ist ein Fall von Staatsterror gegen unschuldige Menschen, denen das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr verweigert wird und die einer illegalen und unmenschlichen Besatzung unterworfen sind. Nur wenn sich Israel für seine Aktionen, die gegen internationales Recht verstoßen, verantworten muss, wird ein gerechter Frieden im Nahen Osten möglich sein.

Jews for a Just Peace, Vancouver/Kanada
<http://www.jewsforajustpeace.com>
Originalartikel: Gaza: A Call for Urgent Action, Übersetzt von: Andrea Noll

Joachim Guilliard Gegen Besatzer und terroristische Banden - Strukturen der irakischen Befreiungsbewegung.

Vorbemerkung der SiG-Redaktion: Joachim Guilliard setzt sich mit der von den Medien überlieferten Vorstellung auseinander, wonach die Anschläge in dem Irak, deren Opfer Zivilisten sind, das Werk des irakischen Widerstands seien. Er schildert auch die Ansätze einer Vereinheitlichung der Widerstandsgruppen – unabhängig von der religiösen Zugehörigkeit. Der gesamte Text ist in der Junge Welt erschienen (22. und 24. 9. 2007, <http://www.jungewelt.de/2007/09-22/061.php?sstr=irak%7CWiderstand>)

Der nationale Widerstand hat vor allem ein Ziel: die Besatzer aus dem Land zu treiben. Dafür benötigen sie breite Unterstützung innerhalb der gesamten Bevölkerung und nicht deren Spaltung. Die meisten Widerstandsgruppen haben sich daher stets von terroristischen und sektiererischen Aktionen distanziert und bekämpfen seit zwei Jahren die Organisationen, die dafür verantwortlich sind, auch aktiv (siehe jW v. 3.3.2006, S. 10 f.). Sie machen keinen Hehl daraus, dass viele zu Beginn der Besatzung die radikalen Islamisten als kompromißlose Kämpfer gegen die fremden Truppen begrüßt haben. Bald stellten die lokalen Kräfte und Guerillagruppen jedoch fest, dass diese religiös motivierten Besatzungsgegner den irakischen Kriegsschauplatz für ihre eigenen universellen Ziele mißbrauchen und zu unakzeptablen Mitteln greifen, die dem Widerstand erheblich schaden.

Die Besatzungsgegner müßten nun zwei Kämpfe führen, so ein Sprecher der »Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten«, einen »gegen die Besatzer und den von ihnen eingesetzten Regierungsapparat« und einen »gegen die terroristischen Banden«. Durch Aufklärungsarbeit über den »wahren Charakter der bewaffneten Gruppen, die im Namen der Religion und des Widerstands töten«, sei es gelungen, so ein Stammesführer aus Ramadi, die logistische Unterstützung dieser Elemente durch Einwohner in ihrer Region zu unterbinden. (...)

Wenn von Widerstand die Rede ist, wird dieser meist auf den bewaffneten Teil reduziert. Es gibt jedoch trotz heftiger Verfolgung

und Repression, trotz der Gefangennahme von Zehntausenden mutmaßlichen Besatzungsgegnern, dem Einsatz von Folter und dem Wüten von Todesschwadronen eine sehr aktive zivile Opposition gegen die Besatzung. Dazu zählen Gewerkschaften, politische Parteien, Frauen-, Studenten-, Arbeitslosenorganisationen und vieles mehr.

Zu den bedeutendsten Organisationen zählt die »Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten im Irak«, die höchste religiöse sunnitische Instanz im Irak. Deren politische Plattform ist stärker nationalistisch als religiös orientiert; ihr zentrales Konzept ist daher auch nicht der Dschihad, sondern »Al Muqawama al Sharifa«, das arabisch-nationalistische Konzept von Widerstand. Daneben hat sich auch die parteiunabhängige »Irakische Föderation der Ölgewerkschaften« zu einer starken Kraft gegen die US-Politik im Land entwickelt. Anfang Juni beispielsweise legten Streiks gegen das geplante neue Ölgesetz zeitweilig die Ölproduktion im Süden lahm, worauf die Regierung Haftbefehle gegen zehn Gewerkschaftsführer ausstellen ließ und drohte, mit »eiserner Faust« gegen die »Saboteure« vorzugehen. Eine Dachorganisation, die einen guten Teil all dieser Kräfte zusammenfaßt, ist der »Irakische Nationale Gründungskongreß«. Er wurde im Mai 2004 nach dem Vorbild des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) gegründet und vereint über hundert Organisationen sowie zahlreiche prominente Persönlichkeiten. Unter ihnen sind religiöse Kräfte aller Konfessionen, darunter auch die bereits

erwähnte »Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten«, und auch säkulare, nationale und linke Gruppierungen, Gewerkschafter, Menschenrechtsaktivisten und Universitätsprofessoren, Stammesführer etc. Einbezogen sind sowohl Kräfte, die Großayatollah Al Sistani oder Muqtada Al Sadr nahestehen, als auch welche, die Beziehungen zum bewaffneten Widerstand haben. (...)Die weitere Vereinheitlichung der irakischen Widerstandsbewegung wie auch die Vermittlung ihrer Ziele wird nicht zuletzt dadurch erschwert, daß es keine Länder gibt, die ihr den nötigen Raum dafür bieten – von aktiver Unterstützung ganz zu schweigen. (...)Dennoch gelang es dem Widerstand, immer größere, sich oft auch überlappende Bündnisse zu schließen. Im Sommer letzten Jahres wurde die Gründung einer »Nationalen und Islamischen Patriotischen Front«, bestehend aus baathistischen, linken und sunnitischen Organisationen bekannt gegeben. Im Herbst bildete diese mit dem »Irakischen Nationalen Gründungskongreß« und einigen weiteren Gruppen das »Vereinte politische Kommando des irakischen Widerstands«. Unmittelbar vertreten sind in diesem 25köpfigen Gremium sowohl die Baath-Partei, die »Irakische Patriotischen Allianz« (ein Bündnis verschiedener panarabischer, sozialistischer und religiöser Gruppen) und diverse Strömungen patriotischer Kommunisten als auch die »Vereinigung der islamischen Religionsgelehrten« und weitere führende Kräfte des »Irakischen Nationalen Gründungskongresses«.

Europa

Aurélie Trouvé

Der «EU-Reformvertrag» ändert nichts an der neoliberalen Ausrichtung Europas!

Beitrag bei der Sommerakademie von attac Deutschland am 4. August 2007

Das französische «NON» war in überwiegenderem Maß ein «NEIN» zu einem neoliberalen Europa und ein «JA» für ein anderes Europa. Das französische und holländische «NEIN» sind Ausdruck und nicht Ursache der Krise, in der sich Europa befindet. Und auch jene, die Europa gemäß der neoliberalen Grundlinien der Verträge weiter ausbauen wollen, können aus diesem «NEIN» kein Kapital schlagen. Genau dies aber beabsichtigen die europäischen Staats- und Regierungschefs mit dem neuen Vertrag, dem «Reformvertrag».

Kosmetische Veränderungen...

Eine extrem straffe Agenda soll uns die bittere Pille schlucken lassen und den BürgerInnen den Wind für jegliche Mobilisierung aus den Segeln nehmen. Der Europäische Rat hat Ende Juni der EU-Regierungskonferenz das Mandat erteilt, einen Reformvertrag auszuarbeiten. Ausgehend von diesem Mandat hat die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft schon am 23. Juli einen Erstentwurf für die erste Sitzung der EU-Regierungskonferenz unterbreitet. Am 18. und 19. Oktober soll auf einer vorgezogenen Sitzung des Europäischen Rats der Reformvertrag bestätigt werden. Im ersten Halbjahr 2008 sollen dann die Mitgliedsländer den Reformvertrag ratifizieren.

In aller Eile soll uns also die EU-Verfassung in einer neuen Aufmachung wieder aufgetischt werden, denn wie V. Giscard d'Estaing selbst neulich gesagt hat: «die Regierungen in Europa haben sich auf kosmetische Veränderungen bei der Verfassung geeinigt, um sie den Bürgern schmackhafter zu machen».

Gewiss, jeder Hinweis auf eine Verfassung ist verschwunden, genauso wie der dritte Teil. Aber da es sich nur noch um einen Vertrag handelt, der die bestehenden Verträge novelliert, bleibt das, was zuvor im dritten Teil stand, in den bereits gültigen Verträgen festgeschrieben. Die Streichung des freien und unverfälschten Wettbewerbs aus den Zielen der

europäischen Union ist eine reine Formsache, bleibt dieser doch die tragende Säule der europäischen Konstruktion. So wird in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rats – damit wir es nur ja nicht vergessen – die weiterhin zentrale Bedeutung einer noch stärkeren Liberalisierung des Kapitalverkehrs hervorgehoben. Großbritannien hat erreicht, dass ein Protokoll zum Reformvertrag ausdrücklich darauf hinweist, «dass im Binnenmarkt der unverfälschte Wettbewerb gewährleistet sein muss».

Die Reformen auf Institutionsebene sind zweifellos eine Verbesserung: z.B. Mitentscheidungsrecht des EU-Parlamentes in zusätzlichen Bereichen, Stärkung der nationalen Parlamente, Einführung des Initiativrechtes für die BürgerInnen. Sie sind jedoch minimal und stellen das bisherige Institutionen-Gefüge der Union nicht grundsätzlich in Frage, vor allem nicht die zentrale Rolle der EU-Kommission und die Interventionen der mächtigen Lobbies in Brüssel.

Auch «Neuerungen» im Verfassungsvertrag – gegen die wir gekämpft haben – stehen wieder im Reformvertrag. Im Fall der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist dies das Prinzip der «Vereinbarkeit» (kurz gesagt, ein Eingeständnis der Unterordnung) mit der NATO. Noch viel mehr geschieht dies bei den kontinuierlichen repressiven Vorstößen der Regierungen: der freie Personenverkehr im EU-Raum wird – gemäß den Vorstellungen der EU – begleitet von «geeigneten Maßnahmen bei der Kontrolle der Außengrenzen, in Asyl- und Einwanderungsfragen sowie bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Verbrechen».

Der Text der Grundrechtcharta bleibt unverändert, mit - wohlgermerkt - seinen zahlreichen Einschränkungen, um der EU keine wirkliche soziale Dimension zu geben. Aber für Großbritannien geht sogar das noch zu weit und auch Polen und Irland haben ihre Bedenken. So wur-

de jedem Land das Recht eingeräumt, gemeinsame soziale Mindeststandards nicht einhalten zu müssen.

Daraus lässt sich die Grundtendenz des Reformvertrags ablesen: Schaffung einer Freihandelszone, gepaart mit einer neuen «Nationalisierung» der europäischen Politiken und einer Nivellierung nach unten in den Bereichen Soziales, Steuern und Umwelt.

Die Neoliberalen können ruhig schlafen

Nichts in diesem Reformvertrag wird einen weiteren Abbau öffentlicher Dienstleistungen über europäische Richtlinien verhindern (auch nicht das Zusatzprotokoll über wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen öffentlichen Interesses). Nach der Öffnung des Strom- und Gasmarktes für den Wettbewerb soll ab 2011 auch der Postmarkt für den Wettbewerb geöffnet werden. Nichts in diesem Vertrag wird die Abwärtsspirale bei Steuer- und Sozialfragen brechen.

Hier ist Deutschland übrigens Europa-meister in allen Kategorien: durch Abbau von sozialen Errungenschaften und Steuerwettbewerb prescht das Land im Alleingang vor und gebiert sich – deutlich mehr als die osteuropäischen Länder - als extremwettbewerbsfreundliche Zone[1]. Und warum auch nicht, wo es doch keine Zielsetzungen gibt für eine europäische Harmonisierung im Bereich Steuern und Soziales? Ebenso wenig gegen Steuerparadiise, den Höhenflug des Euro und die Politik der EZB (die sich im Übrigen wenig sparsam zeigt, wenn es darum geht, Spekulationskreisläufe zu speisen): sie verpflichtet sich den Anliegen der KapitalbesitzerInnen gegen jene der BürgerInnen. Wie kann Nicolas Sarkozy behaupten, das «NEIN» zum Verfassungsvertrag sei gehört worden?

Mit seiner Ablehnung einer Volksabstimmung über den Reformvertrag unterdrückt Sarkozy jeden öffentlichen Dis-

kurs über dessen Inhalt. Was in den Niederlanden sehr wahrscheinlich möglich ist, wird Frankreich vorenthalten. Diese Weigerung Sarkozys passt im Übrigen zu dem von ihm befürworteten Verfahren zum Zustandekommen des neuen Vertrages – nämlich hinter verschlossenen Türen, RegierungsvertreterInnen unter sich. In den 10 Prinzipien «für einen demokratischen EU-Vertrag» fordern 17 europäische attac-Länderorganisationen, dass der neue Vertrag von einer direkt von den BürgerInnen gewählten Versammlung erarbeitet wird, unter Einbindung der nationalen Parlamente, eingebettet in einen europaweiten öffentlichen Diskurs. In jedem Land muss dann eine Volksabstimmung über den neuen Vertrag stattfinden. Nur so können die Menschen in Europa wirklich Teil haben an dessen Gestaltung.

Die parlamentarische Opposition hat noch eine Chance, eine Volksabstimmung in Frankreich zu verlangen: abhängig davon, wie die endgültige Fassung des Reformvertrages und der Urteil des französischen Verfassungsrats ausfallen, kann eine Änderung der französischen Verfassung erforderlich werden, und dieser können sich die Abgeordneten entgegenstellen, wenn keine Volksabstimmung vorgesehen ist. Bisher jedoch sind die Reaktionen der Sozialistischen Partei (PS) besorgniserregend. Keine Rede mehr von einer zwingend notwendigen Volksabstimmung, obwohl dies ein Versprechen bei den Präsidentschaftswahlen war. Die PS will erst die Endfassung des Reformvertrages abwarten und dann über die Forderung einer Volksabstimmung entscheiden. Aber sollte eine solche nicht Grundvoraussetzung für jeden neuen europäischen Vertrag sein?

Wir müssen uns in Frankreich, in Europa mobilisieren.

Vor allem müssen wir uns der Schwierigkeiten bewusst werden, mit denen wir

konfrontiert sind. In Frankreich war das «NEIN» zum Verfassungsvertrag Teil einer breiten Basisbewegung gegen die herrschende neoliberale Ordnung. Später kamen andere Mobilisierungsbewegungen, wie jene gegen den CPE [2] im Jahr 2006. Während der Kampagne zur Volksabstimmung gab es zahlreiche fundierte Auseinandersetzungen innerhalb der französischen Gesellschaft. Trotz der allgegenwärtigen Medienkampagnen für ein «JA», kam es zu einer großen Bewusstseinsbildung über Europa, die europäischen Institutionen, über Zielsetzungen und Grenzen.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen heuer zeugten jedoch von einer geteilten und geschwächten antiliberalen Linken. Sie zeigten ebenfalls, dass die PS keine Lehren aus dem «NEIN» zum Verfassungsvertrag zu ziehen wusste. Heute sehen wir, angeführt von Nicolas Sarkozy, eine neue, enthemmte Rechte, die landesweit immer stärkere Offensiven gegen soziale Errungenschaften fährt. Die soziale Bewegung hat derzeit daher an vielen Fronten gleichzeitig zu kämpfen. Umso schwieriger also, eine geeinte Mobilisierungsbewegung auf die Beine zu stellen gegen einen Vertrag, dessen Auswirkungen a priori weniger direkt zu erkennen sind, die deshalb aber nicht weniger alarmierend sind. Dazu kommt, dass der für den Reformvertrag vorgesehene Zeitplan die Mobilisierungsbestrebungen in ein starres Zeitkorsett presst.

Wie dem auch sei, angesichts des Angriffs auf das «NEIN», braucht es unbedingt einen Meinungsbildungsprozess für eine Volksabstimmung und, als erste Maßnahme, Aufklärung über den Inhalt des Reformvertrags. Attac muss seine Aufgabe im europäischen Kontext wieder übernehmen können. Ebenfalls ausschlaggebend wird es sein, ein bedeutend neues Kräfteverhältnis auf französischer und europäischer Ebene zu bilden. In Frankreich gilt es gewisse Differenzen

zu überwinden, auch jene, die aus der Spaltung in ein «NEIN» - bzw. «JA»-Lager innerhalb der Linken entstanden sind, um gemeinsam zu sagen, welches Europa wir wollen. Innerhalb von attac können wir uns auf das immer dichter werdende Netzwerk von attac Europa stützen und in Europa auf jenes des Europäischen Sozialforums. Das nächste Forum wird im September 2008 in Malmö, Schweden, stattfinden.

Aber unsere Mobilisierung muss weitere Kreise erfassen, damit unsere Forderung nach einem solidarischen, ökologischen und demokratischen Europa Gehör findet. Sie muss auch die europäischen Politiken zum Gegenstand haben, die auf der Grundlage der Verträge gemacht werden. Zwei wichtige Anlässe - der französische EU-Vorsitz im 2. Halbjahr 2008 und die Europa-Wahlen im Juni 2009 sollten für attac der Rahmen sein für eine große Kampagne mit folgenden Inhalten: Widerstand gegen den geplanten Abbau öffentlicher Dienstleistungen gemäß der europäischen Richtlinien; substantielle Erhöhung des europäischen Budgets; Widerstand gegen die Wirtschafts- und Außenpolitik der EU, vor allem in Bezug auf die sich häufenden bilateralen Handelsabkommen zum Schaden der Länder des Südens; Einbringen von politischen Alternativen und insbesondere Forderung nach einer echten Umweltpolitik, die der ökologischen Krise gerecht wird.

[1] Brief des OFCE Nr.: 277 (Dezember 2006).

[2] (Contrat Première Embauche – Ersteinstellungsvertrag für Jugendliche unter 26, der vorsah, dass diese in den ersten beiden Jahren fristlos und ohne Nennen eines Kündigungsgrundes entlassen werden können)

Übersetzung: Birgit WOERISHOFER

www.coorditrad.attac.org /

SiG-Redaktion

Originaltext:

<http://www.france.attac.org/spip.php?article7341>

Zur Europa-Kampagne von attac Fr: <http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1040>
Text des abgelehnten Verfassungsentwurfs: <http://ue.eu.int/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf>

Attac Frankreich: Quo Vadis?

Wir haben schon versucht, in SiG die Hauptlinien der Debatten innerhalb von Attac Frankreich anzugeben, aber auch die Gemeinsamkeiten der Kontrahenten (SiG Nr 53,56,57,58 und 59). Für die nächste SiG lassen wir einige Artikel übersetzen.

Jetzt nur einige Hinweise: Attac fr hat ihre Schwerpunkte festgelegt: <http://www.france.attac.org/spip.php?article7456>

- Rechenschaftsbericht für die Vollversammlung am 13. und 14. Oktober <http://www.france.attac.org/spip.php?article7403>;

Debatte darüber unter: <http://www.france.attac.org/spip.php?article7514>, <http://www.france.attac.org/spip.php?article7286>

(Forum) und <http://www.avenirdattac.net> zu lesen (Diese Web-Seite wurde von den Kandidaten der Liste „Avenir d’attac“ zu den Wahlen für den Verwaltungsrat geschaffen/)

- Die ausführlichen Briefe des wissenschaftlichen Beirats <http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique997>

Worum geht es bei EPAs?

EPAs (Economic Partnership Agreements, deutsch Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) sind Freihandelsabkommen, die zur Zeit zwischen der Europäischen Union und 76 ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika, der Karibik und dem Pazifik (kurz AKP-Staaten genannt) verhandelt werden. EPAs sind Teil einer umfassenderen entwicklungspolitischen **Zusammenarbeit im Rahmen des Cotonou-Abkommens**, das sich mit Entwicklungshilfe, Handel und politischer Zusammenarbeit zwischen den beiden Staatengruppen befasst. Das Cotonou-Abkommen ersetzte im Jahr 2000 die **älteren Lomé-Abkommen**, die den AKP-Staaten für eine Reihe von Produkten einen privilegierten Zugang zu den europäischen Märkten sicherte. Die EPA-Verhandlungen begannen im Jahr 2002 und sollen, so der bisherige Zeitplan, Ende 2007 abgeschlossen werden.

Welche Kritik gibt es?

1. EPAs sind Freihandelsabkommen zwischen sehr ungleichen Partnern

Als Gegenleistung für einen weiteren Zugang zu europäischen Märkten verlangt die EU in den EPA-Verhandlungen für europäische Unternehmen einen zollfreien Zugang zu über 90% der Märkte der AKP-Staaten. Das mag auf den ersten Blick vernünftig erscheinen. Europäische Unternehmen und Produzenten sind jedoch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Größe, besserer Technologie und den Möglichkeiten eines hoch entwickelten Wirtschaftssystems in der Konkurrenz weit überlegen. Europäische Agrarproduzenten profitieren zudem noch von den europäischen Subventionen und internen Stützungen. Wenn die AKP-Staaten im Zuge der EPAs ihre Märkte für europäische Produkte öffnen, werden die einheimischen Produzenten nicht mit den Importen aus Europa konkurrieren können.

2. Die EU benutzt EPAs zur Durchsetzung ihrer eigenen Handelsziele

Die EPA-Verhandlungen werden von der EU missbraucht, um weitere Themen wie Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Auftragswesen, die die AKP-Staaten zusammen mit andere Entwicklungsländern bereits in der Welthandelsorganisation (WTO) abgelehnt hatten, wieder neu auf den Verhandlungstisch zu bringen. Ein solches Beispiel sind die Verhandlungen über Investitionsabkommen. Die AKP-Staaten lehnen weitere Liberalisierungen in diesen Bereichen ab, da Zugeständnisse in diesen Bereichen zwar ihren politischen Handlungsspielraum einschränken würden, andererseits aber keine wirklichen Vorteile für ihre Volkswirtschaften bringen würden.

3. Der Verhandlungsprozess ist intransparent und undemokratisch

Die EU hat weit größere Verhandlungskapazitäten, währenddessen die AKP-Staaten weder die nötige Zeit noch die nötige Expertise oder die benötigten Finanzen besitzen, um die Verhandlungen informiert zu verfolgen und die langfristigen Konsequenzen weiterer Liberalisierungsschritte zu analysieren. Der EU zufolge seien die AKP-Staaten nicht verpflichtet, EPAs bis zum Jahresende zu unterschreiben. Tatsächlich hat die EU es aber bis heute versäumt, konkreten handelspolitischen Alternativen vorzuschlagen, die sicherstellen, dass die AKP-Staaten, die kein EPA unterzeichnen, am Ende nicht schlechter dastehen als im Moment. Aufgrund der regionalen Zusammensetzung der AKP-Verhandlungsgruppen ist bedenklich, dass die Verhandlungsführer in den Regionalsekretariaten in den Verhandlungen mit der EU nicht unbedingt die Positionen der eigenen Mitgliedsstaaten repräsentieren.

Eigene Studie der EU-Kommission meldet Zweifel an

Die europäische Kommission hat im Jahr 2003 bei der Consulting-Firma PricewaterhouseCoopers eine Untersuchung über die möglichen Auswirkungen Folgen von EPAs für Westafrika in Auftrag gegeben, die zu dem Ergebnis kommt, dass ein westafrikanisches EPA:

- die Bedingungen für den Aufbau einer modernen westafrikanischen Industrie im Keim ersticken würde.
 - den Export der bisherigen Agrarprodukte z.T. erheblich reduzieren würde und
 - zu regionalen Auseinandersetzungen und Konflikten über den Umgang mit natürlichen Ressourcen führen könnte.
- Warum also nicht beim den alten Handelsverträgen bleiben?

Die EU betont immer wieder, dass das frühere Lomé-Abkommen nicht mit den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) vereinbar ist und deshalb neu verhandelt werden muss. Das ist zwar technisch richtig, beweist aber, dass nicht das Lomé-Abkommen, sondern die entwicklungspolitisch kontraproduktiven WTO Regeln die Ursache des Problems sind. Obwohl es in der WTO grundsätzlich möglich ist, ärmeren Ländern die Möglichkeit zu Ausnahmeregelungen gegenüber reichen Staaten einzuräumen, gilt dies gerade bei regionalen Freihandelsabkommen wie den EPAs nicht. Deshalb sollten die EU und AKP-Staaten sich zusammenschließen, um die Regeln für regionale Handelsverträge bei der WTO neu zu verhandeln

und entwicklungspolitisch sinnvoll zu gestalten.

Wo steht die Zivilgesellschaft?

Im April 2003 traf sich in Brüssel eine kleine Gruppe von Vertretern von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich in Europa und den AKP-Ländern für wirtschaftliche Gerechtigkeit einsetzen und die EPA-Verhandlungen mit wachsender Sorge beobachteten. Die Vertreter der gesammelten Organisationen stellten fest,

- dass die EPA-Verhandlungen über Freihandelsabkommen wesentlich von den Eigeninteressen europäischer Konzerne und von Wirtschaftseliten in den AKP-Staaten getragen werden.
- dass die Folgen der EPAs für die Mehrzahl der Bevölkerung in den AKP-Staaten bestenfalls ungewiss, im schlimmsten Fall aber extrem schädlich sein werden.
- dass die EPA-Verhandlungen, damals wie heute, von der Öffentlichkeit in Europa oder in den AKP-Staaten weder verfolgt noch debattiert werden können.

Die **StopEPA-Kampagne** wurde im Jahr 2004 in Afrika und in Europa mit dem folgenden Aufruf gestartet:

Wir fordern, dass eine handelspolitische Zusammenarbeit zwischen EU und AKP-Staaten:

- auf der Grundlage des Prinzips der Nicht-Gegenseitigkeit aufbaut, wie sie im Allgemeinen Präferenzsystem und den Ausnahmeregelungen für Entwicklungsländer innerhalb der WTO festgelegt sind
- die lokalen und regionalen Produzenten in den AKP-Staaten geschützt werden.
- die Forderungen der EU nach Liberalisierung von Handel und Investitionen zurücknimmt
- den AKP-Staaten einen ausreichenden politischen Handlungsspielraum gewährt und sie bei der Umsetzung ihrer eigenen Entwicklungsstrategien unterstützt.

Im März 2006 trafen sich die zivilgesellschaftlichen Mitgliedsorganisationen der StopEPA-Kampagne aus Europa und Afrika in Harare und veröffentlichten einen globalen Aktionsaufruf, um EPAs zu stoppen. Im November 2006 schließlich beschlossen europäischen Gruppen in Amsterdam, (...) zu koordinieren und zu intensivieren. Daraus entstand das formlose Bündnis **epa2007**, das zivilgesellschaftlichen Protest in Europa und vielen Ländern Afrikas koordiniert.

<http://www.epa2007.de/main.asp?id=43>

Mehr Informationen unter www.epa2007.de und www.stopepa.de <http://www.attac.de/wto/epas/>

Winfried Wolf

Das Modell »Volksaktien-Bahn« ist keine Alternative zur Bahnprivatisierung

Bereits im Juli 2007 präsentierten Andrea Ypsilanti (SPD Hessen) und Hermann Scheer erstmals ein Papier »Für ein Volksaktienmodell bei der Deutschen Bahn AG«. Danach sollen in der Substanz das 100prozentige Eigentum des Bundes an der Deutschen Bahn AG aufgegeben und bis zu 49 Prozent der Aktien als Volksaktien und zugleich stimmrechtslose Vorzugsaktien zum Kauf angeboten werden. Auf diesem Weg würde »neues Kapital aktiviert« werden. Der Bund behielte als Inhaber der Stammaktien (51 Prozent) allein das Sagen. Mit diesem Modell würde »ein Aktionärstyp angesprochen, der an einer relativ sicheren Rendite und am Substanzwachstum eines Unternehmens«, der Bahn, »aber nicht primär an der Ausübung seines Stimmrechts interessiert ist«. (...) Am 18. September 2007 brachten 45 Bundestagsabgeordnete der SPD einen »Änderungsantrag zum Entwurf für ein Gesetz« zur Bahnteilprivatisierung ein, mit dem das Volksaktienmodell in den vorliegenden Gesetzentwurf hineingeschrieben werden soll.(...)

Drei Schwachstellen

Ypsilanti, Scheer und Sarrazin behaupten, mit dem Volksaktienmodell könnte frisches Kapital für die Bahn gewonnen und gleichzeitig die Bedürfnisse eines Aktionärstyps nach einer relativ sicheren Rendite befriedigt werden. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß die hier in Frage stehende Summe an Kapital durch Kleinanleger auftreibar ist. Selbst wenn von den Rechnungen des Bundesverkehrsministeriums ausgegangen wird, liegt der gesamte Wert der Bahn bei 15 bis 20 Milliarden Euro; 49 Prozent davon sind sieben bis zehn Milliarden Euro, die auf diese Weise »eingesammelt« werden. Das ist derzeit nicht realisierbar, schon gar nicht vor dem Hintergrund einer negativen Bilanzierung von sogenannten Volksaktien und erst recht nicht in Zeiten des aktuell turbulenten Finanzmarktes.

Doch **der erste gravierende Schwachpunkt** des Modells liegt noch tiefer. Das Bündnis »Bahn für Alle« hat – gemeinsam mit Hermann Scheer – deutlich gemacht, daß der Wert der Bahn weit höher als offiziell angegeben liegt. Im Klartext: »Auf einen solchen Wert (von 18 Milliarden Euro) kann man nur kommen, wenn man die Bahn willkürlich kleinrechnet (...) Die Schätzungen zum realen Wert der Bahn reichen von 100 Milliarden Euro bis weit darüber (...) Bei einem Verkauf der Bahn zu den vorgesehenen Konditionen würden Milliardenwerte (...) verschenkt.« So heißt es richtigerweise in dem bereits angeführten Memorandum, das Hermann Scheer und sein Abgeordneten- und Parteikollege Peter Friedrich im März 2007 vorgelegt haben. Wenn man nun entsprechend dieser

richtigen Zahlen Werte unterstellt, die näher an der Realität liegen, dann wirkt die Behauptung, man könne in dieser Höhe – also z.B. 49 Prozent von 100 Milliarden Euro oder real 49 Milliarden Euro an Volksaktien-Kapital – »einsammeln«, erst recht unernt.

Das führt zu einer anderen Konsequenz: Tatsächlich gibt es bei der Bahn bei einer korrekten Bilanzierung keine Rendite. Oder auch: Die seit drei Jahren ausgewiesenen Renditen sind künstlich herbeigeführt, u. a. weil man die Substanz verzehrt, große Unternehmensverkäufe tätigt und sich für die Börse hübsch macht. Das Unternehmen Bahn verfügt über eine Infrastruktur, die nach der offiziellen Statistik von »Verkehr in Zahlen« allein 130 Milliarden Euro wert ist. Nähme man nur eine dreiprozentige Kapitalverzinsung dieser Infrastruktur vor, so ergäbe dies mit vier Milliarden Euro doppelt soviel wie der gesamte, mittels kreativer Buchführung herbeigerechnete Gewinn des Jahres 2006. Das Volksaktienmodell unterstellt, daß weiter falsch gerechnet bzw. nicht korrekt bilanziert wird. Was aber, wenn richtig bilanziert wird? Was, wenn die jährlichen Zuschüsse des Bundes in die Infrastruktur von rund 3,5 Milliarden Euro, die bisher nicht in der Bilanz auftauchen, doch bilanziert werden müssen – beispielsweise auf Intervention der EU? Dann gäbe es keine Bahngewinne, sondern rechnerisch deutliche Verluste. Damit kann ein Unternehmen leben, das sich zu 100 Prozent in öffentlichem Eigentum befindet – nicht jedoch eine teilprivatisierte Aktiengesellschaft.

Der **zweite Schwachpunkt** ist mit dem zuletzt Gesagten verbunden und wird durch das Modell von »stimmrechtslosen Vorzugsaktien« konkretisiert. Nach dem Aktiengesetz (Paragraph 139) kann »für Aktien, die mit einem nachzuzahlenden Vorzug bei der Verteilung des Gewinns ausgestattet sind, (...) das Stimmrecht ausgeschlossen werden«. Solche »Vorzüge« dürfen nur aus Gewinnen bezahlt werden, eine garantierte »Verzinsung« von Aktienkapital ist untersagt (Aktiengesetz Paragraph 57). In dem genannten Abänderungsantrag heißt es entsprechend, daß »die Deutsche Bahn AG (...) aus dem Bilanzgewinn eine Vorzugsdividende in Höhe von fünf Prozent des Aktiennennbetrags« an die Volksaktionäre zahlt und daß diese »Vorzugsdividende (...) allein aus dem Bilanzgewinn geleistet werden darf.« Die Verfasser der Abänderungsantrags versuchen, für Zeiten ohne Gewinne vorzubeugen und schrieben in das Papier hinein: »Zur Absicherung dieser Verpflichtung baut die Deutsche Bahn AG so zügig wie möglich eine Gewinnrücklage auf, die dem Achtfachen des sich nach Absatz 1 ergebenden Dividendenbetrages entspricht.« Einmal abgesehen davon, daß eine solche Rücklage in Milliardenhöhe als

»totes Kapital« verstanden werden muß, stellt sich die Frage: Was passiert, wenn die Bahn mehrere Jahre hindurch keine Gewinne macht? Immerhin wies die Bundesbahn im gesamten Zeitraum seit Mitte der 1950er Jahre und bis 1993 Verluste aus. Im Fall einer korrekten Bilanzierung würde die Deutsche Bahn AG als integrierte Gesellschaft (einschließlich der Infrastruktur) auch dauerhaft Verluste ausweisen – siehe oben. Das aber hätte gravierende Folgen für das gesamte Modell. Denn in Paragraph 140 Aktiengesetz heißt es: »Wird der Vorzugsbetrag in einem Jahr nicht oder nicht vollständig bezahlt und der Rückstand im nächsten Jahr nicht neben dem vollen Vorzug dieses Jahres nachbezahlt, so haben die Vorzugsaktionäre das Stimmrecht, bis die Rückstände nachgezahlt sind.« Aus den stimmrechtslosen »Volksaktionären« würden plötzlich stimmberechtigte Aktionäre, die bis zu 49 Prozent des Unternehmens mitbestimmen. Wobei es absolut unkontrollierbar wäre, in wessen Besitz sich diese »Volksaktien« befinden. Für Kleinanleger jedenfalls wären bei fehlenden Gewinnen solche Aktien eher wertlos, für Finanzinvestoren könnten sie jedoch äußerst attraktiv sein, da darüber auf das gesamte Unternehmen und seine Ausrichtung Einfluß genommen werden kann.

Die **dritte Schwachstelle** des Modells besteht darin, daß es mit dem EU-Recht bzw. mit der EU-Bahnpolitik kollidieren dürfte. Mit dem VW-Gesetz wurde in Deutschland versucht, den staatlichen Einfluß bei dem Autobauer zu erhalten und gleichzeitig eine breite Aktienstreuung »im Volk« zu erreichen. Doch die EU-Kommission greift genau dieses Modell als wettbewerbsverzerrend an. Richtig ist, daß die EU hier ein spezifisches Gesetz angreift und daß das Volksaktienmodell zur Bahn auf dem normalen Aktienrecht basieren soll. Zutreffend ist auch, wie Scheer/Ypsilanti/Sarrazin hervorheben, daß eine Bahn laut Artikel 86 (2) EG-Vertrag ein Unternehmen ist, das mit »Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut« ist, weshalb die Prinzipien der Liberalisierung nicht voll greifen. Doch im gleichen Artikel des EG-Vertrages findet sich auch der Gummiparagraph: »Die Entwicklung des Handelsverkehrs darf« auch bei solchen Unternehmen »nicht in einem Ausmaß beeinträchtigt werden, das dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderläuft«. Gleichzeitig würden mit der Konstruktion einer Volksaktien-Bahn die staatlichen Unterstützungsleistungen für den Schienenverkehr erheblich gefährdet. Sie könnten leicht als »wettbewerbsverzerrende Beihilfen«, die gemäß EG-Vertrag grundsätzlich untersagt sind, klassifiziert werden. Sicher ist, daß jede Aufgabe des 100prozentigen Bundeseigentums an der Deutschen Bahn AG der EU bessere Möglichkeiten bietet, den Privatisierungsprozeß

der Eisenbahnen in Deutschland – sprich: deren Zerschlagung – voranzutreiben.

Unabhängig von den Intentionen der Verfasser wird der Vorschlag einer Volksaktien-Bahn als ein Ja zur Aufgabe des hundertprozentigen Bundeseigentums an der Bahn interpretiert. In einer für das Privatisierungsprojekt kritischen Situation erklären prominente Kritiker der Bahnprivatisierung, sie hätten einen Vorschlag, der »weitgehend kompatibel mit dem Bahnprivatisierungsgesetz« sei (so heißt es bei Ypsilanti/Scheer). Damit aber gebt man sich auf eine schiefe Ebene (...)

Alternative Finanzierungsmodelle

Im übrigen wiesen Scheer/Friedrich in ihrem Memorandum nach, daß die Bahn »frisches Kapital« gar nicht benötigt, wenn sie die richtige Strategie fahren würde: sich auf das

Kerngeschäft zu besinnen. Oder wenn gegebenenfalls – was im Bündnis »Bahn für Alle« umstritten ist, von Scheer/Friedrich aber bereits vorgeschlagen wurde – das Lkw- und das internationale Logistikgeschäft verkauft (und zuvor der Schienengüterverkehr, also Railion, ausgegliedert und beim Kernbereich des integrierten Bahnunternehmens verbleiben) würde. Allein die Einnahmen aus dem Verkauf der DB-Tochterunternehmen Schenker ohne Railion, Bax Global (USA), EWS (Großbritannien) und Interfesa (Spanien) lägen über dem, was von einem Volksaktienmodell zu erwarten ist.

Vor allem wurden bereits kreative Modelle für eine alternative Kapitalbeschaffung entwickelt. Solche Finanzmittel könnten über eine Bahnanleihe neuer Qualität – eine Art Bürgeranleihe – beschafft werden. Die damit verbundene Zinsbelastung wäre mit idealer-

weise vier bis fünf Prozent deutlich niedriger als die Renditeerwartung von Investoren. Besonderer Charme gewinnt dieses Modell, weil eine solche Anleihe von vornherein nie mit einem Stimmrecht verbunden werden und weil es als Instrument zur Kundenbindung genutzt werden kann. Das Modell einer solchen Bürger-Bahnanleihe wurde im Herbst 2005 von Professor Karl-Dieter Bodack entwickelt. Es wurde im März 2007 im Rahmen des Bündnisses »Bahn für Alle« weiter konkretisiert.(...)

Winfried Wolf ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von attac Deutschland
Auszüge aus einem Junge Welt-Artikel vom 29. September 2007
<http://www.jungewelt.de/2007/09-29/015.php?sstr=bahn>

Mehr über die geplante Bahnprivatisierung: <http://www.bahn-fuer-alle.de/> <http://privatisierungstoppen.deinebahn.de/channel/7.html>
Proteste <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/aktionen-planen/ideen/flash-mob.php>

Österreich: Kampagne „Stopp Ausverkauf“ 7 Gründe gegen den Ausverkauf der Energie AG

1. Betriebswirtschaftlich sinnlos

Aus betriebswirtschaftlicher Sicht gibt es keine Gründe für einen derartigen Verkauf. Die Energie AG konnte mit einem öffentlichen Eigentümer den Konzernumsatz von 2000-2006 verdoppeln. Ein Beweis, dass das staatliche Eigentum einem betriebswirtschaftlich denkenden Management nicht im Weg steht – im Gegenteil. Der viertgrößte Stromerzeuger Europas Vattenfall steht zu 100% im staatlichen Eigentum Schwedens.

2. Verscherbeln von Familiensilber

In beiden Fällen geht es tatsächlich nur um eines: Schnelles Geld für das Landesbudget. In Oberösterreich will man sich damit eine gute Wahlkampfbasis für 2009 sichern. Der Mythos „Oberösterreich ist schuldenfrei!“ soll weiter aufrecht erhalten bleiben, tatsächlich werden aber schon seit Jahren die Rücklagen des Budgets aufgelöst, so dass sich Schuldenfreiheit bis zum Wahljahr 2009 ohne Verscherbeln von Familiensilber nicht mehr ausgeht.

3. Unnötiger Einnahmenverzicht

Die Grundsatzfrage dahinter lautet: Wieso sind die öffentlichen Budgets in Not? Manche Volksvertreter/-innen fordern nahezu unentwegt die Abschaffung genau jener – ohnehin selten Steuern, welche vor allem die Wohlhabenden zur Kasse bitten. Da darf man sich über leere Staatssäckel nicht wundern. Die neoliberale Steuerpolitik der letzten Jahre in Österreich und in vielen anderen Ländern Europas grenzt ja schon an Einnahmenverweigerung: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, Vermögenssteuer, der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Senkung der Unternehmensgewinnsteuer und der Spitzensteuersätze: Von der politischen Verantwortung, für das Gemeinwohl (auch) durch Umverteilung

des von allen Erworbenen zu sorgen, hat sich diese Politik längst verabschiedet.

4. Die Energieriesen warten schon

Alle Veräußerungen von Staatseigentum in den letzten 20 Jahren in Österreich haben gezeigt: Es bleibt (fast) nie bei den 51%. ÖVP-Vorsitzender und Finanzminister Willhelm Molterer hat erst kürzlich in einem Interview erklärt, dass er wenig vom Festzurren an der 51-Prozent-Mehrheit im öffentlichen Eigentum hält. Die jetzige Veräußerung des Landes OÖ von mehr als 40% kann daher nur als erster Schritt zu weiteren Verkäufen gesehen werden. In den Dienstleistungsverhandlungen der WTO (GATS) ist es die EU, die von zahlreichen Ländern die Abschaffung von 51%-Klauseln unter anderem im Energiebereich einfordert! „In wenigen Tagen“, so Ex-Verbundchef Haider bei seiner Abschiedspressekonferenz im April 2007, wäre der Verbund übernommen, wenn das staatliche Eigentum aufgegeben wird. Die Energieriesen EON, EdF und Gazprom warten schon. Das Beispiel Steiermark zeigt deutlich, wie sehr diese Konzerne an Österreich interessiert sind.

5. Weniger Gestaltungsmöglichkeiten

Privatisierung bedeutet immer auch Entdemokratisierung. Die Politik beraubt sich zusehends ihrer eigenen wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten. Während öffentliche Eigentümer Gemeinwohlziele verfolgen können – zugegeben, sie tun es auch nicht immer, verfolgen private Aktiengesellschaften ausschließlich das Gewinnziel, das Ziel Gemeinwohl taucht dann bestenfalls noch in deren Werbung auf. Internationale Erfahrungen privatisierter Strommärkte zeigen, dass infolge sinkender Investitionen – Stichwort Kostensenkung – und strategischer Marktmanipulationen die Versorgungssicher-

heit sinkt, was wiederum zu steigenden Preisen führt.

6. Höhere Preise sind die Folge

Liberalisierung bedeutet Monopolisierung: vom Ziel, durch mehr Wettbewerb für niedrigere Preise zu sorgen ist weit und breit nichts zu sehen. Im Gegenteil: In den USA zahlen Verbraucher in Bundesstaaten ohne Regulierungen um 30% mehr als in Staaten mit Regulierungen. Das ist der Grund, warum 38 Bundesstaaten immer noch Preise regulieren. Auch die EU-Kommission denkt bereits offiziell über die Regulierung von Energiepreisen nach. Der deutsche Strommarkt wird im Wesentlichen von vier Energieriesen beherrscht, die unter Zwischenschaltung von einigen Finanzinstituten alle miteinander „verheiratet“ sind.

7. Personalabbau, Lohndumping

Börsegang und Privatisierung bedeuten Personalreduktion und niedere Löhne. Die Energie AG hat derzeit 13% Personalkosten, -börsennotierte Unternehmen haben rund 9%! D.h. viele Arbeitsplätze und gute Einkommen gehen verloren. Diese im Durchschnitt guten Löhne sind nicht nur für die Beschäftigten angenehm, sie sind der zentrale Bestandteil des so genannten Mittelstandes, um den sich angeblich alle so aktuell sorgen, weil er für das Florieren unserer Wirtschaft so nötig ist. Von den an der Frankfurter oder Londoner Börse abgezockten Renditen sieht die österreichische Volkswirtschaft kaum etwas. Es gibt daher keinen Grund für ein Abgehen von der klaren Linie: Die Ziele Versorgungssicherheit, Beschäftigung, soziale Sicherheit und nachhaltige Entwicklung sind unter öffentlich-demokratischer Kontrolle nachweislich leichter zu erreichen als in globalen Aktiengesellschaften.

<http://www.stoppausverkauf.at>

Michel Husson

Sarkozys Luftschlösser

Nicolas Sarkozys Sieg markiert den Übergang von einer Strategie der kleinen Schritte zu einer Konfrontationsstrategie mit zwei wesentlichen Stoßrichtungen: die **vollständige Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und die Verschlanung des Staates**. Diese Rosskur zieht sämtliche Elemente des Sozialmodells in Mitleidenschaft: Arbeitszeit, Steuersystem, Schulen und Universitäten, Renten, Finanzierung der Sozialversicherung, Stellenabbau im Staatsdienst, Haushalt, Unternehmen des Öffentlichen Dienstes. Diese **Strategie des Bruchs** wirft zwei Fragen auf. Die erste, die unser neuer Staatspräsident vor allem im Auge zu haben scheint, ist die der politischen Aufmachung. Die zweite, der er offenbar eine geringere Bedeutung zumisst, ist die der wirtschaftlichen Effizienz. Das Vorgehen der neuen Regierung wird sich an der Verzahnung dieser beiden Fragen aufzeigen.

Drei taktische Achsen

Auch wenn es sich bei dieser Strategie um die einer direkten und globalen Konfrontation handelt, setzt sie doch eine Reihe taktischer Entscheidungen voraus: in welcher Reihenfolge werden Entscheidungen getroffen, und in welchem Rhythmus?

Unter diesem Gesichtspunkt können jetzt schon drei abgesteckte Wege ausgemacht werden.

Die erste Achse führt von den **Überstunden zum neuen Arbeitsvertrag**. Mit den ersten Maßnahmen wird ein neues soziales und ideologisches Kräfteverhältnis hergestellt, da die Idee durchgesetzt wird, wonach für einen höheren Verdienst mehr gearbeitet werden muss. Der ideologische Aspekt ist entscheidend, da es darum geht, auf breiter Basis die Überzeugung einzuprägen, dass die eigentlichen Hindernisse für die Vollbeschäftigung die zu streng gefassten Vorschriften seien: im Falle des Lohnes die 35-Stundenwoche und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen der an den derzeitigen Arbeitsverträgen gebundene Kündigungsschutz. Es geht darum, die Schlappe mit dem Erstanstellungsvertrag (CPE) wettzumachen und sich die Gnadenfrist zu Nutze zu machen, während derer die sozialen Bewegungen und die Bürger im

Allgemeinen wie gelähmt in einer abwartenden Haltung verharren.

Die zweite Achse betrifft die beigebrachte Schlappe in der Frage des Mindesteinsatzes im Öffentlichen Dienst, weswegen diese Angelegenheit als erste aufs Tapet gebracht wird. Denn ihr Geltungsbereich bezieht die Sonderregelungen der Altersvorsorge ein. Ist das **Streikrecht** in diesen Bereichen einmal eingeschränkt, wird es möglich sein, diesen Vorteil auszunutzen und überhaupt diese Hürde aus dem Weg zu räumen. Der Weg zu dem vom Fillon-Gesetz für 2008 vorgesehenen Termin wäre geebnet, bei dem im gleichen Zug auch das Ruhestandsalter noch weiter hinaufgesetzt und die Finanzierung der Sozialversorgung durch Einführung einer „sozialen Mehrwertsteuer“ grundsätzlich umgestaltet werden kann.

Die dritte Achse betrifft den **Staatshaushalt**. Der erste Schritt bestand in einem Steuergeschenk vor allem für die Reichen in Höhe von etwa 9 Milliarden Euro (15 mit den Überstunden) und wird also die Staatsverschuldung noch erhöhen, was die orthodoxen Wirtschaftsexperten in Brüssel bereits beunruhigt festgestellt haben. Aber es handelt sich selbstverständlich nicht um die Einführung einer Politik des wirtschaftlichen Aufschwungs. Die Regierung setzt hier eine Taktik des - den Liberalen wohlbekannten - unausgeglichenen Haushalts um; sie besteht darin, ein Defizit zu erzeugen, um spätere Anpassungsmaßnahmen besser rechtfertigen zu können. Diese könnten zweierlei Formen annehmen: eine neues Sparpaket im Haushalt, an der Spitze die Halbbesetzung der durch Ruhestand im Staatsdienst freigewordenen Arbeitsplätze und der Rückgriff auf die Mehrwertsteuer, sei sie „sozial“ oder nicht.

Eine vorübergehende Legitimität

Dieses Projekt, das für den Großteil der Bevölkerung einen sozialen Rückschritt bedeutet, konnte nur wegen der nicht vorhandenen Alternativen der Linken eine Mehrheit bekommen. Da die französischen Sozialisten und/oder Ségolène Royal von denselben Voraussetzungen ausgingen, wie zum Beispiel die Not-

wendigkeit der Wettbewerbsfähigkeit und der Hilfen für die Unternehmen - vom Ruf nach der „gerechten Ordnung“ ganz zu schweigen - haben ihre vorgebrachten Vorschläge nirgends genügend scharf gezogene Trennlinien gegenüber Sarkozys Plänen erkennen lassen. Bei den so genannten antiliberalen Linken bestand die alternative Kohärenz nur auf dem Papier, aber in Ermangelung einer gemeinsamen Vorgehensweise hat sie es zu keiner politischen Festigkeit gebracht.

Fiel also der gesellschaftliche Grundwiderspruch, nämlich der zwischen Kapital und Arbeit, aus der Debatte heraus, so hat die Rechte versucht - und es ist ihr in größtenteils gelungen -, **zweitrangige Widersprüche „im Herzen des Volkes“ aufzuwerfen**, wie Mao gesagt hätte: Frühaufsteher gegen Sozialhilfeempfänger, gebürtige Franzosen gegen Einwanderer ohne legale Ausweispapiere, Arbeitnehmer des privaten Bereichs gegen Beamte.

Konflikte zwischen einzelnen gesellschaftlichen Sektoren an die Stelle gesellschaftlicher Interessengegensätze zu setzen ist die wichtigste Trumpfkarte, die die Regierung ausspielen möchte, um ihre bittere Pille zu versüßen. Gleichzeitig vergisst sie nicht - ganz im Sinne eines weiteren klassischen liberalen Ansatzes - „**Auffangnetze**“ für die am meisten Benachteiligten bereitzustellen, um das Ausmaß des Rückschritts herunterzuspielen. Das „Einkommen aktiver Solidarität“, mit dem Martin Hirsch beauftragt wurde, dürfte den sozialen Teil des Programms darstellen, und von diesem Standpunkt aus wird auch die Rolle der „Öffnung“ verständlicher. Dazu gehören auch die in Sarkozys Programm geplante Heraufsetzung der Mindestleistung des Ruhestandsgelds und deren Finanzierung durch einen Teil der durch Abbau der Sonderregelungen gemachten Einsparungen. Ein neues Kräfteverhältnis soll durch die Aufsplitterung des Lagers der Lohnabhängigen geschaffen werden, damit die Bewusstwerdung des umfassenden Charakters der Offensive verzögert und die Gefahr eines erneuten „alle zusammen“ hinausgeschoben wird.

Doch dies setzt voraus, dass bei der Kaufkraft und der Beschäftigung Ver-

besserungen spürbar würden. Ein paar Monate lang kann die Regierung mit einer günstigeren Wirtschaftslage und dem Kaufkraftschub der Überstunden für 15% der Arbeitnehmer rechnen. Wenn die Beschäftigung wieder in Gang kommt, wird die Regierung bemüht sein, zu beweisen, dass der Aufschwung ihren ersten Maßnahmen zu verdanken ist und die späteren also rechtfertigt. Doch alles ist hier eine Frage der zeitlichen Steuerung: auf konjunkturell bedingte Scheinlösungen muss eine nachhaltigere Verbesserung folgen.

Unter diesem Gesichtspunkt geht Sarkozys Rechnung nicht auf. Da die Steuersenkungen die am meisten privilegierten Gesellschaftsschichten betreffen, werden sie womöglich eher dazu dienen, Sparschweine zu mästen als solche zu schlachten. Die Überstunden werden besser bezahlt werden, aber die Arbeitgeber werden weniger Leute einstellen und die Lohnerhöhungen bremsen, indem sie sich die bekannte Parole zu Eigen machen: wer mehr verdienen will, kann ja mehr Überstunden machen. Das Anwachsen der Lohnmasse wird das Wirtschaftswachstum also nur vorübergehend stützen können. Bei der immerhin zentralen Frage der Beschäftigung ist eine der gelungensten Maschen Sarkozys die Ankündigung einer Zielmarke von 5% Arbeitslosen (genannt Vollbeschäftigung), ohne Angabe der dazu vorgesehenen Maßnahmen. Auf dieselbe Weise gibt es keinerlei Anhaltspunkte zur Frage der Wettbewerbsfähigkeit, nicht einer, die auf der „Mäßigung“ der Lohnkosten beruht, sondern einer, die sich auf Forschung, Innovation und eine größere Fachkompetenz stützt. Vor diesem Hintergrund werden die großen Konzerne mit Standort in Frankreich ihr Kapital weiterhin hauptsächlich ins Ausland verlegen und gleichzeitig noch höhere Gewinne einkassieren.

Die Widersprüche des Projekts

In Wirklichkeit ist sogar von einem liberalen Standpunkt aus Sarkozys wirtschaftliches Projekt ein riesiges Luftschloss, das auf einer **unmöglichen Gleichung** beruht: wie soll dieses Programm finanziert werden, ohne die Haushaltsverschuldung ins Maßlose zu

treiben? Es sei nur an Sarkozys Wahlversprechen erinnert, den Anteil der Pflichtabgaben (Steuern und Beiträge) um 4 BIP-Punkte zu senken, was einer Negativsteuer von etwa 65 Milliarden Euro entspräche. Diese Ankündigung wurde nach Protesten führender Köpfe der UMP unter den Scheffel gestellt, aber sie steht als Symbol für den liberalen Dogmatismus, der auf einer wahnhaften Sicht der Wirtschaft beruht. Sarkozy hat sich selbst eingeredet, dass seine Maßnahmen auf wunderbare Weise Kräfte freisetzen würden, die bisher durch Starre und Vorschriften gebunden waren. Es ist nicht ohne Bedeutung, dass Wirtschaftlern wie Olivier Blanchard, der doch Sarkozys Kandidatur offen unterstützt hatte, dieses blinde Vertrauen kritisieren; ein so liberaler Journalist wie Eric Le Boucher bezeichnet sogar in der Le Monde-Ausgabe vom 3. Juni 2007 die „nicht haltbaren“ Versprechen Sarkozys als „populistisch, arbeitertümlisch, fälschlich zielbewusst und unfinanzierbar“.

Zweifellos werden die Illusionen an der Frage der Mehrwertsteuer platzen, und wahrscheinlich früher als geplant. Denn es handelt sich um eine Maßnahme, die alle betrifft und bei der also keine Unterscheidungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen ins Feld geführt werden können. Die Einführung einer sozialen Mehrwertsteuer würde den Kern des Projekts eindeutig zum Vorschein kommen lassen: für Steuergeschenke für einige Wenige müssen alle aufkommen. Auch die Lohnfrage könnte die Politschaukel aus dem Gleichgewicht bringen. Zwar werden die Lohnabhängigen, die Überstunden machen, mehr verdienen. Aber jene stellen nur etwa 3% des Gesamtvolumens gearbeiteter Stunden dar. Wie steht es mit den Angestellten, die keinen Zugang dazu haben? Wie sieht es mit nicht deklarierten Überstunden aus? Der Vorteil der Maßnahme ist es, die Löhne zu einer noch etwas individuellen Frage zu machen, aber bei der Gefahr, gerade das entgegen gesetzte Ziel zu erreichen und erneut das Bedürfnis nach einer kollektiven Lohnpolitik zu erzeugen. Man dürfte also die langfristige Kohärenz des Programms von Sarkozy nicht überschätzen.

Auf wirtschaftlicher Ebene kann er die Wirtschaft zuerst einmal etwas ankurbeln, aber er wird sich schnell an folgendem Widerspruch stoßen: entweder lässt er den Haushalt aus dem Ruder laufen oder er bringt ihn erneut ins Gleichgewicht, indem er die Wirtschaftstätigkeit zu gewaltsam bremst.

Auf sozialer Ebene entspricht es einem riesigen Geldtransfer von den Lohnabhängigen zu den Besitzenden, die auf lange Sicht nicht durch das Ausnutzen der Zersplitterung der Lohnabhängigen getarnt werden kann. Früher oder später werden die Lohnabhängigen merken, dass ihre Kaufkraft eingefroren ist, dass ihnen ihre Gesundheitsversorgung teurer zu stehen kommt, ihre Renten erneut zusammenschrumpfen werden und die in ihrem Arbeitsvertrag zugesicherten Garantien weitgehend abgebaut werden. Auf taktischer Ebene rückt der Zeitpunkt ziemlich schnell heran, wo ineinander greifende Maßnahmen gleichzeitig durchgesetzt werden müssen (zum Beispiel Überstunden und soziale Mehrwertsteuer) und die Gesamtlogik des Projekts so wahrnehmbar wird. Sicher ist ein Szenario denkbar, wo ein gewaltsames Durchdrücken gelingt, das dauerhaft eine soziale Wüste hervorbringen würde. Denkbar ist aber auch ein Krisenszenario, in dem sozialer Widerstand und Wirtschaftszusammenbruch miteinander einhergehen. Auf jeden Fall ist es heute die vordringlichste Aufgabe der Gewerkschaften, die Regierungsprojekte einzeln unter die Lupe zu nehmen, um deren verheerende soziale Folgen zu enthüllen. Dies ist Voraussetzung für den Aufbau notwendiger Mobilisierungen und die (schlussendliche) Begründung einer neuen und sinnvollen Alternative zum neoliberalen Dogma.

Michel Husson ist Mitglied des wissenschaftlichen Rats von Attac Frankreich.
<http://hussonet.free.fr/>

Der Artikel ist zuerst in *Ecole Emancipée* erschienen.
<http://www.france.attac.org/spip.php?article7196>
Aus dem Französischen von Angelika Gross, ehrenamtliche Übersetzerin
www.coorditrad.attac.org

Zur Debatte innerhalb von attac Frankreich über den Wahlsieg von Sarkozy:
<http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1014> und <http://www.france.attac.org/spip.php?article7165>
S. auch SiG 59

Solidarische Gewerkschaftsunion, Frankreich

Aufruf an die Gewerkschaftsverbände

6. September 2007

Der neue Staatspräsident und die neue Regierung haben sich entschlossen, eine Reihe von Maßnahmen so schnell wie möglich zu ergreifen, die darauf ausgerichtet sind, die französische Gesellschaft umzugestalten, um alle noch vorhandenen Bereiche der Solidarität abzuschaffen. So wurden schon im Sommer mehrere Gesetze verabschiedet:

- ein "Steuerpaket", von dem im Wesentlichen die Besserverdiener profitieren,
- das Gesetz zur Kriminalität, das jeglichen Begriff der sozialen Umstände ausräumt und faktisch jede Präventionspolitik außen vor lässt.
- das Gesetz gegen das Streikrecht beim öffentlichen Transportwesen, explizit als erste Etappe eines allgemeinen Angriffs auf dieses Recht vorgestellt.
- das Gesetz über „die Freiheiten und Verantwortungsbereiche der Universitäten“, was eine neue Etappe in Richtung Privatisierung darstellt.

Bereits jetzt sind weitere Projekte für die neue Sitzungsperiode im Herbst und für das Jahr 2008 angekündigt, wobei der Staatspräsident verlauten ließ, noch schneller vorgehen zu wollen. Einheitlicher Arbeitsvertrag, Demontage des öffentlichen Dienstes der Arbeit durch die Fusion der

ANPE (französische Arbeitsagentur) mit der UNEDIC (landesweite Arbeitslosengeldkasse), Einführung der medizinischen Selbstbeteiligung, „Treffen“ über die Altersrente - alles Projekte, die einen direkten Angriff gegen die Rechte der Lohnabhängigen darstellen. Hinzu kommt das Einwanderungsgesetz, das die Rechte der Einwanderer noch weiter einschränkt und die Repression gegen sie verschärft. Das Projekt der „sozialen“ Mehrwertsteuer scheint auf später verschoben zu sein, bleibt aber ein Ziel der Regierung. Wenn es verabschiedet wird, wird es die Haushalte sehr stark belasten und die Finanzierung der sozialen Absicherung durch die Unternehmen noch mehr in Frage stellen.

In dieser Situation hat die Gewerkschaftsbewegung eine sehr große Verantwortung. Es geht ganz einfach darum, zu verhindern, dass das neoliberale Sozial- und Sicherheitssystem in unserem Land etabliert wird. Jeder Angriff ist sicherlich spezifisch und wird besondere Mobilisierungen erfordern. Aber es spielt in dieser Perspektive eine wichtige Rolle, dass die Gewerkschaftsbewegung gemeinsame alternative Vorschläge entwickelt, die dazu geeignet sind, die Lohnabhängigen zu mobilisieren und so die Bedingungen zur Entwicklung der

notwendigen Kräfteverhältnisse zur Durchsetzung unserer Anliegen zu schaffen. Die französische Gewerkschaftsbewegung ist vielschichtig. Diese Vielschichtigkeit ist eine Bereicherung, solange sie sich nicht in Sektierertum umwandelt und ein geschlossenes Handeln verhindert. Die Ausrichtung, die der Staatspräsident auferlegen will, stellt jede Organisation vor ihre Verantwortung.

In diesem Sinne ruft das nationale Büro der Solidarischen Gewerkschaftsunion zum Aufbau einer gemeinsamen gewerkschaftlichen Front auf allen Ebenen, national, lokal und nach Branchen auf. Eine erste Initiative könnte eine feierliche Erklärung sein, die von allen Gewerkschaftsorganisationen unterzeichnet wird und sich an die französische Gesellschaft richtet, um darauf aufmerksam zu machen, was gerade auf dem Spiel steht. Es besteht kein Zweifel daran, dass eine solche gemeinsame Erklärung eine erhebliche Auswirkung auf die Lohnabhängigen und insgesamt auf die öffentliche Meinung haben würde. Dies würde die Entwicklung von Mobilisierungen auf allen Ebenen sehr fördern.

http://www.solidaires.org/IMG/pdf/07HEB_DOWEB37.pdf

Übersetzung: Kirsten HEININGER,
www.coorditrad,attac.org/SiG-Redaktion

Attac Schweiz

Steurgerechtigkeit in der Schweiz?! - Antwort an economiesuisse

In einer am 20. August publizierten Studie über die Finanzierung des Schweizer Staates (1) zeigt der Wirtschaftsverband economiesuisse auf, dass die Reichen am meisten zur Finanzierung des öffentlichen Haushaltes beitragen. So lautet eines der Resultate beispielsweise, dass die 20% reichsten SteuerzahlerInnen 35% der Einkünfte ausmachen und sogar 50%, wenn man die Firmen weg lässt und nur Einzelpersonen berücksichtigt (2). Die 20% Aermsten zahlen dementsprechend nur 5, resp. 7%. Die Mittelklasse, d.h. 60% der Bevölkerung, tragen 31, bzw. 43% bei.

Was die Studie von economiesuisse natürlich unterschlägt, ist dass die reichsten 20% in der Schweiz 45% der totalen Einkünfte beziehen und das ärmste Quintil nur 7% (3). Dementsprechend trägt die reichste Schicht proportional zu ihren Einkünften nicht entscheidend mehr zum Staatsbudget bei als die anderen Kategorien. Für jeden verdienten Franken, zahlt ein Reicher 33 Rappen Steuern, ein Armer 30 Rappen und jemand aus der Mittelklasse 27% (4).

Wenn man jetzt noch die Kosten der Krankenkassenprämien heranzieht (die für alle gleich hoch sind und die economiesuisse in ihrer Studie seltsamerweise nicht wie andere obligatorische Abgaben behandelt), stellt man fest, dass die Steuerlast der Reichsten proportional 10 – 15% tiefer ist als diejenige der ärmsten Bevölkerungsschicht!

Diese kleine Rechnung legt offen, dass das Steuersystem keineswegs so solidarisch ist, wie uns die Unternehmervereinigung weismachen will. Nur eine progressive Steuerskala, wie es bei der direkten Einkommenssteuer der Fall ist, kann eine wirkliche solidarische Verteilung der Steuerlast garantieren. Die Einführung einer Flat Tax, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, sowie die Senkung der Dividendenbesteuerung führen hingegen in die entgegen gesetzte Richtung. Sie sind asozial und treiben die gesellschaftliche Tendenz zur Entsolidarisierung weiter voran, eine Tendenz, die economiesuisse mit dieser Studie aktiv verschleiern will, um ihre politischen Interessen durchzusetzen.

(1)

http://www.economiesuisse.ch/web/de/PDF%20Download%20Files/doss_07_17_Umverteilung.pdf.

(2) nicht berücksichtigt sind Firmen, das Ausland und die Verschuldung

(3)

<http://www.domainepublic.ch/files/articles/html/2576.shtm> - Zahlen von 2003, wie bei der Studie von economiesuisse. Zu vermerken gilt, dass das Vermögen noch viel ungleichmässiger verteilt ist als das Einkommen: 0,15% der Bevölkerung besitzen 20% des Vermögens

(http://www.estv.admin.ch/d/dokumentation/zaehlen_fakten/dok/vermoegen/ver03.pdf)

(4) Die Berechnungen beruhen auf einer Fiskalquote von 30% wie sie vom BFS in der Taschenstatistik von 2007 berechnet wurde (<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.html?publicationID=2795>). Zu vermerken ist, dass die Schweizer Fiskalquote durchschnittlich 10% tiefer liegt als in den EU-Staaten.

<http://www.schweiz.attac.org/-ATTACTUELL-4->

Sommerakademie und Jahresversammlung

"Manipulierte Manipulatoren? Die Medien als Instrument zur Herstellung von Konsens in Zeiten der Globalisierung", so der Titel der 4. Sommerakademie von attac schweiz, die kürzlich in Biel stattgefunden hat.

Von Freitag, 7. bis Sonntag, 9. September 2007 wurde die Rolle der Medien in einer Reihe von Sessionen beleuchtet: Wie produzieren die Medien eine öffentliche Meinung? Wie steht es mit der Konzentration der Medien in den Händen grosser Konzerne? Wie wirkt sich der zentrale Stellenwert der "vermischten Meldungen" aus, was bedeutet die reisserische Aufmachung von Skandalchen, Unglücksfällen und Ähnlichem? Die Sommerakademie war also keinem "klassischen" attac-Thema gewidmet, teils konnten so neue Kreise angesprochen werden. Im Rahmen der Sommerakademie fand auch die Jahresversammlung von attac schweiz statt.

Für ein Forum zur kritischen Medienbeobachtung

Die 4. Sommerakademie von attac schweiz wurde organisiert in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft comedia und den Zeitungen antidot, Wochenzeitung und Le Courrier.

Am Freitag, 7. September eröffnete **Bruno Clément** von comedia die Sommerakademie. Die Medien tragen heute dazu bei, dass wir den Eindruck haben, wir könnten uns jederzeit frei entscheiden, obwohl in Wahrheit eine Vereinheitlichung und Verarmung der Gesellschaft festzustellen sei, kritisierte er. Ohne formale Zensur werden die Menschen dazu gebracht, den desolaten Zustand der Welt als naturgegeben anzuschauen. Er rief zu einem breiten Zusammenschluss von Medienleuten, AktivistInnen und Interessierten auf. Sein Vorschlag der "Etats généraux" ging in Richtung eines kritischen Observatoriums oder Forums, in dem sich Kritik an den Medien und Gegenentwürfe entwickeln könnten. Gleichtags sprach **Bruno Clémentin** über das französische Magazin La décroissance (etwa: Ausstieg aus dem Wachstum), an dem er sich in administrativer Funktion beteiligt. Seiner Ansicht nach sind die Bedingungen für die Herstellung von Monatszeitungen in Frankreich derzeit günstig; er beklagte, dass nicht zahlreiche gleichartige Projekte lanciert würden und ortete die Ursachen teilweise im individuellen Konsumverhalten der Menschen. Gleichzeitig erinnerte er daran, dass die Lancierung der (damals linken) Tageszeitung Libération in den 1970er Jahren nur aus einer starken Bewegung heraus möglich war, mit Unterstützung von Persönlichkeiten wie Jean-Paul Sartre. Der aktuelle Konzentrationsprozess der Medien unter

dem Druck der Kapitalverwertung wurde jedoch nur am Rande gestreift.

Demokratiedefizit und Rassismus in den Medien

An der öffentlichen Abendveranstaltung vom Freitag hörten gegen 200 Personen die Beiträge von **Ignacio Ramonet**, Direktor der Zeitung Le Monde diplomatique, und von **Innocent Naki**, kritischer Journalist und Schriftsteller.

Ramonet sprach über die historische Rolle der Medien als "4. Gewalt" im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Er stellte fest, dass der Anspruch auf Unabhängigkeit der Medien immer weniger eingelöst wird. Das Wegfallen des Korrektivs der Medien neben den klassischen Gewalten - Legislative, Exekutive, Judikative - bedeutet eine entscheidende Schwächung der Demokratie. Ramonet erinnerte daran, dass im Zusammenhang mit dem Putschversuch gegen den venezolanischen Präsidenten Chavez am 12. April 2002 die Medien nicht nur ihren Auftrag der Information nicht wahrnahmen, sondern sogar eine aktive Rolle bei der versuchten Absetzung von Chavez spielten. Befragt zur Situation der Medien in Frankreich legte Ramonet dar, dass die Redaktionen in einigen Fällen über eine Sperrminorität verfügen. So hat die Redaktion von Le Monde vor einiger Zeit die Bestätigung von Jean-Marie Colombani als Direktor der Zeitung erfolgreich verweigert.

Auf dem gleichen Podium präsentierte der Publizist Innocent Naki seine Recherchen zu diversen, medial aufbereiteten "vermischten Meldungen" mit rassistischem Unterton. Er wies nach, dass bei Straftaten die Nationalität der als Täter involvierten Personen nur genannt wird, wenn es sich um ausländische Menschen handelt. Diverse Geschichten - Stichwort "Weihnachtsverbot an Schweizer Schulen" - wurden gar aus dem Nichts aufgebauscht, ohne jegliche Überprüfung oder Recherche seitens der Medien. Infotainment wird immer mehr die Regel, zum Schaden der Opfer dieser Art von Medienpraxis, während rassistisches Gedankengut immer mehr salonfähig gemacht wird.

Gratiszeitungen und mediale Gegenmacht

Am Samstag sprachen **Nick Lüthi**, freier Journalist, und **Denis Perais** von der Organisation **acrimed** (action-critique-médias)

über den Konzentrationsprozess im Mediensektor. Lüthi strich die Bedeutung der Flut von Gratiszeitungen heraus, welche journalistisch aufbereitete Information zum Füllstoff zwischen Werbeflächen verkommen lässt. Auch die Printmedien verändern sich unter dem Einfluss der Gratiszeitungen. Einen Ansatzpunkt zur Eindämmung des Problems liegt gemäss Lüthi im Problem des Abfalls, den die Gratiszeitungen tonnenweise verursachen, und für den die Medienkonzerne zur Verantwortung gezogen werden sollten. Das neue Radio- und Fernsehgesetz wertete er als Chance, die Qualität der Medien zu verbessern, wobei offen blieb, ob die formale Kontrolle von Instrumenten der Qualitätssicherung, wie durch das neue Gesetz vorgeschrieben, der Forderung nach vielfältigerer und gerechterer Information und damit nach mehr Demokratie überhaupt erfüllen kann.

Denis Perais ging in seinem engagierten Beitrag auf die Konzernmacht in der Medienwelt Frankreichs ein und berichtete insbesondere über die Rolle von Grosskonzernen (Bouygues) oder gar Rüstungskonzernen wie Lagardère und Dassault. Er zeigte auf, dass es heute in Frankreich noch kaum ein großes, unabhängiges Medium gibt. Die Verflechtungen gerade mit Rüstungsunternehmen sind bereits so eng, dass etwa der Afghanistan-Einsatz von französischen Streitkräften in den Medien kaum diskutiert wird. Die Organisation acrimed bemüht sich um aktive Gegeninformation. Ein Teil ihrer Aktivität besteht in der Teilnahme an Hunderten von größeren oder kleineren Informationsveranstaltungen, auch in abgelegenen Gegenden Frankreichs. acrimed tritt für einen kontrollierten und bewussten Umgang der sozialen Bewegungen mit den Medien ein: Wo, wann, unter welchen Bedingungen sollen sich AktivistInnen auf Medienkontakte einlassen? Dies gilt es immer wieder zu überlegen, will man sich einer inhaltlosen, personalisierten und entpolitizierenden Berichterstattung entziehen.

Die Medien als Spiegel der Gesellschaft?

Der Mediensoziologe **Olivier Voirol** und der Journalist **Michel Schweri** (Le Courrier) legten am Sonntagmorgen das Problem der Zerstörung der Information durch die Profitorientierung der Konzerne dar. Voirol betonte, dass sich die soziale Zusammensetzung der Redaktionen verändert hat und dass es für Menschen aus den

unteren Schichten noch schwieriger geworden ist, in diesem beruflichen Umfeld Fuss zu fassen. Daher werden auch Sichtweisen und Probleme der ärmeren Bevölkerungsgruppen in den Medien praktisch nicht mehr aufgenommen. Der von den Medien konstruierte Diskurs ist eine Scheinrealität, die wichtige Bereiche der Gesellschaft ausblendet.

Le Courier versteht sich als eine Tageszeitung, die genau diese Lücke füllen will. Dass dies nicht so einfach ist, erklärte Michel Schweri an Hand eines Dossiers, das er über den öffentlichen Dienst in Genf verfasste. Er stellte fest, dass die Sicht der Beschäftigten letztlich darin nicht zur Geltung kam. Die Beschäftigten selbst konnte er nicht zitieren, da diese ihren Job riskierten, während ihre Stellvertreter, die Gewerkschaften, zugaben, nicht viel zu sagen zu haben zur Vorstellung eines anderen öffentlichen Dienstes. Nicht zuletzt unterstrich Schweri die chronischen Überlebensschwierigkeiten seiner Zeitung: Die Grenze von 10 000 AbonnentInnen, die das Weiterbestehen der Zeitung sichern würde, ist seit einiger Zeit deutlich unterschritten.

Alternative Medien und feministische Aktion gegen Werbung

Am letzten Block vom Sonntag Nachmittag sprach **Cyrill Pinto**, Redaktor der im Mai lancierten Wochenzeitung **antidot**. In der letzten Nummer, die gerade am Freitag davor erschienen war, wurde mitgeteilt, dass die Zeitung per sofort eingestellt wird. Er verglich die kurze Geschichte von antidot mit verschiedenen anderen linken Zeitungsprojekten der letzten Jahrzehnte. Als Ursache für die Einstellung von antidot nannte er neben diversen Gründen wie mangelnde Unterstützung in linken und kritischen Kreisen auch die allgemeine Schwäche der "widerständigen Linken", deren Zeitung antidot hätte sein sollen.

Nach dem Beitrag von Pinto sprach **Stéphanie Apothéloz** von der Organisation **La meute suisse**. Nachdem attac schweiz in den letzten Jahren vermehrt, für gewisse Veranstaltungen sogar überwiegend Frauen

als Rednerinnen gewinnen konnte, war die diesjährige Sommerakademie wieder ein Rückschritt in dieser Hinsicht. Als einzige Frau auf dem Podium brachte Stephanie Apothéloz immerhin einen pointiert feministischen Ansatz ein. Sie präsentierte die Arbeit ihres Vereins, der dezidiert gegen sexistische Werbung und insbesondere gegen Plakate im öffentlichen Raum vorgeht (manchmal auch nachts, aber hierzu lieferte sie keine Details...). Sie zeigte eine Reihe von Beispielen aus der Lawine von sexistischer Werbung, die tagtäglich auf uns niederprasselt. Sie sprach die Wirkung dieser destruktiven Werbung insbesondere auf junge Frauen an. Nach mehrjähriger Intervention konnte nun mit der Stadt Lausanne eine Vereinbarung getroffen werden, die die Plakataushanggesellschaften dazu verpflichtet, ihre Plakate im Vorfeld einem Gremium zu unterbreiten, das bei sexistischer Werbung intervenieren kann. Der Beitrag von Stéphanie Apothéloz löste eine lebhaftige Debatte aus.

Raum für Begegnungen

Allgemein war das Programm so gestaltet, dass mit allen RednerInnen Diskussionen möglich waren, und diese Möglichkeit wurde auch rege benutzt. Aus Sicht der OrganisatorInnen ist es an der Sommerakademie von attac schweiz gelungen, zu einer kollektiven Reflexion über die Medien beizutragen, die unser Alltag und unsere Sicht der Welt so sehr prägen. In Zusammenarbeit mit der Generalsekretärin und der Kommission Sommerakademie von attac schweiz hat die Sektion attac biel, die die Organisation der Sommerakademie auch in diesem Jahr übernommen hatte, eine angenehme Stimmung und einen offenen Rahmen für Begegnungen geschaffen, was von den Anwesenden sehr geschätzt wurde.

Positiv fällt auch die Bilanz der Zusammenarbeit mit dem Bieler Sozialforum aus. Dieses Sozialforum wurde erstmals von einer Gruppe SchülerInnen organisiert. In vielen Workshops wurden Themen von Umweltschutz bis Revolution angesprochen. Zeitgleich geplant, konnten die bei-

den Anlässe - Sommerakademie und Bieler Sozialforum – eine Verbindung finden in Form eines gemeinsamen Festes mit Konzert am Samstag abend. Die entstandenen Verbindungen, etwa auch das gemeinsame Auftreten an einer Pressekonferenz im Vorfeld, werden von attac als sehr wertvoll empfunden und sollen nach Möglichkeit weiter gepflegt werden.

Jahresversammlung 2007 von attac Schweiz

Die Jahresversammlung von attac schweiz verabschiedete den umfangreichen Tätigkeitsbericht, der nach dem politischen Jahr 2006-2007 anfiel: Konvent der GATS-freien Zonen, Das Andere Davos im Rahmen der Kampagne gegen das Weltwirtschaftsforum WEF, Euromärsche gegen den G8-Gipfel in Rostock, Steuerkampagne mit dem Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II und anderes mehr. Neben der Diskussion um Jahresrechnung und Budget ging es auch um die politischen Prioritäten für das kommende Jahr. In einer Motion wurde festgehalten, dass attac weiter schwerpunktmäßig am Thema **Steuerpolitik** arbeiten will, nicht nur im Hinblick auf die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform II, die im Februar 2008 ansteht. Auch zur **Kampagne gegen das WEF** wurde der Beschluss gefasst, am Thema dran zu bleiben: Am Samstag, 26. Januar 2008 soll wieder ein Anderes Davos stattfinden, auch will sich attac an einer möglichen Demonstration gegen das WEF beteiligen. Eine weitere Motion betraf die Strukturen von attac schweiz: Es wurde die Einrichtung eines Übergangsekretariats beschlossen, das die laufenden Arbeiten begleiten und die Strukturen stabilisieren soll. Die letzte Motion hatte die Unterstützung von attac Frankreich zum Inhalt: (...) attac schweiz hat eine symbolische Spende von 5000 Euro zur Unterstützung von attac Frankreich beschlossen.

<http://www.schweiz.attac.org/Sommerakademie-und-1524>

+++++

C%RDITRAD

Die SiG-Redaktion bedankt sich für die ehrenamtliche Arbeit der ÜbersetzerInnen!

Coorditrad ist eine internationale Gemeinschaft von Menschen, die ihre Sprachkenntnisse ehrenamtlich in den Dienst von Attac stellen.

Coorditrad bietet die Möglichkeit, an spannenden und wichtigen

internationalen Kampagnen von Attac teilzunehmen. In Europa verstärkt sich die internationale Zusammenarbeit innerhalb von Attac immer mehr. Seit seiner Gründung im Jahr 1999 spielt Coorditrad hierbei eine wichtige Rolle.

Die Freiwilligen entscheiden jeweils selbst, wie viel sie beitragen möchten – je nach zeitlichen Ressourcen, Themenkenntnissen und Erfahrungsniveau. JedeR bestimmt selbst, wie viel Zeit und Engagement sie/er investieren will. Alle TeilnehmerInnen erhalten die Anfragen für Übersetzungen und wählen aus, was sie interessiert.

Coorditrad soll keine Konkurrenz gegenüber professionellen ÜbersetzerInnen sein, sondern in Fällen zum Einsatz kommen, in denen ohne freiwillige Arbeit keine Übersetzung gewährleistet wäre.

www.coorditrad.attac.org